



Die KPÖ im burgenländischen Landtag

MARTIN KRENN

Bruno Böröcz zum 70. Geburtstag

Zwei Gesetzgebungsperioden, von 1945 bis 1949 sowie von 1953 bis 1956, waren Kommunisten mit jeweils einem Mandat im burgenländischen Landtag vertreten. Die Kommunistische Partei Österreichs bzw. die von ihr maßgeblich mitgetragene *Volksopposition*, unter deren Dach sie 1953 für Nationalrat und Landtag kandidiert hat, ist vor diesem Hintergrund für die parlamentarische Frühzeit der Zweiten Republik auf dem Gebiet des Burgenlandes nicht wegzudenken. Ungeachtet dessen ist eine entsprechende historische Darstellung bislang ausgeblieben, was auf Seiten der „offiziösen“ burgenländischen Landeshistoriographie unschwer mit unverhohlenen antikommunistischen Ressentiments und dem erkennbaren Kalkül, die Partei und ihre Verdienste möglichst aus dem wissenschaftlichen Diskurs zu verbannen,¹ erklärbar erscheint. Für die eigene, parteiinterne bzw. der Partei und ihrem intellektuellen Umfeld entstammende Geschichtsschreibung konstatiert Hans Hautmann in seinem richtungsweisenden Beitrag zur parlamentarischen Arbeit der KPÖ im Nationalrat wiederum „eigene Versäumnisse“,² ehe die Serie an Wahlerfolgen der steirischen Kommunisten im 21. Jahrhundert und ihre abermalige Verankerung auf kommunalpolitischer und Landtags-Ebene die Tätigkeit der KPÖ in den Anfangsjahrzehnten der Zweiten Republik wieder in den Fokus rückten. Es soll im Folgenden nun an den bereits erwähnten Aufsatz von Hautmann angeknüpft und in gewissermaßen logischer Entsprechung der Gang vom Allgemeinen zum Besonderen und damit der Schritt weg vom Wiener Parlament hin zum Landtag in Eisenstadt gemacht werden. Hinsichtlich der übergeordneten theoretischen Konzeption der KPÖ und ihrer spezifisch marxistischen Parlamentstaktik kann nochmals auf die Ausführungen von Hautmann, für die Frage der antifaschistisch-demokratischen Perspektive der KPÖ und ihrer Etappenkonzeption nach 1945 auf die entsprechen-

den Passagen bei Manfred Mugrauer verwiesen werden.³

Die zweite burgenländische Stunde Null

Eine sachliche Vorbemerkung erscheint angebracht, war doch die Gründungsgeschichte von Burgenland II, also die Wiedererrichtung des von den Nationalsozialisten auf die Reichsgaue Niederdonau und Steiermark aufgeteilten Landes, keineswegs frei von politischen Friktionen. Als sich auf Einladung des früheren christlichsozialen Landesrats Lorenz Karall am 11. April 1945 in Mattersburg ein aus Persönlichkeiten aus dem politischen Leben vor dem Hitlerfaschismus gebildetes „provisorisches Landeskomitee“ des Burgenlandes konstituierte,⁴ waren die Kämpfe um die Befreiung Wiens durch die Rote Armee noch voll im Gange. Nach der bedingungslosen Kapitulation Hitler-Deutschlands wiederum wurden bald Stimmen laut, die für eine Beibehaltung des Status quo und damit für die Aufteilung des Burgenlandes auf Niederösterreich im Norden (Bezirke Neusiedl, Eisenstadt, Mattersburg, Oberpullendorf) bzw. die Steiermark im Landessüden (Bezirke Oberwart, Güssing, Jennersdorf) votierten. Insbesondere aus Niederösterreich wurde eine derartige Lösung propagiert, allen voran von Oskar Helmer, dem provisorischen Landeshauptmann-Stellvertreter der SPÖ. Helmer sprach sich „im paternalistischen Bestreben und unter einleitender Verdrehung historischer Gegebenheiten“, wie es Widder formuliert,⁵ mit Nachdruck für eine niederösterreichisch-steirische Lösung der Burgenlandfrage aus: „Die Leitha ist kein Grenzfluß und war niemals einer. Das nördliche Burgenland strebte immer in der Zielrichtung Wien, Wr. Neustadt, dort war sein natürlicher Absatzmarkt. Nun sind wir zu einer besonders engen Schicksalsgemeinschaft zusammengeschweißt. Ich glaube, wir sollen es auch für alle Zukunft bleiben im Interesse des Landes und der Bevölkerung die-

ser nördlichen Bezirke des ehemaligen Burgenlandes.“⁶

Im Burgenland blieb man nicht untätig und reagierte mit der am 11. Mai 1945 vollzogenen Umwandlung des „provisorischen Landeskomitees“ in einen „provisorischen Landesausschuss“, der sich aus drei Sozialdemokraten, drei Christlichsozialen und zwei Kommunisten zusammensetzte: auf Seite der KPÖ waren dies die aus dem Mattersburger Bezirk stammenden Michael Pinter und Franz Michalitsch⁷ – Vinzenz Böröcz befand sich zu diesem Zeitpunkt noch als abrüstender Wehrmachtssoldat in Deutschland, Otto Mödlagl in Wien, wo er an führender Stelle am Wiederaufbau der niederösterreichischen Landesverwaltung mitarbeitete. Dieser „provisorische Landesausschuss“ fungierte nun faktisch als erste Landesregierung des Burgenlandes und setzte neben Maßnahmen auf dem Gebiet der Ernährung, der Sicherheitspolitik und des Gesundheitswesens auch Schritte zur Wiederherstellung der burgenländischen Landeshoheit, indem etwa eine entsprechende Resolution an die provisorische Regierung Renner übermittelt wurde. Nachdem im „Verfassungsgesetz über die vorläufige Einrichtung der Republik Österreich“ vom 1. Mai 1945 das Burgenland noch zwischen Niederösterreich und der Steiermark aufgeteilt geblieben war und auch Renner anfängliche Sympathien für eine derartige Lösung gezeigt hatte, gelang es den Vertretern der Idee von Burgenland II durch beharrliches Lobbying und die Mobilisierung der lokalen Bevölkerung, die Wiedererrichtung des Burgenlandes zu erreichen. Zu seiner staatsrechtlichen Kodifizierung sollte dies am 29. August 1945 durch das als „Burgenlandgesetz“ bezeichnete Bundesverfassungsgesetz führen, in welchem das Burgenland mit Wirkung vom 1. Oktober 1945 als selbstständiges Bundesland konstituiert wurde. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich mit Mödlagl und Böröcz die beiden bestimmenden Akteure der burgenländischen KPÖ be-

reits wieder im Land. In dem auf Grundlage des Burgenlandgesetzes beschickten „provisorischen Landesausschuss“ des Burgenlandes, der ersten tatsächlichen, auch formell anerkannten Landesregierung nach Kriegsende, nahmen sie entscheidende Positionen ein: Mödlagl als zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter des provisorischen Landeshauptmanns Ludwig Leser (SPÖ), Böröcz als Landesrat für Ernährungsfragen.

Wahlergebnisse

Die erste freie Landtagswahl im Burgenland nach über 15 Jahren – das letzte Mal wurde am 9. November 1930 zur Wahlurne geschritten – brachte an diesem 25. November 1945 der burgenländischen Kommunistischen Partei unter ihrem Spitzenkandidaten Otto Mödlagl zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen Sitz im 32-köpfigen burgenländischen Landtag: Bei einer Wahlbeteiligung von knapp über 96 Prozent konnte die ÖVP die absolute Mehrheit erringen (51,82 Prozent, 17 Landtagsmandate), während sich die SPÖ mit 44,91 Prozent (14 Landtagsmandate) begnügen musste.⁸ Auf die KPÖ, die zum zweiten Mal nach 1930 landesweit kandidierte – damals hatte sie in starker Konkurrenz zum *Heimatblock* bzw. der ebenso erstmalig kandidierenden *NSDAP (Hitlerbewegung)* immerhin 562 Stimmen oder 0,42 Prozent erhalten –, entfielen 3,26 Prozent oder 4.291 Stimmen, was ein Mandat bedeutete.⁹

Dieses Mandat konnte bei der Wahl zur VI. Gesetzgebungsperiode des burgenländischen Landtags am 9. Oktober 1949 jedoch nicht verteidigt werden. Die KPÖ, gemeinsam mit den Linksozialisten unter dem Namen *Linksblock* angetreten, vermochte unter ihrem nunmehrigen Spitzenkandidaten im Burgenland, Vinzenz Böröcz, zwar landesweit 493 Stimmen hinzu zu gewinnen, verlor aber aufgrund der signifikanten Steigerung der Gesamtzahl der Wahlberechtigten (knapp 170.000 im Vergleich zu 137.000 im Jahr 1945) durch Rückkehrer aus der Kriegsgefangenschaft sowie die Wiederverleihung des Wahlrechtes für minderbelastete Nationalsozialisten hinsichtlich ihres relativen Anteils (minus 0,35 Prozent).¹⁰ Ihre 4.784 Stimmen bedeuteten einen Anteil von 2,91 Prozent der Stimmen, womit der Einzug in den Landtag knapp verfehlt wurde. Mit ein Grund war zudem das erstmalige Antreten einer Partei des dritten Lagers, des unter dem Listennamen *Wahlpartei der Unabhängigen (WdU)* angetretenen *Verband der Unabhängigen (VdU)*, der auf

Anhieb 3,85 Prozent der Stimmen (ca. 6.300) erhielt und sich somit den zuvor von der KPÖ beschickten Landtagssitz sichern konnte. Bemerkenswert bei dieser Landtagswahl 1949 ist zudem das starke Abschneiden der ÖVP, die ihre absolute Mehrheit nicht nur verteidigen, sondern sogar ausbauen konnte (52,61 Prozent), während auf der anderen Seite die SPÖ knapp 4 Prozent verlor und nunmehr bei 40,43 Prozent hielt. Es erscheint naheliegend, dass sich insbesondere die ÖVP die Stimmen der „Ehemaligen“ im Burgenland sichern konnten: „Auch wenn keine Wählerstromanalyse im modernen Stil des 21. Jahrhunderts diese These zu belegen vermag, ist dennoch allein der prozentuelle Transfer sehr augenfällig und für diese Vermutung sehr nahe liegend.“¹¹ Allein die burgenländische KPÖ verweigerte sich konsequent der Stimmen von ehemaligen Nationalsozialisten – und bekam dafür am Wahltag die Rechnung präsentiert.

Die Landtagswahl vom 22. Februar 1953 brachte eine neuerliche Steigerung des absoluten und dieses Mal auch relativen Stimmenanteils der KPÖ, die in einer Bündniskandidatur unter dem Namen *Wahlgemeinschaft österreichische Volksoption* angetreten ist. Im Burgenland bildete die KPÖ in diesem Bündnis, dem der formell im Jahr 1951 gegründete *Bund der kleinen Landwirte*, die Linksozialisten, die *Demokratische Union* sowie die *Nationale Liga* angehörten, die klar dominierende Kraft und stellte mit Vinzenz Böröcz auch den Spitzenkandidaten für die Landtagswahl. Mit Erfolg: Während das bürgerliche Lager starke Einbußen verkraften und die ÖVP mit dem Verlust ihrer absoluten Mehrheit eine herbe Wahlniederlage einstecken musste (minus 4,17 Prozent und 5.350 Stimmen), legte neben der SPÖ auch die KPÖ/Volksoption zu und erkämpfte sich den Landtagssitz auf Kosten der ÖVP wieder zurück: die Partei konnte ihr Ergebnis von 1949 um nochmals 602 Stimmen steigern, was bei ungefähr gleichbleibender Zahl der Wahlberechtigten einem Anteil von 3,22 Prozent (plus 0,31 Prozent) entsprach.¹² Nach Mödlagl im Jahr 1945 zog nun Böröcz in den so genannten „Wildschweinsaal“ von Schloss Esterházy ein, dem Tagungsort des burgenländischen Landtages in Eisenstadt (das 1930 endgültig bezogene Landhaus wurde erst im August 1955 von der sowjetischen Administration rückübereignet).

In dieser VII. Gesetzgebungsperiode von 1953 bis 1956 sollte die KPÖ zum

bislang letzten Mal im burgenländischen Landtag vertreten sein. Die Landtagswahlen vom 13. Mai 1956 – nach Abzug der sowjetischen Truppen im Gefolge des Staatsvertrages, jedoch vor dem so genannten „Volksaufstand“ in Ungarn vom anschließenden Oktober – fügten der Partei eine herbe Wahlniederlage zu: sie verlor 2.263 Stimmen und fiel mit einem Ergebnis von 3.123 Stimmen deutlich unter 2 Prozent (1,89 Prozent). Damit wurde der Wiedereinzug in den Landtag klar verfehlt. Auf der anderen Seite begann sich der Aufstieg der SPÖ zur dominierenden Kraft im Burgenland abzuzeichnen; konnten doch die Sozialdemokraten ihr Ergebnis neuerlich steigern und ihren Rückstand auf die ÖVP bei 46 Prozent Stimmenanteil auf knapp 5.300 Stimmen verringern.

Bei den Landtagswahlen vom 10. April 1960 erreichte die KPÖ schließlich letztmalig ein Ergebnis über ein Prozent Stimmenanteil: 1.772 Stimmen (minus 1.351) bedeuteten einen Anteil von 1,09 Prozent. Seit mittlerweile mehr als einem halben Jahrhundert spielt die Partei – ungeachtet eines auf niedrigem Niveau zu konstatierenden partiellen Aufschwungs in den 1980er Jahren – in wahlpolitischer Hinsicht keine Rolle mehr.

Die KPÖ-Abgeordneten: Otto Mödlagl und Vinzenz Böröcz

Bei den beiden Landtagsabgeordneten der burgenländischen KPÖ handelt es sich um durchaus große Namen der kommunistischen Bewegung im Burgenland wie in Österreich. Vor dem Hintergrund der Vita Vinzenz Böröcz', von 1946 bis 1981 Parteiobmann der burgenländischen KPÖ, erscheint der Lebensweg Mödlagls weitaus weniger bekannt. Dies mag auf der einen Seite dem relativen frühen Ausscheiden Mödlagls aus seinen politischen Funktionen in der Öffentlichkeit geschuldet sein, während im Fall von Vinzenz Böröcz eine bis zu seinem Tod anhaltende, auch nach außen wirksame politische Aktivität (in seinem letzten Lebensabschnitt als gefragter Zeitzeuge an burgenländischen Schulen sowie als Funktionär des burgenländischen KZ-Verbandes) festzustellen ist. Zudem hat Böröcz mit der Niederschrift seines umfangreichen Memoirenwerkes („Kampf um Boden und Freiheit. Wo das Land den Esterházy gehörte“, 1994) ein spannendes wie seither vielzitiertes Zeugnis zur burgenländischen Zeitgeschichte und zur burgenländischen Parteigeschichte der KPÖ hinterlassen. Dessen ungeachtet kann der im Ver-

gleich zu Böröcz eine Generation ältere Mödlagl als die zentrale politische Persönlichkeit auf Seiten der KPÖ in den ersten Nachkriegsmonaten des Burgenlandes angesprochen werden. Eine ausführliche biografische Skizze dieser beiden Persönlichkeiten muss an dieser Stelle unterbleiben, bleibt jedoch eine nach wie vor wünschenswerte Forderung an die burgenländische Landeshistoriographie zum 20. Jahrhundert.

Mödlagl, geboren 1899 und damit ein Kind des „Fin de siècle“, entstammte einer Wiener Beamtenfamilie und schloss im Jahr 1924 sein Studium des Bauingenieurwesens an der Technischen Hochschule Wien erfolgreich ab.¹³ Von einer frühen Politisierung zeugt sein 1921 erfolgter Beitritt zur KPÖ,¹⁴ die er aber in der Folge wieder verließ. 1928 übersiedelte er ins Burgenland und sollte bald Anschluss an die dortige Sozialdemokratie finden: bis 1934 wirkte er als Gemeinderat von Neusiedl/See, ab 1930 war er zudem Mitglied der Landesparteileitung der SDAP. Im Gefolge des Februars 1934 trat er als einer der prominentesten Parteigänger der burgenländischen SDAP jedoch zur KPÖ über, der er fortan bis zu seinem Tod im Jahr 1975 angehören sollte. Nach der Befreiung Wiens durch die Truppen der Roten Armee wurde er auf Wunsch der sowjetischen Administration als Vertreter der KPÖ für den Aufbau der niederösterreichischen Landesverwaltung eingesetzt; seit 1. Mai 1945 bekleidete er solcherart das Amt des provisorischen Landeshauptmann-Stellvertreters von Niederösterreich, wo er mit dem provisorischen Landeshauptmann Leopold Figl und seinem SPÖ-Pendant Oskar Helmer fortan die niederösterreichische „Dreieinigkeit“¹⁵ bildete. Parallel hiezu fungierte er ab dem 4. Mai 1945 (und bis zum 20. Dezember 1945) als Unterstaatssekretär in dem von Julius Raab geleiteten Staatsamt für Öffentliche Bauten, Übergangswirtschaft und Wiederaufbau in der Provisorischen Regierung Renner.¹⁶ Nach der verfassungsmäßigen Wiedererrichtung des Burgenlandes mit 1. Oktober 1945 wechselte er schließlich nach Eisenstadt ins Amt des zweiten Landeshauptmann-Stellvertreters des Burgenlandes und wirkte fortan als linke Hand des von Renner gestützten, im Burgenland selbst „eher geduldet denn freudig akzeptiert(en)“¹⁷ provisorischen Landeshauptmanns Leser (SPÖ). Diese Funktion sollte er bis zur Wahl der ersten burgenländischen Nachkriegs-Landesregierung am 4. Jänner 1946 ausüben. In

parteipolitischer Hinsicht wurde Mödlagl im Zuge massiver Konflikte, die 1945/46 innerhalb der burgenländischen KPÖ ausgebrochen waren, von der politischen Nachwuchshoffnung Vinzenz Böröcz abgelöst, der fortan das Amt des Landesparteiobmanns bis in die 1980er Jahre bekleidete und Mödlagl auch als kommunistischer Mandatar im Landtag nach der aus Sicht der KPÖ verlorenen Periode 1949–1953 nachfolgte. Mödlagl kehrte indes in seinen Zivilberuf zurück und konzentrierte sich fortan auf seine Tätigkeit als Betreiber eines Zivilingenieursbüros in Wien, blieb aber weiterhin Mitglied der burgenländischen Landesleitung der KPÖ.

Anders als Mödlagl entstammte Böröcz¹⁸ einer Arbeiterfamilie aus dem nordburgenländischen Breitenbrunn. Bereits während seiner Lehrzeit als Buchdrucker schloss er sich der *Sozialdemokratischen Arbeiterjugend (SAJ)* an; im Zuge der Selbstaufgabe der sozialdemokratischen Führung im Februar 1934 trat auch er zur KPÖ über und wurde bald ihr wichtigster Verbindungsmann für den Neusiedler Bezirk. Nach mehrmaligen Verhaftungen und Gefängnisaufenthalten in der Zeit des Austro- und Hitlerfaschismus wurde Böröcz schließlich zur „Bewährungseinheit“ der Deutschen Wehrmacht, der „Strafdivision 999“, eingezogen, mit der er in Afrika und Italien kämpfte. Nach seiner Rückkehr ins Burgenland Anfang Juni 1945, der ein mehrwöchiger abenteuerlicher Fußmarsch aus Norddeutschland vorangegangen war, wurde er kommunistischer Sekretär in der lokalen Land- und Forstarbeitergewerkschaft, Stadtrat in Eisenstadt (bis 1950) und Landesrat im „provisorischen Landesausschuss“ des Burgenlandes. Während Mödlagl als Landeshauptmann-Stellvertreter mit dem operativen Tagesgeschäft nur nachgeordnet in Berührung kam, kümmerte sich Böröcz um drängende Alltagsfragen wie die Ernährungslage. Aufgrund der Notwendigkeit, eine funktionierende Lebensmittelversorgung und zentrale -verteilung sicherzustellen, wurden die burgenländischen Kommunisten, allen voran Böröcz, sodann „nicht selten als ‚Enteigner‘ und ‚Requirierer‘ verflucht“.¹⁹ Im September 1945 vertrat er zudem das Burgenland als Delegierter auf der ersten Länderkonferenz in Wien. Nach gravierenden innerparteilichen Auseinandersetzungen, die sich personell in einem nicht mehr zu kittenden Bruch zwischen Mödlagl und dem von Wien ins Burgenland entsandten Landespartei sekretär



Otto Mödlagl (1899–1974)

Robert Rosak, einem Mann der Moskauer Politmigration und der Rückkehrer-„Initiativgruppe“ vom April 1945 um Johann Kopenig und Ernst Fischer,²⁰ manifestierte, wurde Mödlagl de facto entmachtet und im Einvernehmen mit Kopenig durch Böröcz ersetzt – Kopenig hatte nach Bekunden von Böröcz letzterem zuvor geraten, „den Stier bei den Hörnern zu packen“²¹ und die innerparteiliche Krise zu lösen. Auf dem Landesparteitag im Oktober 1946 übernahm Böröcz schließlich nach einem im Übrigen einstimmigen Votum auch formell die Führung der burgenländischen Partei,²² in deren Landesleitung nun neben Mödlagl noch Hans Pointner, Josef Stranzl, Eugen Schneider, Josef Beiglböck, Paul Koller, Johann Lechner, Johann Wild, Susanna Steiner, Hans Schreiber, Johann Paar und Erich Schimmerl zu finden waren (mit Ausnahme des Bernsteiners Beiglböck allesamt aus den nördlichen Bezirken des Burgenlandes). Seit 1948 war Böröcz auch Mitglied im Zentralkomitee der Partei, aus dem er erst im Jahr 1984 altersbedingt ausscheiden sollte.

Zahlen und Themen zur Periode 1945–1949

Das im Oktober und November 1945 propagierte Wahlprogramm der KPÖ nahm die wichtigsten von ihr im Landtag behandelten Themen vorneweg: Sicherung der Lebensmittelversorgung, Demokratisierung des Staatsapparats und der Gesellschaft, Amnestie-Frage und immer wieder die Forderung nach Durchführung der Bodenreform. Nach den Wahlen vom 25. November 1945 und der Konstituierung des neuen Landtages am 13. Dezember 1945 oblag es

Mödlagl als einzigem kommunistischen Abgeordneten, sich zu nahezu jeder Materie zu äußern. Das von ihm behandelte Themenspektrum war daher notgedrungen äußerst breit und reichte von grundsätzlichen Stellungnahmen zur Regierungserklärung von Landeshauptmann Karall (4. Januar 1946) über Fragen der Ernährungslage (16. Februar 1946) und der Sportpolitik (15. April 1947) bis zur Neufassung des burgenländischen Jagdgesetzes (29. Juni 1949) und, mithin die Quintessenz jeder Tagespolitik, der Budgetproblematik und damit der konkreten Verwendung, Steuerung und Verteilung der vorhandenen Finanzmittel. Es vermag daher nicht zu verwundern, dass Mödlagl mit seinen insgesamt 19 Wortmeldungen der mit Abstand aktivste Landtagsredner war: Neben seinen beiden Ansprachen bei den jährlich im Gedenken an die Befreiung des Burgenlandes durch die Rote Armee abgehaltenen Festsitzungen vom 13. April 1946 und 13. April 1948 (anlässlich der Festsitzungen 1947 und 1949 sprach er nicht) meldete er sich inhaltlich 17 Mal zu Wort, zudem stellte er drei Anträge. Letztere bezogen sich auf die Veranschlagung eines außerordentlichen Unterstützungs-Betrages für die Opfer des Faschismus in der Höhe von 2.000 Schilling (eingebracht am 25. September 1946) sowie in den übrigen beiden Fällen auf die umgehende Durchführung der Bodenreform (1946 und 1947, siehe gesondert unten). Als Ein-Mann-Fraktion ist zudem zu vermerken, dass Mödlagl gemäß der Geschäftsordnung des Landtages in keinen Ausschuss gewählt wurde.

Neben der Bodenreform waren es insbesondere Fragen der konkreten Ausgestaltung der Budgetpolitik des Landes, zu denen Mödlagl umfassende Stellungnahmen abgab. Er äußerte sich zu jedem Landesvoranschlag im Zeitraum seines Mandats, wobei er nicht nur in der Spezialdebatte zu einzelnen Punkten im Detail einging, sondern immer auch die Gelegenheit zu einer allgemein-politischen Einschätzung der Situation nutzte. So forderte er etwa im Zuge der Diskussion des Landesvoranschlags des Jahres 1946 am 25. September 1946 neben einer „möglichst weitgehende(n) Steuerhoheit“²³ für das Burgenland zwecks Durchführung einer umfassenden wirtschaftlichen Aufbauagenda und Infrastrukturpolitik²⁴ die Schaffung einer leistungsfähigen und demokratischen „Zentralverwaltung“.²⁵ Eine derartige Verwaltung begriff er als unerlässliche Voraussetzung, geradezu als Hebel für die

Konsolidierung und Entwicklung des Landes. Hier warf er auch den beiden Großparteien Versäumnisse vor, da ÖVP und SPÖ beim Neuaufbau des Beamtenkörpers eben nicht darauf achten würden, dass „neues und junges Blut in den alten Apparat hineinkommen möge“, vielmehr eine „Stimmzetteldemokratie“ unter weitgehendem Ausschluss des Volkes mit einem alteingesessenen Verwaltungsklientel betrieben.²⁶ Für Mödlagl spielten dabei die Stärkung der Bezirkshauptmannschaften und ihr Ausbau zu demokratischen Verwaltungskörpern eine entscheidende Rolle; nur so könne „eine Mitarbeit der Bevölkerung an der Verwaltung“ gewährleistet werden.²⁷ Dies erschien ihm gleichermaßen eine „Garantie für die Demokratie im Lande“, bedeute doch „ein Verwaltungssystem, zu dem der größte Teil der Bevölkerung kein inniges Verhältnis hat, an dem ein großer Teil der Bevölkerung nicht auch mitarbeiten kann“, eine Gefährdung für die Demokratie im Land: „[...] ein solches System muß letzten Endes volksfeindlich bleiben und es kann nur weiter verwaltet werden neben dem Volk und manchmal, wie wir es in der letzten Zeit gesehen haben, auch gegen das Volk“.²⁸

In ähnlicher Weise äußerte sich Mödlagl auch im Zuge der Diskussion des Landesvoranschlags 1947 im darauffolgenden Jahr (15. April 1947). Ziel der KPÖ sei „eine Republik, ein Staat, der gedeihen soll und der durch die Zusammenarbeit aller Parteien und aller aufbauwilligen Kräfte des Landes verwaltet werden muß“.²⁹ Gleichzeitig zog Mödlagl aber den Umkehrschluss, dass „jene, die die Demokratie bekämpfen, die nicht auf dem Boden unseres Staates stehen, kein Recht haben in diesem Staat zu reden und Propaganda zu treiben“. Und er wurde mit Bezug auf die bereits einsetzenden Diskussionen über eine Amnestie ehemaliger Nationalsozialisten deutlich: „Dazu gehört aber auch, daß wir alles, was aus jener Zeit, besonders aus den Jahren des Faschismus zurückgeblieben ist, geistig und vielleicht da und dort auch materiell ausrotten müssen.“³⁰

Eine besondere Stellung innerhalb der parlamentarischen Tätigkeit Mödlagls im burgenländischen Landtag nimmt sein Kampf gegen die Verabschiedung des neuen burgenländischen Jagdgesetzes im Jahr 1949 ein. Dies mutet nur auf den ersten Blick als Kuriosum an, ging es doch der KPÖ um nichts weniger als die Entflechtung von Jagdrecht und Großgrundbesitz. Im neu formulierten § 4 des burgenländischen Jagdgesetzes

wurde die Jagd nämlich an den Grundbesitz gebunden, was für Mödlagl schlicht ein Skandal und eine „bürokratische Mißgeburt“ war.³¹ ÖVP und SPÖ wollten jedoch das neue Jagdgesetz unbedingt noch in der laufenden Legislaturperiode beschließen und peitschten es in der letzten Sitzung des Landtages vom 29. Juni 1949 trotz schwerster Bedenken Mödlagls durch. Für ihn erinnerte das Gesetz an „Gesetze in der Nazizeit, wo den Jägern und Großgrundbesitzern gewisse Rechte zugesprochen wurden, die weit darüber hinausgingen, was diese Kreise an Rechten jemals in Oesterreich hatten“.³² Sein Appell an die SPÖ, dem Gesetz nicht zuzustimmen, verhallte jedoch ungehört.

Zahlen und Themen zur Periode 1953–1956

Nach der enttäuschenden Landtagswahl 1949 fand sich die burgenländische KPÖ in der nunmehr ungewohnten Situation einer fehlenden Verankerung im höchsten politischen Vertretungskörper des Landes wieder. Sie nutzte jedoch die über vierjährige Zeitspanne zu ihrer organisatorischen und strukturellen Restrukturierung sowie politischen Aktivitäten auf lokaler Ebene, wo die Partei fallweise über eine nach wie vor ungebrochene Verankerung verfügte. Mit Unterstützung der sowjetischen Administration in Österreich gelang beispielsweise die Aufteilung und Verpachtung von etwa 15.000 Hektar Großgrundbesitz im Burgenland an Kleinbauern und Gemeinden.³³ Diese Entwicklung korrespondierte in strukturell-organisatorischer Hinsicht in der Gründung des überparteilichen, mit der KPÖ jedoch „freundschaftlich verbundene(n)“³⁴ *Bundes der kleinen Landwirte* im Jahr 1951, der seine Basis wiederum in den vor Ort gebildeten lokalen Pächterausschüssen hatte und auch personell enge Verflechtungen zur KPÖ aufwies: So handelte es sich beim Sekretär der burgenländischen Landesorganisation des *Bundes der kleinen Landwirte* um Ferdinand Panzenböck, Absolvent der Lenin-Schule in Moskau, Spanienkämpfer und ehemaliger Bezirkssekretär der KPÖ Eisenstadt.³⁵

In gewisser Weise wurden die inhaltlichen Schwerpunkte der Tätigkeit der KPÖ im burgenländischen Landtag programmatisch bereits im Vorfeld determiniert. Unter dem Titel „Der Weg zum Aufstieg des Burgenlandes“ hatte Spitzenkandidat Böröcz einen „Appell an alle Burgenländer“ lanciert und breit verteilt, in dem, auf vier wesentliche Punkte

reduziert, ein tagespolitisches Sofortprogramm präsentiert wurde, gleichermaßen eine Einladung an die burgenländische Bevölkerung, ein erstes kleines Stück des Pfads zum Sozialismus gemeinsam mit der KPÖ zu beschreiten. Böröcz zielte jedenfalls in synthetischer Zusammenführung von Nah- und Fernziel auf die Bekämpfung der dringenden Gegenwartsprobleme des Burgenlandes und eine wirtschaftspolitische Konsolidierung ab, auf deren Basis schließlich die Etablierung einer gänzlich neuen Gesellschaftsformation angegangen werden konnte. Mit anderen Worten präsentierte er die Kommunisten als die besseren Wirtschaftler, mit Schwerpunkt auf der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Eindämmung der Abwanderung burgenländischer Arbeitskräfte aus dem Land. Hiezu sollten die Industrialisierung auf der Grundlage der landeseigenen Bodenschätze vorangetrieben, die Bodenreform zur Schaffung eines existenzfähigen landwirtschaftlichen Produktionssektors abseits des Großgrundbesitzes durchgeführt, die Infrastruktur des Landes ausgebaut und verbessert sowie die Entwicklung des Fremdenverkehrs vorangetrieben werden.³⁶

Der Wiedereinzug in den burgenländischen Landtag kam vor diesem Hintergrund nicht unerwartet. Ebenso wie zuvor Mödlagl agierte Vinzenz Böröcz in der Folge als überaus arbeitsamer Mandatar: acht Anträge sowie 17 Wortmeldungen machten ihn noch vor Adalbert Ladislaus Görz von der WdU (zwei Zusatzanträge bei ebenso 17 Redebeiträgen) zum „dienstfertigsten“ Abgeordneten. Die Anträge von Böröcz betrafen dabei neben der Bodenreform (1953 und 1954, siehe unten) die Beseitigung der Besatzungskostensteuer (13. Oktober 1953), den Verzicht auf die Ablieferung des im Finanzausgleichsgesetz 1950 festgeschriebenen „Bundespräzipiums“ – der Beitragleistung der Länder und Gemeinden zur Deckung des Defizits im Bundeshaushalt – durch das Burgenland (13. Oktober 1953) bzw. die gänzliche Abschaffung dieses Bundespräzipiums (18. Dezember 1953), die finanzielle Entlastung der Gemeinden (18. Dezember 1953), die Errichtung einer Ringwasserleitung für das Burgenland (4. März 1954), die Gewährung von Darlehen zur Förderung des Genossenschaftswesens im Wohnbau (4. März 1954) sowie die Ablehnung der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland (20. Dezember 1954). Alle Anträge von Böröcz wurden von der Landtagsmehrheit abgelehnt. Ebenso wie

Mödlagl war auch Böröcz in keinem Landtagsausschuss vertreten.

Neben der stetigen Propagierung der Bodenreform nahm Böröcz zu den unterschiedlichsten Themen Stellung, wobei die wirtschaftliche, bildungspolitische und kulturelle Weiterentwicklung des Burgenlandes ebenso wie die Stärkung seiner Position im föderalen Gefüge Österreichs zu seinen zentralen Anliegen gehörten. Mit Nachdruck setzte er sich etwa in der Generaldebatte zum Landesvoranschlag 1953 vom 25./26. Juni 1953 für einen neuen Bund-Länder-Finanzrahmen und das Auslaufen des Bundespräzipiums ein, das er als Beleg für eine durchgängige Benachteiligung des Landes durch die Bundesregierung ansah.³⁷ Böröcz hat sich in der Folge wie kein anderer Abgeordneter mit dem burgenländischen Finanzplan beschäftigt, wobei die Detailkenntnis der von ihm diskutierten Ausgabenposten auf eine äußerst penible Beschäftigung mit der Materie schließen lässt (beredtes Zeugnis hievon gibt etwa seine umfassende Behandlung des Landesvoranschlags 1954 am 18. Dezember 1953). Ebenso wie Mödlagl sah er in den Budgetberatungen zudem die Möglichkeit, um „grundsätzlich über alle wirtschaftlichen und politischen Probleme im Land zu sprechen“.³⁸ Ganz im Sinne des vor der Wahl präsentierten 4-Punkte-Programmes plädierte Böröcz jedenfalls für den gezielten Einsatz von Finanzmitteln zum Aufbau der burgenländischen Wirtschaft; das benötigte Kapital sollte aus einer neu ausverhandelten Steuerarithmetik mit dem Bund stammen. Das Burgenland sah er jedenfalls bereits wieder zum „Notstandsgebiet Nr. 1“ herabgesunken.³⁹ Um einer drohenden weiteren Verschlechterung der Lage Einhalt zu gebieten, forderte Böröcz die Abschaffung jeglicher Art von finanziellen „Notopfern“ für den Bund, die Beteiligung der Länder am ganzen Ertrag des Steueraufkommens (wie etwa der Umsatzsteuer) sowie zuletzt die Übernahme des „Betriebsabganges“ der burgenländischen Krankenanstalten durch den Bund,⁴⁰ einem der traditionell bedeutendsten Defizitposten im burgenländischen Landesbudget.

Die bei Mödlagl noch im Zentrum stehende Forderung nach einer umfassenden Demokratisierung der Landesverwaltung ist bei Böröcz hingegen weniger stark akzentuiert; die KPÖ hatte sich hier offenbar mit den politischen Realitäten und der monokratischen Organisation der Bezirkshauptmannschaften abgefunden. Im Gegensatz dazu rückte nun die



Vinzenz Böröcz (1915–1994)

Schulfrage vermehrt in den Fokus, wobei sich Böröcz dezidiert für die Erhaltung und Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt des Landes und gegen etwaige „Germanisierungstendenzen“ aussprach.⁴¹ Ein zusätzliches Anliegen der Kommunisten stellte auch die schnellere Abwicklung von Anträgen bei der burgenländischen Landesverwaltung im Zusammenhang mit den seit 1952 gesetzlich verankerten Entschädigungsleistungen für die Opfer des Faschismus dar. Böröcz prangerte hier einerseits die oftmals willkürliche Behandlung der Anträge durch die Behörden, andererseits auch den Umgang einzelner Landesbeamter mit den Bürgern an. Er selbst wurde im Zuge eigener Recherchen beispielsweise als „Zigeunervertreter“ verunglimpft.⁴² Diese Episode verdeutlicht die für Böröcz typische Herangehensweise an Probleme, die er nicht allein abstrakt von der Landtagstribüne aus behandeln, sondern vor Ort einsehen und, wenn möglich, lösen wollte. Die in seinen Reden immer wieder getätigten Verweise auf konkrete Fälle aus der Praxis zeugen von seinem nahezu unermüdlischen Einsatz für die burgenländische Bevölkerung und der ernst genommenen „Volksanwaltschaft“ von Böröcz in seiner Funktion als Landtagsabgeordneter.

In seinen letzten Wortmeldungen vor dem Ablauf seines Landtagsmandats setzte sich Böröcz dann nochmals für den umgehenden Ausbau der Infrastruktur des Landes ein. Für Vorhaben wie die Errichtung einer Ringwasserleitung (von ihm bereits 1954 gefordert⁴³), dem Ausbau der Nord-Süd-Verbindung oder der Schaffung von industriellen Arbeitsplät-

zen im Land – allesamt Teile eines am 26. Mai 1955 von der SPÖ eingebrachten und von der KPÖ mitgetragenen 8-Punkte-Programmes zur wirtschaftlichen Entwicklung des Burgenlandes⁴⁴ – sollte eine Anleihe aus der Sowjetunion aufgenommen werden, um die notwendige Kapitaldeckung zu erreichen.⁴⁵ Böröcz' Anregung wurde nicht aufgegriffen (von ihm zur Bankrotterklärung der burgenländischen Regierungsspitze gegenüber ihrem eigenen Land stilisiert⁴⁶), ebenso wenig wie sein abermaliger Versuch, in der Frage der Bodenreform voranzukommen. Diese Forderung nach einer umfassenden Bodenreform stellte nicht nur in der grundsätzlichen politischen Programmatik der burgenländischen KPÖ einen entscheidenden Punkt dar, sondern war zweifelsohne das zentrale Anliegen auf der Landtagsagenda der Partei.

Die Forderung der KPÖ nach der Bodenreform im burgenländischen Landtag

Nach der aus Sicht der KPÖ enttäuschend verlaufenen Landtagswahl 1945 („Leider ist es noch nicht gelungen, das Volk aufzurütteln“⁴⁷) stellte die Partei nun voll auf die Forderung einer sofortigen Bodenreform ab, die gleichzeitig als inhaltliches Gegengewicht zur „traditionelle(n) Politik des ‚Forstwurstelns‘“ der beiden Großparteien positioniert wurde.⁴⁸ Das Parteiorgan der KPÖ, das *Freie Burgenland*, gestand zwar unumwunden die Wahlniederlage der kommunistischen Bewegung ein, richtete aber im gleichen Moment den Blick vorwärts und bezeichnete die kommenden Jahre als „Beginn einer neuen Periode [...], die uns mit verdoppelter Kraft im Angriff sehen wird“.⁴⁹ Mödlagl sei in seiner Funktion als Vertreter der Kommunisten im Landtag der personifizierte Garant einer politischen Anwaltschaft der burgenländischen Werktätigen (denn als ein solcher Anwalt verstand sich die burgenländische Partei), kulminierend in der auf die Bodenreform abzielenden Losung, „daß der Boden endlich dem gehören soll, der ihn bebaut“.⁵⁰ Mit Verweis auf die Wahl-Broschüre Mödlagls vom Oktober 1945⁵¹ und den dort vorgestellten Maßnahmen-Katalog zur umgehenden Durchführung der Bodenreform bemerkte die Parteizeitung in Richtung SPÖ/ÖVP: „Dieses Programm kann sofort und ohne Verzögerung durchgeführt werden!“⁵²

Programmatik und Genese dieser Forderung nach einer Bodenreform ab einer Größe von 200 Joch (allerdings gegen Entschädigung) zulasten des adeligen

Großgrundbesitzes im Burgenland wurden bereits andernorts en détail dargelegt.⁵³ Von Interesse ist im hiesigen Zusammenhang nun der spezifisch parlamentarische Gang dieser Forderung durch die Institution Landtag.

Auf der Ebene des verbalen Bekenntnisses sprachen sich neben neben der KPÖ anfänglich auch die mit absoluter Mehrheit regierende ÖVP sowie die SPÖ für die Bodenreform aus. In der ÖVP setzte sich jedoch schon bald nach ihrem ursprünglichen, öffentlichkeitswirksam vorgebrachten „Ja“ auf bundes- als auch auf landespolitischer Ebene mit den Regierungserklärungen Figl⁵⁴ bzw. Karall⁵⁵ die Auffassung durch, dass der Großgrundbesitz nicht nur für die generelle volkswirtschaftliche Entwicklung Österreichs, sondern auch für die Sicherstellung der Ernährung in der unmittelbaren Nachkriegszeit unerlässlich sei. Der für Agrarfragen zuständige ÖVP-Landesrat Johann Bauer beteuerte in der 9. Sitzung des burgenländischen Landtages vom 25. September 1946, gewissermaßen als Entgegnung auf den kurz zuvor abgelehnten Entschließungsantrag Mödlagls zur Durchführung einer Bodenreform, dass „das Wort ‚Bodenreform‘ vielleicht gar nicht der richtige Ausdruck ist, den wir gebrauchen sollten“.⁵⁶ Bauer vertrat demgegenüber die Meinung, man solle lieber von „Bodengestaltung“ oder von „Siedlung“ sprechen und begründete dies mit volkswirtschaftlichen Argumenten. Es wäre aus ökonomischen Gründen „nicht gesund und nicht klug [...], dies alles einfach in kleine Stücke aufzuteilen, denn wir wissen, wie gut es gerade in der Notzeit gewesen wäre, wenn der Großgrundbesitz im vorigen Jahr funktioniert hätte“.⁵⁷

Der angesprochene Entschließungsantrag Mödlagls auf dieser 9. Sitzung des burgenländischen Landtages war die erste von einer ganzen Reihe an parlamentarischen Initiativen der KPÖ in dieser Materie und zielte darauf ab, „die Bundesregierung zu ersuchen, im Nationalrat ehestens ein Grundgesetz über die Durchführung einer Bodenreform in Österreich einzubringen“.⁵⁸ Dies sei bereits aus wirtschaftlichen Überlegungen notwendig, stand für Mödlagl aber zudem in direktem Zusammenhang mit der Kriegsgefangenen- und Heimkehrerproblematik: „Tausende und Zehntausende junger Menschen, die in Kriegsgefangenschaft waren, sind zurückgekehrt. [...] Die Frage der Beschäftigung unserer Heimkehrer, die Frage der Existenzgründung unserer Heimkehrer in den Dörfern,

ist ebenfalls enge verbunden mit der Durchführung der Bodenreform in Österreich, insbesondere im Burgenland.“⁵⁹

Entgegen den Beteuerungen der Landespolitiker fand der Antrag jedoch nicht die, wie der Landtagspräsident vermerkte, „geschäftsmäßig erforderliche Unterstützung“,⁶⁰ da sich die ÖVP bereits zu diesem Zeitpunkt von einer Bodenreform auf dem Weg von Enteignungen distanzierte⁶¹ und die SPÖ wiederum sich nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen mit der KPÖ entschließen konnte. Ernst Hoffenreich, Klubobmann der SPÖ-Fraktion im Landtag, bezog sich in seiner Stellungnahme in der Generaldebatte des Landesvoranschlags 1946 nach vorhergehender Ablehnung des Mödlagl-Antrages direkt auf „die Erfahrungen, die man mit der Bodenreform in der Sowjetunion gemacht hat“⁶² und denen nichts weniger als „weltweite Bedeutung“ beizumessen seien.⁶³ Auf der einen Seite trat Hoffenreich zwar dafür ein, „einen Teil des den Kapitalisten weggenommenen Bodens schon bestehenden Landwirten“ zuzuteilen, um andererseits und eingedenk der Erfahrungen mit den „fortschrittliche(n) Großbetrieben“⁶⁴ in der Sowjetunion zu präzisieren: „Wenn wir diese Erfahrungen von so weit draußen in der Sowjetunion und die Erfahrungen, die wir hier im eigenen Lande gemacht haben, zu einer Synthese vereinigen, so müssen wir uns sagen, wenn wir den magyarischen Eigentümern diesen Großgrundbesitz wegnehmen, dann wollen wir einen wesentlichen Teil davon nicht zerschlagen, sondern zu Schulen und Lehrbetrieben für unsere Bauern, also für die gesamte Landwirtschaft des Burgenlandes ausgestalten.“⁶⁵

Ein Jahr später formulierte Hoffenreich die Position der SPÖ noch deutlicher. Unter dem Kampfruf „Der Boden in unserem Land soll uns gehören!“⁶⁶ verkündete er, dass „die Zeiten der Großgrundbesitzer“ zwar vorüber seien, damit jedoch nicht eine Art „wilder“ Umverteilung ihres Bodens verbunden sein dürfe, wie man sie schon ansatzweise im Burgenland erlebe. Denn: „Wie dann dieser Grund und Boden verwendet wird, darüber kann man reden. Kein vernünftiger Volkswirtschaftler wird die Ansicht vertreten, daß der früher nach kaufmännischen Grundsätzen bewirtschaftete Großgrundbesitz nunmehr in Hände übergehen soll, die daraus weniger hervorbringen und dadurch der Volkswirtschaft weniger zur Verfügung gestellt wird als früher.“⁶⁷

Die Diskussion ist dabei im Kontext einer äußerst prekären Ernährungs-

situation zu sehen,⁶⁸ deren Lösung von der SPÖ nur mittels großagrarischer Strukturen für möglich angesehen wurde. Die vereinzelt schon beginnende Umverteilung des Bodens auf Grundlage von lokaler Eigeninitiative und/oder durch die USIA-Verwaltung (oftmals unter Vermittlung der KPÖ)⁶⁹ wurde damit expressis verbis als Fehler hingestellt. Zwar hatte auch die KPÖ in einer politischen Entschließung auf ihrer Landeskonzferenz vom 14. Oktober 1945 dafür plädiert, „eine Anzahl von Musterwirtschaften“ einzurichten, die im Besitz des Staates bleiben sollten,⁷⁰ jedoch keinen Zweifel daran gelassen, dass der hauptsächlichliche Teil des enteigneten Großgrundbesitzes zur Verteilung gelangen müsse – und zwar aus eben jenen volkswirtschaftlichen und effizienztechnischen Überlegungen, die auch die SPÖ anstellte: Nur durch die Aufteilung der enteigneten Flächen sei eine „weitgehende Intensivierung der Landwirtschaft“ möglich, „um auf jedem Quadratmeter möglichst viel hervorzubringen“.⁷¹

Im Übrigen verwarnte sich Mödlagl im Landtag dagegen, die Erfahrungen aus der russischen Revolution von 1917 „mechanisch auf andere Länder zu übertragen“. Die Kolchoisierungs-Bewegung in der Sowjetunion sei notwendig gewesen, weil „die Mechanisierung der Landwirtschaft auf eine andere Weise nicht durchführbar war und weil es notwendig war, Arbeitskräfte für den Aufbau der Industrie zu gewinnen“. In Österreich würden gänzlich andere Verhältnisse herrschen, könne man sich doch auf eine bereits im 19. Jahrhundert durchgeführte Agrarreform stützen und finde man sich zweitens nicht in der Situation, dass „man alles tun müßte, um Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft für die Industrie freizubekommen. Ich glaube, daß die augenblickliche wirtschaftliche Lage [...] unseres Landes vielmehr so gestaltet ist, daß es notwendig wäre, daß mancher, der früher in der Industrie und im Gewerbe beschäftigt war, heute wieder in der Landwirtschaft tätig wäre.“⁷²

Mit entscheidend für die ablehnende Haltung der SPÖ dürfte jedenfalls auch eine sich zusehends verschärfende politische Auseinandersetzung mit der KPÖ gewesen sein. Die SPÖ, so Sinowatz, hätte in diesen „Kampfjahren“ nämlich „die Hauptlast des politischen Widerstandes gegen die Bemühungen der Kommunisten, Österreich in die Nähe der Volksdemokratie zu führen“, zu tragen gehabt⁷³ und damit nicht nur gegen eine „radikalisierte“ und – aufgrund der Beziehungen



Gründungskonferenz der burgenländischen „Volksopposition“ am 11. Jänner 1953.

zur sowjetischen Besatzungsmacht – „materiell hervorragend ausgestattete“ KP zu kämpfen gehabt, sondern auf der anderen Seite gegen eine Volkspartei, die keine Gelegenheit ausließ, die Gefahr der Einheitsfront an die Wand zu malen und sich mit der Identifizierung der SPÖ als verkappte Kommunisten wahltaktische Vorteile erarbeiten wollte.⁷⁴

Verknüpfung des parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfes

Um ihrer Forderung nach einer Beschleunigung der Durchführung einer Bodenreform nochmals Nachdruck zu verleihen, initiierte die burgenländische KPÖ eine landesweite Unterschriftenaktion, die „sicher als die erfolgreichste politische Aktivität der Kommunisten im Burgenland gewertet werden kann“,⁷⁵ wie Hans Chmelar festhält. Ausgehend von den Gemeinden um die größten Landgüter der Großgrundbesitzer wurde die Kampagne ins ganze Land getragen.⁷⁶ Mehr als 20.000 Personen⁷⁷ unterstützten mit ihrer Unterschrift die von der KPÖ aufgesetzte Erklärung, dass sie sich „mit dem Vorschlag der KPÖ zur Durchführung einer Bodenreform auf Kosten der Esterhazy und anderer ausländischer Großgrundbesitzer zugunsten der Landarbeiter und Kleinbauern“⁷⁸ einverstanden zeigten.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund nahm die Frage der Bodenreform weiter einen zentralen Stellenwert in der Landtagspolitik der KPÖ ein. Die Partei drängte darauf, den lokal schon stattfindenden Eingriff in die Besitzrechte des Großgrundbesitzes zu institutionalisieren

und einer gesetzlichen Regelung zuzuführen. Am 18. April 1947 kulminierte die politische Diskussion schließlich in einem gemeinsamen Antrag von ÖVP, SPÖ und KPÖ, der die österreichische Bundesregierung und den Nationalrat dazu aufforderte, in Bezug auf die Bodenreform, die „für das Burgenland dringend notwendig“⁷⁹ sei, „die Vorarbeiten zu beschleunigen und rasch zum Abschluß zu bringen“.⁸⁰

Mödlagl, für den es sich um eine „Existenzfrage“⁸¹ handelte, nahm die gemeinsame Resolution „mit Befriedigung“ zur Kenntnis, erinnerte aber gleichzeitig daran, dass noch vor kurzem der Landtag dem von ihm eingebrachten Antrag zur Bodenreform nicht zustimmen wollte und auch die Diskussion in Wien ergebnislos verlaufen war.⁸² Die Bodenreform sei aber „keine Frage, die in den nächsten Jahren durchgeführt werden kann, sondern eine Frage, die unmittelbar durchgeführt werden muß“.⁸³ Eine permanente Thematisierung seitens des Landtages und der Landespolitik sei daher unerlässlich, allein schon in taktischer Hinsicht, um ein abermaliges Aus- und Zurückweichen des Nationalrates wie in der Vergangenheit zu verhindern.⁸⁴

Die SPÖ trat in der Debatte nun ebenso dafür ein, die Bodenreform „so rasch wie möglich und wenn möglich sofort“⁸⁵ durchzuführen, verwies allerdings darauf, dass die grundsätzliche Entscheidung für die Durchführung einer Bodenreform in Wien läge und schloss in Person Hans Bögl mit den pathetischen Worten: „Wenn aber die österreichische Republik die Bodenreform nicht durchführt, wenn sich der Nationalrat nicht entscheiden



Kundgebung des „Bunds der kleinen Landwirte“ für die sofortige Durchführung der Bodenreform am 2. Oktober 1955 am Hauptplatz von Eisenstadt.

kann, die Bodenreform zum Gesetz zu erheben, dann hat die Republik Oesterreich den Anspruch verwirkt, sich eine gerechte, soziale Republik zu nennen!“⁸⁶

Dies fand allerdings keinen Zuspruch bei der ÖVP.⁸⁷ Die Volkspartei versäumte die Gelegenheit nicht, trotz ihrer Zustimmung zum Antrag in der Debatte an ihre grundsätzlichen Vorbehalte gegen eine radikale Bodenreform anzuschließen und daran zu erinnern, dass man in der Vergangenheit bereits „den Siedlern mit der Errichtung von kleinen Siedlungen keine große Freude“ gemacht habe, da diese sich in Folge „sehr schwer getan haben, um sich überhaupt halten zu können“.⁸⁸ Bei der Aufteilung des Bodens sei daher unbedingt darauf zu achten, „wie es für das Land, das Volk und ganz Oesterreich am nützlichsten ist“.⁸⁹

Das konkrete Wie der Durchführung wurde weder im Antrag behandelt noch in der Diskussion präzisiert. Bögl vertrat sogar offen die Auffassung, dass man sich „heute auch nicht darüber auseinandersetzen“ wolle, „wie die Bodenreform durchgeführt wird“.⁹⁰ Man werde sich erst „gründlich darüber unterhalten“,⁹¹ wenn im Nationalrat die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen wären. Je nach ideologischem Hintergrund wollte also jede Partei etwas anders unter dem gemeinsam eingebrachten Antrag verstehen. Unter diesem Aspekt verdient er die Bezeichnung „gemeinsamer“ kaum und ist vielmehr als eine vage, wahlkampfstrategisch motivierte Willensbekundung seitens der SPÖ und ÖVP aufzufassen.⁹² „Die Aufforderung an den Nationalrat“, so Lütgenau, „ge-

schah entweder in Unkenntnis der Rechtslage oder aus rein aktionistischen Gründen“,⁹³ wobei angesichts der „krasse(n) Inaktivität der Burgenländischen Landesregierung“⁹⁴ in der Verfolgung der Angelegenheit für die zweite Interpretation zu plädieren ist. Sowohl in der SPÖ als auch in der ÖVP fehlte der „politische Wille, eine Bodenreform ernsthaft anzugehen und bei den Bundesparteizentralen in Wien einzufordern“.⁹⁵

Zwar trat Landeshauptmann Karall auf der Grundlage des Landtags-Beschlusses noch im April 1947 an Nationalratspräsident Kunschak und Bundeskanzler Figl heran, um diesen um die Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen für eine Bodenreform im Burgenland zu bitten. Nach dem Einlangen der Antworten – Kunschak teilte mit, dass nach der Geschäftsordnung des Nationalrates Beschlüsse der Landtage nicht unmittelbar Gegenstand einer Verhandlung des Nationalrates sein könnten; Figl verwies auf den in Behandlung stehenden Gesetzesentwurf zur landwirtschaftlichen Siedlungswesen⁹⁶ – zog sich die Landesregierung jedoch wieder auf die Position der Inaktivität zurück. Die ÖVP hatte ohnehin nicht das geringste Interesse an der Umsetzung der Bodenreform,⁹⁷ die SPÖ beließ es bei weiteren verbalen Bekenntnissen und öffentlichen Schuldzuweisungen an die Adresse ihres Regierungspartners, deren Untätigkeit auf Landes- und Bundesebene dazu geführt hätte, dass „die Frage der Bodenreform nicht weiter gediehen ist als bis zu verschleppenden Diskussionen im Bodenreformausschuß des österreichischen Parlaments“.⁹⁸

Als Mödlagl, des Zuwartens überdrüssig, am 13. April 1948 einen neuerlichen Antrag zur „Durchführung der Bodenreform im Burgenland“⁹⁹ im burgenländischen Landtag einbrachte, erhob sich laut Parlamentsprotokoll bei der Abstimmung kein einziger Abgeordneter der Regierungsparteien zur notwendigen Unterstützung, was Mödlagl zum empörten Ausruf veranlasste: „Das ganze Gerade über die Bodenreform im Landtag ist also doch nur eine Augenauswischerei!“¹⁰⁰

Hatte sich die ÖVP bereits zuvor aber schon inhaltlich von der Bodenreform distanziert, so kam ein gemeinsames Vorgehen mit der ganz offen als „Zwergpartei“ punzierten KPÖ, „die nicht das Vertrauen der Bevölkerung hat, von der Bevölkerung nichts wissen will, und die sich auf die Bajonette der Besatzungsmacht stützt“,¹⁰¹ für die SPÖ offensichtlich nicht in Frage. Die 36. Sitzung des burgenländischen Landtages vom 17./18. Dezember 1948 nahm Mödlagl daher zum Anlass für eine Abrechnung mit der Landwirtschaftspolitik von ÖVP und SPÖ: Bei der Bodenreform habe sich abseits von jährlich wiederkehrenden Diskussionen „nicht das Geringste getan“.¹⁰² Die Frage dürfe aber „nicht Propagandamittel von einer Wahl zur anderen sein, die Bodenreform ist etwas, was durchgeführt werden muß, um unsere burgenländischen Kleinbauern in allererster Linie lebensfähig zu erhalten“.¹⁰³

Nach dem Verlust des Landtagsmandats der KPÖ spielte die Bodenreform im burgenländischen Landhaus eine nur noch untergeordnete Rolle, obzwar sie abermals in der Regierungserklärung des Kabinetts Karall II als „Angelegenheit aller Parteien“ firmierte.¹⁰⁴ Dessen ungeachtet setzten die Kommunisten abseits der Debatten im Landesparlament ihren agrarpolitischen Kurs fort. Die Durchführung eines „roten Landmonats“ 1952, der nicht nur die Mobilisierungsfähigkeit der Partei am Land erhöhen, sondern durch öffentlichen Druck auch die offizielle Landespolitik zum Handeln zwingen wollte, blieb auf Regierungsebene jedoch ohne nachhaltige Wirkung.

Neuerliche Initiativen der KPÖ in den 1950er Jahren

Sofort nach Antritt seines Mandats drängte Vinzenz Böröcz abermals auf die sofortige Durchführung der Bodenreform und griff gleichzeitig ÖVP und SPÖ wegen deren Untätigkeit frontal an: Offen sprach er von einem „Betrug“ an der burgenländischen Landbevölkerung „zugunsten der Großgrundbesitzer und

Großpächter“.¹⁰⁵ In der 3. Sitzung des burgenländischen Landtags vom 25./26. Juni 1953 erinnerte Böröcz dann an die am 15. April 1947 verabschiedete 3-Parteien-Resolution und stellte im Zuge der Generaldebatte des Landesvoranschlags namens der Volksopposition/KPÖ neuerlich den Antrag zur Durchführung der Bodenreform: „Die Bodenreform ist für das Burgenland dringend notwendig. Die Bundesregierung und der Nationalrat werden daher aufgefordert, die Vorarbeiten zu beschleunigen und rasch zum Abschluß zu bringen. Der Burgenländische Landtag fordert in diesem Sinne die Bundesregierung auf, dem Nationalrat ehestens ein Gesetz über die Durchführung der Bodenreform vorzulegen.“¹⁰⁶ Auch dieser Antrag wurde abgeschmettert, was Böröcz zum Kommentar verleitete, dass alle bisherigen Beteuerungen der SPÖ und ÖVP in dieser Materie nichts weiter als „Schwindel“ gewesen seien.¹⁰⁷ In einer äußerst hitzig geführten Debatte des burgenländischen Landtags am 20. Dezember 1954 warf Böröcz insbesondere der ÖVP dann nochmals ein grundsätzliches politisches Desinteresse vor, wobei er sich in eindringlichen Worten direkt an die Abgeordneten der Landeshauptmann-Partei wandte: „[...] fangen Sie endlich an, zu verteilen und verteilen Sie den Boden wie Sie wollen! Aber Sie wollen ihn gar nicht verteilen, Sie dienen nur den Interessen der Großgrundbesitzer!“¹⁰⁸ Demgegenüber brachte Böröcz neuerlich einen Antrag auf die Verabschiedung eines Grundsatzgesetzes zur Durchführung der Bodenreform ein, durch welches „der Grund und Boden in die Hände jener gegeben wird, die diesen Boden auch wirklich bebauen“.¹⁰⁹ Abermals fand der Antrag keine Mehrheit.

Erst der Abschluss des Staatsvertrages und die damit verbundene bevorstehende Übergabe der USIA-Betriebe weckte wieder das Interesse der burgenländischen Großparteien, denen die in der Vergangenheit öfters vorgebrachten Argumente, gerade die sowjetische Verwaltung würde die Bodenreform aus eigenen wirtschaftlichen Überlegungen hintertreiben, abhanden gekommen waren. In einer dieses Mal auf Initiative der SPÖ eingebrachten gemeinsamen Entschließung am 26. Mai 1955 forderte der burgenländische Landtag die Landesregierung dazu auf, „bei der Bundesregierung alle erforderlichen Schritte zu unternehmen“, um „langgehegte Wünsche und Forderungen der burgenländischen Bevölkerung“¹¹⁰ zu verwirklichen: „Ein-

bringung eines Gesetzentwurfes über die Bodenreform in den Nationalrat, damit dem Burgenländischen Landtag nach Inkrafttreten der vom Bund getroffenen gesetzlichen Regelung die Möglichkeit gegeben wird, das zur Durchführung der im Burgenland notwendigen Bodenreform erforderliche Ausführungsgesetz zu verabschieden.“¹¹¹ Tatsächlich sandte die Landesregierung auch eine Delegation nach Wien, die bei Bundeskanzler Raab in der Angelegenheit vorsprach und von diesem die Zusicherung bekam, „daß bis zum Herbst die Frage der Bodenreform geregelt wird“.¹¹² Dies war jedoch nur vorgeschoben: die von der ÖVP geführte Bundesregierung dachte nicht daran, sich der Materie ernsthaft anzunehmen.

Auch im burgenländischen Landtag machte Böröcz darum insbesondere die ÖVP für das Scheitern der Bodenreform verantwortlich. „Wenn man ehrlich und ernst die Interessen der einfachen Menschen im Burgenland vertreten will“, so Böröcz mit Blick auf die SPÖ-Abgeordneten am 29. November 1955, „wenn man ehrlich für die Bodenreform im Burgenland kämpfen will, dann muß man nicht den Weg mit der OeVP suchen, weil Sie wissen, [...] daß die OeVP absolut nicht bereit ist, die Bodenreform durchzuführen, sondern daß sie ganz andere Interessen verfolgt.“¹¹³

Die KPÖ verfolgte zu diesem Zeitpunkt eine Politik der Annäherung an die SPÖ; mehr oder weniger offen rechnete man in der burgenländischen Partei auch mit der Option einer rot-roten Mehrheit nach den Wahlen.¹¹⁴ Der Erfolg blieb allerdings aus: Der kurze Redebeitrag von Vinzenz Böröcz am 9. März 1956 auf der 42. und letzten Sitzung des burgenländischen Landtags der VII. Wahlperiode war das bis dato letzte Mal, dass ein kommunistischer Abgeordneter im Landtag das Wort ergriff.

Anmerkungen:

1/ Neben den Lebenserinnerungen von Vinzenz Böröcz – Kampf um Boden und Freiheit. Wo das Land den Esterházy gehörte. (= Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 6). Wien 1995 – weist der Katalog der burgenländischen Landesbibliothek neben den Arbeiten des Verfassers überhaupt nur eine einzige Publikation aus, die sich gesondert mit der burgenländischen KPÖ beschäftigt: den Aufsatz von Hans Chmelar aus dem Jahr 1994 (Partei ohne Chance. Die KPÖ im Burgenland 1945/46, in: Beiträge zur Landeskunde des burgenländisch-westungarischen Raumes. Festschrift für Harald Prickler zum 60. Geburtstag. (= Burgenländische Forschun-

gen, Sonderbd. 13). Eisenstadt 1994, S. 50–68.
2/ Hautmann, Hans: Die KPÖ im Parlament, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 17. Jg. (2010), Nr. 2, S. 1–10, hier S. 1.

3/ Mugrauer: Manfred: Die Politik der KPÖ in der provisorischen Regierung Renner. Innsbruck, Wien, Bozen 2006, hier insbes. S. 63–95.
4/ Hier und im Folgenden Ernst, August: Das Burgenland im Jahre 1945, in: *Südostdeutsches Archiv* 30/31 (1987/88), S. 176–190 sowie ders.: Zur Wiedererrichtung des Burgenlandes im Jahr 1945, in: *Burgenländische Heimatblätter* 30 (1968), S. 105–122 und ders.: Geschichte des Burgenlandes. (= Geschichte der burgenländischen Bundesländer, hg. von Johann Rainer). München 1991², hier insbes. 220–227.

5/ Widder, Roland: Politik im Burgenland nach 1945: Stile und Stationen, in: ders. (Hg.): *Burgenland. Vom Grenzland im Osten zum Tor in den Westen.* (= Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945. Schriftenreihe des Forschungsinstituts für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Bd. 6/5). Wien, Köln, Weimar 2000, S. 359–428, hier S. 363.

6/ Zit. nach Ernst: *Wiedererrichtung*, S. 113.

7/ Pinter und Michalitsch spielten nach Wiedererrichtung des Burgenlandes keine Rolle mehr in der überregionalen Landespolitik.

8/ Hier und im Folgenden: Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung: *Wahlstatistik. Die Wahlen in den Bundesländern seit 1945.* Nationalrat und Landtage. Wien 1994.

9/ Bei der zeitgleich stattfindenden Nationalratswahl wurden für die KPÖ im Burgenland 4.311 Stimmen abgegeben (3,3%).

10/ Nationalratswahl: 4.805 Stimmen (2,9%).

11/ Widder, Roland: *Etappen zum Stolz. Landtagswahlkämpfe im Burgenland 1945–1968*, in: Dachs, Herbert (Hg.): *Zwischen Wettbewerb und Konsens. Landtagswahlkämpfe in Österreichs Bundesländern 1945 bis 1970.* Wien, Köln, Weimar 2006, S. 13–60, hier S. 34.

12/ Nationalratswahl: 5.417 Stimmen (3,2%).

13/ Hier und im Folgenden: Zentrales Parteiarchiv der KPÖ, Otto Mödlagl: Fragebogen vom 21.8.1945 sowie Kriegler, Johann: *Politisches Handbuch des Burgenlandes. II. Teil (1945–1995).* (= Burgenländische Forschungen, Bd. 76). Eisenstadt 1996.

14/ Diese Angabe findet sich im Partei-Lebenslauf Mödlagls.

15/ *Niederösterreich 1945. 40 Jahre Wiederaufbau der Landesverwaltung.* Ausstellungskatalog. Wien 1985, S. 41.

16/ „... im eigenen Haus Ordnung schaffen“. *Protokolle des Kabinettsrates* 29. April 1945 bis 10. Juli 1945, hg. von Gertrude Enderle-Burcel, Rudolf Jeřábek und Leopold Kammerhofer. (= *Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Renner 1945*, Bd. 1). Horn, Wien 1995, S. 64.

- 17/ Widder: Etappen zum Stolz, S. 17. – Die Vorbehalte gehen auf Lesers Zusammenarbeit mit der Gestapo während der Jahre 1938 bis 1945 zurück, die im Land bzw. in Teilen seiner eigenen Partei bekannt gewesen sein dürfte; vgl. Feymann, Walter: Das Deutschnationale im politischen Denken Ludwig Lesers, in: Gürtler, Wolfgang/Winker, Gerhard J. (Hg.): Forscher – Gestalter – Vermittler. Festschrift Gerald Schlag. (= Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland, Bd. 105). Eisenstadt 2001, S. 87–106.
- 18/ Vgl. im Folgenden Böröcz: Kampf um Boden und Freiheit; Chmelar: Partei ohne Chance; Kriegler: Politisches Handbuch und Teuschler, Christine/Streibel, Andreas: Die Parteien im Burgenland seit 1945, in: Widder: Burgenland, S. 429–502, hier insbes. S. 481–487.
- 19/ Böröcz: Kampf um Boden und Freiheit, S. 143.
- 20/ Auf Auftrag Stalins stellte Dimitroff diese Liste verdienter Genossen zusammen, die für die sofortige Rückkehr nach Österreich vorgesehen waren, um dort noch vor Beginn der staatlichen Rekonsolidierung die politische Arbeit der Partei zu organisieren und Schlüsselpositionen zu besetzen. Rosak war Dimitroff als führendes Mitglied des im November 1944 gegründeten *Antifaschistischen Büros österreichischer Kriegsgefangener* bekannt; vgl. Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biografien. 20. Jahrhundert, hg. von Otto Maier. Eisenstadt 1991, S. 264 sowie Mueller, Wolfgang: Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission. Wien, Köln, Weimar 2005, S. 72, Anm. 8.
- 21/ Böröcz: Kampf um Boden und Freiheit, S. 147.
- 22/ Ebd., S. 149.
- 23/ Stenographische Protokolle über die Sitzungen des burgenländischen Landtages: V. Wahlperiode vom 25. November 1945 bis 8. Oktober 1949 (1. bis 43. Sitzung). Eisenstadt 1949 [Protokolle V.], S. 58.
- 24/ Ebd., S. 82.
- 25/ Ebd., S. 58.
- 26/ Ebd.
- 27/ Ebd., S. 61.
- 28/ Ebd.
- 29/ Ebd., S. 140.
- 30/ Ebd.
- 31/ Ebd., S. 374.
- 32/ Ebd.
- 33/ Böröcz: Kampf um Boden und Freiheit, S. 170ff.
- 34/ Ebd., S. 181.
- 35/ Ebd., S. 182 sowie DÖW, Spanienarchiv, Personendossier.
- 36/ Ebd., S. 217.
- 37/ Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Burgenländischen Landtages: VII. Wahlperiode vom 19. März 1953 bis 9. März 1956 (1. bis 42. Sitzung). Eisenstadt 1956 [Protokolle VII.], S. 28.
- 38/ Ebd., S. 243.
- 39/ Ebd., S. 110.
- 40/ Ebd., S. 113.
- 41/ Ebd., S. 44.
- 42/ Ebd., S. 152.
- 43/ Ebd., S. 183.
- 44/ Ebd., S. 335.
- 45/ Ebd., S. 417.
- 46/ Ebd.
- 47/ *Freies Burgenland. Kommunistisches Wochenblatt*, Nr. 4, 30.11.1945, S. 4.
- 48/ Ebd.
- 49/ Ebd., S. 2.
- 50/ Ebd., S. 4.
- 51/ Mödlagl, Otto: Die Kommunisten fordern: Bodenreform im Burgenland, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs, Landesleitung Burgenland. Eisenstadt o.J. [1945]
- 52/ *Freies Burgenland*, Nr. 4, 30.11.1945, S. 4.
- 53/ Vgl. Krenn, Martin: „Es ist nicht länger zu ertragen!“ Zur Agrarpolitik der KPÖ im Burgenland. In: Mugrauer, Manfred (Hg.): 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs. (= Alfred Klahr Gesellschaft, Quellen & Studien, Sonderbd. 12). Wien 2009, S. 221–260.
- 54/ Vgl. Figl, Leopold: Österreich geht an die Arbeit. Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 21. Dezember 1945. Wien 1945.
- 55/ Vgl. Protokolle V., S. 6.
- 56/ Ebd., S. 104.
- 57/ Ebd.
- 58/ Ebd., S. 41.
- 59/ Ebd., S. 60.
- 60/ Ebd., S. 43.
- 61/ Ebd., S. 104.
- 62/ Ebd., S. 56.
- 63/ Ebd.
- 64/ Ebd.
- 65/ Ebd., S. 57.
- 66/ Ebd., S. 139.
- 67/ Ebd.
- 68/ Vgl. Szorger, Dieter: Die Ernährungslage im Burgenland 1945–1952, in: befreien – besetzen – bestehen. Das Burgenland von 1945–1955. Tagungsband des Symposiums des Burgenländischen Landesarchivs vom 7./8. April 2005. (= Burgenländische Forschungen, Bd. 90). Eisenstadt 2005, S. 221–240.
- 69/ Böröcz: Kampf um Boden und Freiheit, S. 170ff.
- 70/ Entschließung auf der Landeskonzferenz der KPOe (Burgenland) am 14. Oktober 1945, in: Mödlagl: Bodenreform, S. 13–15, hier S. 14.
- 71/ Protokolle V., S. 60.
- 72/ Ebd.
- 73/ Sinowatz, Fred: Aufbruch an der Grenze. Die Wiedererstehung des Burgenlandes und der Aufstieg der Sozialdemokratie zur Führungspartei, in: Aufbruch an der Grenze. Die Arbeiterbewegung von ihren Anfängen im westungarischen Raum bis zum 100-Jahre-Jubiläum der Sozialistischen Partei Österreichs. Eisenstadt 1989, S. 95–190, hier S. 138.
- 74/ Ebd., S. 138f.
- 75/ Chmelar: Partei ohne Chance, S. 66.
- 76/ *Freies Burgenland*, Nr. 5, 7.12.1945, S. 1.
- 77/ *Freies Burgenland*, Nr. 13, 5.4.1946, S. 1.
- 78/ *Freies Burgenland*, Nr. 5, 7.12.1945, S. 1.
- 79/ Protokolle V., S. 176.
- 80/ Ebd., S. 176f.
- 81/ Ebd., S. 178.
- 82/ Ebd.
- 83/ Ebd., S. 179.
- 84/ Ebd.
- 85/ Protokolle V., S. 178.
- 86/ Ebd.
- 87/ Das Protokoll vermerkt nach der Rede Bögl nur „lebhaften Beifall bei den Sozialisten“ (ebd.).
- 88/ Ebd., S. 180.
- 89/ Ebd.
- 90/ Ebd., S. 178.
- 91/ Ebd.
- 92/ Vgl. Lütgenau, Stefan August: Der Kampf um die Besitzungen in Österreich nach 1945, in: ders. (Hg.): Paul Esterhazy 1901–1989. Ein Leben im Zeitalter der Extreme. Innsbruck, Wien, Bozen 2005, S. 133–190, hier S. 165.
- 93/ Ebd., S. 155.
- 94/ Ebd., S. 156.
- 95/ Ebd., S. 165.
- 96/ Ebd., S. 155 sowie den diesbezüglichen Originalakt im burgenländischen Landesarchiv (Burgenländisches Landesarchiv, Regierungsarchiv, LAD/I–608–1947).
- 97/ Vgl. Lütgenau: Der Kampf um die Besitzungen, S. 157.
- 98/ Jahresbericht. Vorgelegt dem Landesparteitag der Sozialistischen Partei des Burgenlandes am 20. und 21. März 1948 in Mattersburg, hg. von der Landesorganisation Burgenland. o.O. [Eisenstadt] o.J. [1948], S. 4.
- 99/ Protokolle V., S. 265.
- 100/ Ebd.
- 101/ Ebd., S. 314.
- 102/ Ebd., S. 298.
- 103/ Ebd.
- 104/ Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Burgenländischen Landtages: VI. Wahlperiode vom 9. Oktober 1949 bis 21. Februar 1953 (1. bis 39. Sitzung). Eisenstadt 1953, S. 7.
- 105/ Protokolle VII., S. 8.
- 106/ Ebd., S. 65 sowie Böröcz: Kampf um Boden und Freiheit, S. 186f.
- 107/ Protokolle VII., S. 66.
- 108/ Ebd., S. 243.
- 109/ Ebd., S. 290.
- 110/ Ebd., S. 335.
- 111/ Ebd.
- 112/ Zit. nach *Burgenländische Freiheit. Landesorgan der Sozialistischen Partei des Burgenlandes*, Nr. 49, 4.12.1955, S. 3.
- 113/ Protokolle VII., S. 372.
- 114/ Vgl. entsprechende Aussagen durch Böröcz auf der letzten Sitzung des Landtags vom 9. März 1956 (Protokolle VII., S. 505).

Genosse Wildgans

Der Komponist Friedrich Wildgans und die Kommunistische Partei Österreichs

MANFRED MUGRAUER

Nach der Befreiung Österreichs vom Faschismus ging von der Kommunistischen Partei Österreichs eine große Anziehungskraft auf viele Intellektuelle aus, auch auf solche, die bisher mit der organisierten ArbeiterInnenbewegung kaum verbunden waren. Einer von ihnen war der österreichische Komponist Friedrich Wildgans, der im April 1945 zur KPÖ fand und ihr bis zu seinem Ausschluss bzw. Austritt im Juli 1950 angehörte. In diesem Zeitraum bekleidete er im österreichischen Musikleben wichtige Ämter, die nicht zuletzt in engem Zusammenhang mit seiner politischen Orientierung standen.

Friedrich Wildgans wurde am 5. Juni 1913 in Wien geboren,¹ womit sich sein Geburtstag dieses Jahr zum 100. Mal jährt. Schon in jungen Jahren nahm er Unterricht in Musiktheorie und Komposition bei Joseph Marx, der nach 1945 in Österreich als bedeutendster lebender zeitgenössischer Komponist gehandelt wurde und der mit seinem Vater, dem Dichter und Burgtheaterdirektor Anton Wildgans, befreundet war. Daneben erlernte er mehrere Instrumente und trat seit 1930 als Klarinettist auf. Im Juni 1934 übersiedelte er nach Salzburg, wo er ein Jahr lang am Mozarteum als Professor für Klarinette, Kammermusik und Musiktheorie lehrte. Ab September 1936 war er als Klarinettist im Bühnenorchester der Wiener Staatsoper und Korrepetitor am Burgtheater beschäftigt. Seit 1932 war Wildgans mit dem Komponisten Marcel Rubin bekannt, mit dem gemeinsam er 1936/37 die Konzertreihe „Musik der Gegenwart“ leitete und der später u.a. als Musikkritiker der (*Österreichischen*) *Volksstimme* und Musikfunktionär maßgeblich die Kultur- und Musikpolitik der KPÖ prägte. Im August 1933 wurde Wildgans Mitglied der *Vaterländischen Front* – zwangsweise, wie er in einem Verhör gegenüber der Gestapo angab,² was zumindest vor dem Hintergrund seiner späteren Anstellung am Mozarteum und bei den Staatstheatern zutreffend ist. Von 1931 bis 1934 gehörte er – eigenen Angaben gegenüber der KPÖ zufolge – der Sozialdemokratischen Partei an.³

Am 25. Oktober 1940 wurde Wildgans als Mitglied der „Österreichischen Freiheitsbewegung“ von der Gestapo festge-

nommen. Wildgans war im Frühjahr dieses Jahres vom Burgschauspieler und Gestapo-Spitzel Otto Hartmann für diese katholisch-konservative Widerstandsgruppe geworben und mit deren Gründer, dem Augustiner Chorherrn Roman Scholz, zusammengeführt worden. Von der Gestapo wurde der mit einer Jüdin verheiratete Wildgans vor seiner Verhaftung als „Judenfreund“ und in einer späteren politischen Beurteilung durch die NSDAP als „sehr religiös“ charakterisiert.⁴ Nach Abschluss der Ermittlungen am 17. Dezember 1940 wurde er dem Ermittlungsrichter des Volksgerichtshofes beim Landgericht Wien I wegen Verbrechens des Hochverrats zur Anzeige gebracht.⁵ Aufgrund beharrlicher Interventionen konnte seine Mutter Lilly Wildgans seine Entlassung aus der Untersuchungshaft am 24. Februar 1942 erwirken. Am 7. Dezember 1943 fand schließlich die Verhandlung vor dem 2. Senat des Volksgerichtshofes statt, der ihn als Mittäter zu 15 Monaten Haft verurteilte, die ihm als verbüßt angerechnet wurden. Das Urteil gibt auch Auskunft darüber, dass Wildgans über Kontakte zum kommunistischen Widerstand verfügte, soll er doch Scholz den Zahnarzt Dr. Walter Suess, der im 2. Bezirk im Rahmen einer kommunistischen Widerstandsgruppe aktiv war und Anfang 1943 hingerichtet wurde, als „Vertreter der linksradikalen Kreise“ empfohlen haben.⁶

Kommunistischer Musikfunktionär

In der unmittelbaren Nachkriegszeit war Wildgans eine der prägenden Figuren des österreichischen Musiklebens, was nicht zuletzt durch den innen- und kulturpolitischen Einfluss der KPÖ begünstigt wurde, gehörte diese doch als gleichberechtigte Partnerin von SPÖ und ÖVP der ersten Nachkriegsregierung an.⁷ Mit Ernst Fischer als Staatssekretär für Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung und Kultusangelegenheiten und Viktor Matejka als Stadtrat für Kultur und Volksbildung standen sowohl auf staatlicher als auch auf Wiener Ebene Kommunisten an der Spitze des kulturellen Wiederaufbaus. Gemäß der Erinnerung Fischers bekundete Wildgans nach einem Besuch im Ministerium seinen Beitrittswillen zur KPÖ: „Betrachten Sie

mich als einen der Ihren!“, soll er ihm zum Abschied versichert haben.⁸ Sein Mitgliedsbuch nennt den 28. April 1945, also einen sehr frühen Zeitpunkt, als Beitrittsdatum.⁹ Wie viele andere Intellektuelle auch, die der Partei bisher nicht nahegestanden waren, verband Wildgans mit der KPÖ die Hoffnung, nach den Jahren der Diktatur und des Faschismus eine grundlegende Erneuerung und fortschrittliche Entwicklung Österreichs einleiten zu können.

Wildgans war aber in den Tagen der Befreiung Wiens bereits vor seinem Beitritt zur KPÖ aktiv geworden, und zwar im Kontext der Widerstandsbewegung O5, die im Palais Auersperg bzw. im Niederösterreichischen Landhaus in der Herrngasse als präsumtive Regierung bzw. Verwaltungsspitze agierte, bei den sich neu formierenden Parteien aber auf Misstrauen stieß, bei der KPÖ nicht zuletzt aufgrund ihrer Verbindung zu westlichen Nachrichtendiensten und der konservativ-monarchistischen Ausrichtung ihrer führenden Mitglieder. Auf seine Aktivitäten in der O5 anspielend, bezeichnet sich Wildgans in einem im September 1945 an den österreichischen Komponisten Egon Wellesz gerichteten Schreiben als „erster österreichischer Kulturreferent der provisorischen Regierungsbehörde nach dem Zusammenbruche der Hitlererei“¹⁰ bzw. in einem weiteren Brief als Kulturreferent der „allerersten provisorischen ‚O5‘-Regierung“. Im Rahmen dieser von ihm als „Niete“¹¹ und „Abenteuer“ eingeschätzten O5-Episode sei Wildgans allerdings der „einzige linksgerichtete Mann in führender Stellung“ gewesen, der „allein nicht die Sache retten konnte“.¹² In diese Tage fällt auch Wildgans' Initiative zur Wiedererrichtung der österreichischen Sektion der 1922 gegründeten *Internationalen Gesellschaft für Neue Musik* (IGNM), die er fortan als geschäftsführender Vizepräsident de facto leitete.¹³ So fand am 20. April 1945 im Büro von Wildgans in der Herrngasse unter seinem Vorsitz die Gründungsversammlung der IGNM statt. Seine an diesem Tag an den Komponisten Hans Erich Apostel ausgestellte Vollmacht zum Wiederaufbau der IGNM trug die Anschrift „Zentralkomitee O5“.¹⁴

Wildgans übernahm in weiterer Folge eine leitende Funktion an der Wiener



Gestapo-Fotos von Friedrich Wildgans, 1940

Musikakademie, war Musikreferent der Stadt Wien und arbeitete als Musikkritiker der *Österreichischen Zeitung*. Diese Funktionen, die Wildgans im Jahr 1945 und danach in der Wiener Musikszene ausübte, wurden ihm nicht direkt von der KPÖ übertragen, seine Mitgliedschaft in der KPÖ verbreiterte aber die Spielräume, sich solche Positionen in seinen Wirkungszusammenhängen zu erarbeiten. Analog zur Zurückdrängung des innenpolitischen Einflusses der KPÖ wurde auch Wildgans in verschiedenen Bereichen aus der aktiven Gestaltung des Musiklebens ausgegrenzt: Agierte er ab Juni 1945 zunächst als künstlerischer Leiter der Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst,¹⁵ musste er zu Beginn des Studienjahres 1946/47 Hans Sittner, „einem Juristen aus dem Ministerium“, Platz machen.¹⁶ Erst 1955 erlangte er hier wieder eine feste Anstellung. Auch als Musikreferent der Stadt Wien wurde Wildgans im Jahr 1950 gekündigt, nachdem nach den Wiener Gemeinderatswahlen am 9. Oktober 1949 sein Parteifreund Viktor Matejka als Kulturstadtrat aus dem Stadtsenat ausscheiden musste. Matejka hatte Wildgans im September 1946 als Nachfolger von Robert Fanta zum Musikkonsulenten mit dem speziellen Aufgabengebiet „Moderne Musik“ bestellt.¹⁷ Als Hans Mandl (SPÖ) die Verwaltungsgruppe für Kultur und Volksbildung übernahm, wurde Wildgans kurzerhand entlassen und das Musikreferat aufgelöst: „Kunst, Literatur, Musik wird wieder in die Akten einer Verwaltungsgruppe gezwängt. Dazu genügt der Amtsschimmel. Der Fachmann ist überflüssig. Auch einen Musikreferenten braucht die Stadt Wien nicht. Mag er auch Professor Friedrich Wildgans heißen und einen internationalen Ruf als Komponist und Instrumentalist, als Lehrer und Theoretiker genießen“,¹⁸ kommentierte die kommunistische Abendzeitung *Der Abend* die Entlassung von Wildgans.

Weitere öffentliche Aktivitäten von Wildgans waren darauf ausgerichtet, nach den Jahren des Hitlerfaschismus wieder Anschluss an die internationale musikalische Moderne zu finden. Von 1947 bis 1951 betreute Wildgans gemeinsam mit Herbert Häfner die allwöchentlich gesendete „Moderne Stunde“ im Programm des Wiener Senders der RAVAG, wobei er für jede Sendung eine Einführung sprach.¹⁹ Im Rahmen dieser Sendung wurde auf Initiative von Wildgans u.a. Hanns Eislers Kantate „Die Mutter“ im Mai 1949 erstmals in Österreich aufgeführt.²⁰ Am 11. Mai 1949 wurde Wildgans als Nachfolger des seit 1946 amtierenden Hans Erich Apostel zum Präsidenten der österreichischen Sektion der IGNM gewählt, nachdem er bei der Generalversammlung am 15. Oktober 1948 kurzzeitig ganz aus dem Vorstand gedrängt worden war.²¹ Bei einer Pressekonferenz im Herbst 1949 gestand Wildgans ein, dass die IGNM „durch eine gewisse selbstgenügsame Abkapslung vom großen Publikum“ in der Vergangenheit Fehler gemacht habe.²² 1961 legte er schließlich sein Präsidentenamt nieder, sich gegen „die dort herrschende Diktatur einer Sekte“ auflehnd, wie Rubin in einem Nachruf Jahre später diesen Schritt von Wildgans interpretierte.²³ Wildgans war zwar ein entschiedener Verfechter zeitgenössischer Musik, dessen Kompositionsweise auch vom Zwölftonprinzip bestimmt war, verließ aber nie ganz den Boden der Tonalität und galt nicht als radikaler „Neutöner“.²⁴ 1955 wandte er sich auch von den Darmstädter Ferienkursen ab, bei denen er in den Vorjahren gelehrt hatte, die nun aber in seinen Augen zu sehr von der seriellen Richtung geprägt wurden.

Aktivitäten für die KPÖ

Neben seinen öffentlichen Ämtern und Funktionen in der Musikakademie, bei der Stadt Wien und in der IGNM war

Wildgans in den Jahren seiner KPÖ-Mitgliedschaft in vielfältiger Weise auch in die kulturellen und kulturpolitischen Aktivitäten der Partei eingebunden, sowohl als Komponist und ausübender Musiker, als auch als Musikjournalist und Musikorganisator.

Die politisch-ideologische Neuorientierung von Wildgans spiegelte sich in dieser kompositorisch insgesamt wenig produktiven Phase auch in seinem Schaffen wider: Bei einem Konzert des überwiegend von kommunistischen Beamten geleiteten Kulturreferats der Wiener Polizeidirektion im Wiener Konzerthaus sollten am 9. September 1945 neben der 5. Symphonie Beethovens auch die von Wildgans eingerichteten „Freiheitslieder der Völker“ uraufgeführt werden. Der Komponist war aber nicht in der Lage, neben dem bereits vollendeten „Titolied“ weitere Lieder rechtzeitig fertigzustellen.²⁵ Eine vom Leiter der *Universal Edition* (UE) Alfred Schlee kurzfristig angeregte Verschiebung dieses Konzerts der Wiener Philharmoniker unter Josef Krips ließ sich nicht realisieren.²⁶ Zunächst als „symphonische Musik“ angekündigt,²⁷ erschienen diese von Schlee als „künstlerisches Ereignis ersten Ranges“ avisierten „Freiheitslieder der Völker“ schließlich im Jahr 1946 bei der UE als „Lieder der Freiheit“ in fünf Folgen mit jeweils vier Liedern, für die Wildgans den Klaviersatz erstellt hatte. Eine initiale Rolle spielte dabei die als Tänzerin und Choreographin bekannte kommunistische Künstlerin Hanna Berger, die in Abstimmung mit dem Referat für Agitation und Propaganda der KPÖ Wien die Herausgabe dieser Lieder der internationalen ArbeiterInnenbewegung bei der UE in die Wege leitete.²⁸ Seine künstlerische Entwicklung befände sich nun „in selten konsequenter Übereinstimmung mit seinen politisch-weltanschaulichen Bestrebungen, für die auch die Erneuerung der Kunst nur Ausdruck einer das ganze Leben des Einzelnen und der Gemeinschaft erfassenden Neugestaltung bedeutet“, würdigte Desider Hajas, der Musikkritiker der *Österreichischen Zeitung*, in einem Portrait des Komponisten die „Einheit von Mensch und Künstler“.²⁹

Als die KPÖ zum ersten Jahrestag der Befreiung Österreichs am 14. April 1946 im Wiener Musikverein ein Festkonzert mit den Wiener Philharmonikern unter Krips veranstaltete, erklang neben Beethovens 9. Symphonie auch eine von Wildgans eingerichtete Orgelfassung des Trauermarsches der russischen Revolu-

tion „Unsterbliche Opfer“ mit ihm selbst an der Orgel.³⁰ Beim Eröffnungskonzert des 14. Parteitagtes der KPÖ im Wiener Musikverein am 29. Oktober 1948 wurde neben für diesen Anlass geschaffenen Werken von Marcel Rubin und Hanns Eisler auch das von Wildgans komponierte „Lied von der Reaktion“ (nach Worten von Oskar Babinek) aufgeführt. Heinz Hollitscher dirigierte den „Wiener Arbeiterchor“ der KPÖ.³¹ Bei der Eröffnungsvorstellung des von der KPÖ initiierten *Neuen Theaters in der Scala* am 16. September 1948, in deren Rahmen Nestroys „Höllenangst“ dargeboten wurde, oblag Wildgans die musikalische Leitung. Als Interpret war Wildgans auch bei der Goethe-Feier der KPÖ anlässlich des 200. Geburtstags des Dichters im Musikverein am 24. Juni 1949 beteiligt, wo er seine zweite Frau Ilona Steingruber, die er am 30. Dezember 1946 geheiratet hatte und die sich als Interpretin zeitgenössischer Musik einen Namen machte, am Klavier begleitete. Die Sopranistin sang Goethe-Lieder von Hugo Wolf, Hanns Eisler und Franz Schubert.³² Für Ernst Fischers im April 1950 in der *Scala* uraufgeführtes Schauspiel „Der große Verrat“ komponierte Wildgans (neben Toni Stubhan) die Bühnenmusik.³³

Im Jahr der Befreiung begann Wildgans auch für die von der sowjetischen Besatzungsmacht herausgegebene *Österreichische Zeitung* als Musikkritiker und Musikjournalist zu arbeiten. „Ich möchte hier noch einmal betonen, wie sehr es mich freuen würde, mehr, – vielleicht sogar ständig – für das Blatt der Roten Armee, zu der ich aufrichtige und dankbare Sympathie empfinde, zu arbeiten, wenn Ihnen das recht ist“, schrieb Wildgans an Hugo Huppert, den damaligen Kulturredakteur der Zeitung, nachdem er ihm einen ersten Beitrag über Anton Webern übermittelt hatte.³⁴ Bei den Wiener Landtagswahlen am 25. November 1945 war Wildgans auch auf der Kandidatenliste der KPÖ zu finden. Journalistisch war Wildgans von Oktober 1945 bis Juli 1948 nicht nur für die *Österreichische Zeitung* tätig, sondern er verfasste in den Jahren 1946 bis 1948 auch Musikkritiken für die seit April 1946 von der KPÖ herausgegebene Intellektuellenzeitschrift *Österreichisches Tagebuch*, deren Redaktionskollektiv Wildgans formal bis ins Jahr 1949 angehörte.³⁵ Von der großen Bedeutung, die Wildgans insgesamt in der Kulturpolitik der KPÖ zukam, zeugt die Tatsache, dass eine vom Kulturreferat der Partei einberufene erste Zusammenkunft jener

GenossInnen, „die im geistigen Leben Österreichs stehen, um über theoretische und aktuelle Probleme zu sprechen“, am 18. September 1946 in seiner Wohnung in der Waaggasse 6 im 4. Wiener Gemeindebezirk stattfand.³⁶ Insgesamt wurde Wildgans bis zur Rückkehr Marcel Rubins aus dem mexikanischen Exil im Februar 1947 als bedeutendste kommunistische Persönlichkeit in der österreichischen Musiklandschaft betrachtet.

Im Umfeld der KPÖ sind auch die Aktivitäten von Wildgans in Freundschaftsgesellschaften mit volksdemokratischen bzw. sozialistischen Ländern zu verorten: So wurde er am ersten Kongress der *Gesellschaft zur Pflege der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion* (der späteren *Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft*) Ende September 1946 zum Mitglied des Vorstands ihrer Musiksektion gewählt, deren Hauptaufgabe in der Verbreitung russischer und sowjetischer Musik in Österreich gesehen wurde.³⁷ Langjähriger Präsident der ÖSG-Musiksektion war Joseph Marx. In diesen Jahren gehörte Wildgans auch dem Vorstand der 1946 gegründeten *Österreichisch-Polnischen Gesellschaft* an.³⁸

Restauration des Wiener Musiklebens

Insgesamt war Wildgans im Jahr der Befreiung und in den Folgejahren einer der wichtigsten Exponenten des Versuchs einer fortschrittlichen Neugestaltung der österreichischen Musikszene, was zwangsläufig eine Konfrontation mit den konservativen und reaktionären Kreisen zur Folge hatte, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der beginnenden Re-etablierung der ehemaligen Nazis auch im Bereich der Musik.

Bereits im Herbst 1945 berichtete Wildgans an Egon Wellesz, dass die „konservative und reaktionäre Strömung“ in der Musik als „höchst peinlich retardierendes Moment durch Intrigen und bürokratische Verschleppung“ wirke.³⁹ Im Sommer 1946 wusste Wildgans in einem Exposé an Stadtrat Matejka einzuschätzen, dass die überwiegende Mehrheit der Vorstandsmitglieder der *Gesellschaft der Musikfreunde* und der *Wiener Konzerthausgesellschaft*, der beiden führenden Musikgesellschaften Wiens, „rechtsgerichteten und kapitalistischen Kreisen“ angehöre, „die offensichtlich darauf abzielen, das gesamte Wiener Kulturleben unter ihre Aufsicht und in ihre Hände zu bekommen“ und einen „gesunden Wiederaufbau eines neuen



Friedrich Wildgans im Jahr 1931

österreichischen Staates“ verhindern und sabotieren würden. Die Atmosphäre, die im Vorstand der *Gesellschaft der Musikfreunde* geschaffen wurde, sei „rein reaktionär und kapitalistisch“.⁴⁰ Auch dem Komponisten Ernst Krenek, der ebenso wie Wellesz nicht aus dem Exil zurückkehrte, berichtete er ein Jahr später, dass sich die beiden Konzertgesellschaften „in den Händen von den alten großkapitalistischen und reaktionären Kreisen“ befänden und diese „nur vom Standpunkt der Konjunktur, Korruption und gesellschaftlichen Verpflichtungen aus“ neue Musik brächten.⁴¹ In ähnlichen Worten kritisierte auch Hugo Huppert die „erkonservative“ *Gesellschaft der Musikfreunde* und „ihre zeitfremde (und geschäftstüchtige) ‚patrizische‘ Exklusivität“.⁴² Wildgans empfahl Matejka vor diesem Hintergrund die Auflösung der aus seiner Sicht unzeitgemäßen privaten Konzertgesellschaften und die Verwaltung von Musikverein und Konzerthaus durch Kuratorien, die sich aus Fachleuten und Parteienvertretern zusammensetzen sollten.⁴³

Als besonders kritikwürdig erachtete Wildgans den Einfluss der Dirigenten Herbert Karajan und Karl Böhm, die trotz ihrer durch die Nähe zum NS-Regime bedingten Kompromittierung zunächst wieder hinter den Kulissen die Fäden zogen, bzw. insgesamt die letztlich „immer stärker werdende Monopolisierung des österreichischen Kunstlebens durch Männer, die in der Nazizeit führend waren“.⁴⁴ Tatsächlich setzten Wilhelm Furtwängler, Clemens Krauss, Hans Knappertsbusch, Karajan und Böhm ihre Karrieren in Österreich fort und zogen spätestens 1947 „wieder mit Pauken und Trompeten in das Wiener Konzertleben“ ein, wie Wildgans im

Tagebuch anprangerte.⁴⁵ Die unbelasteten Dirigenten des demokratischen Wiederaufbaus im Jahr 1945 wie Josef Krips und Robert Fanta wurden in den Hintergrund gedrängt. Angesichts dieser von Wildgans konstatierten „Monopolstellung“ der ehemaligen Nazis „im Wiener Musikbetrieb, der dadurch weder an Lebendigkeit noch an Fortschrittlichkeit und Niveau“ gewinne,⁴⁶ soll er in einer Unterredung mit dem Dirigenten Otto Klemperer im Frühjahr 1948 sogar die Hoffnung auf eine Teilung Österreichs geäußert haben, denn dann werde „Salzburg das hochnazistische Musikzentrum der anglo-amerikanischen Westzone“, während man im Wiener Musikzentrum der sowjetischen Zone die Gelegenheit habe, die immer noch sabotierten Dirigenten wie Klemperer und Hermann Scherchen zu engagieren.⁴⁷

„Angelegenheit Wildgans“

Der Ausschluss bzw. Austritt von Friedrich Wildgans aus der KPÖ im Juli 1950 steht im Zusammenhang mit jenen Spannungen, die aus der Musikresolution des ZK der KPdSU vom Februar 1948 resultierten, weil deren Inhalt von der KPÖ zustimmend rezipiert und die sowjetische Argumentation weitgehend übernommen wurde,⁴⁸ Wildgans aber davon abweichende ästhetisch-politische Positionen bezog. Der Beschluss des ZK der KPdSU kritisierte die „formalistische“, „kosmopolitische“ und „volksfeindliche“ Musik jenseits des „sozialistischen Realismus“ und erhob Forderungen nach mehr Parteilichkeit, Einprägbarkeit und Volksverbundenheit.⁴⁹ Als Höhepunkt dieser mit dem Namen Andrej Schdanow verbundenen Kulturkampagne der Jahre 1946 bis 1948 gerieten auch die renommiertesten sowjetischen Komponisten wie Dmitrij Schostakowitsch, Sergej Prokofjew, Aram Chatschaturjan und Nikolai Mjaskowskij ins Kreuzfeuer der Kritik. Hauptangriffsziel dieser Kampagne war aber die Musik der radikalen westlichen Moderne, die als spätbürgerlich-dekadent verurteilt wurde, vor allem Arnold Schönberg und die Exponenten dodekaphonischen Komponierens, was den auch in Tradition der Zweiten Wiener Schule stehenden Wildgans in Bedrängnis brachte. Da er sich offenbar nicht in der Lage sah, diese musikpolitische Linie gegen den Modernismus zu vertreten, beendete er 1948 seine Mitarbeit an der *Österreichischen Zeitung*. Auch im *Tagebuch* erschienen fortan keine weiteren Musikkritiken von Wildgans.

Auch seine verantwortliche Position bei der IGNM, die von Huppert nun dem Lager der österreichischen Reaktion und deren „antidemokratischer und antipopulärer Musikübung“ zugerechnet wurde,⁵⁰ musste in Widerspruch geraten zur musikästhetischen Ausrichtung von KPÖ und sowjetischer Besatzungsmacht. Wildgans trat zwar nicht öffentlich gegen den sowjetischen Musikerlass auf und wurde auch selbst nie des „Formalismus“ beschuldigt, die Auffassungsunterschiede zeigten sich aber Anfang 1949 bei der Gründung der *Österreichischen Gesellschaft für zeitgenössische Musik* (ÖGZM), die im Februar dieses Jahres unter dem Eindruck der sowjetischen Musikdiskussion mehr oder weniger als Gegengründung zur IGNM ins Leben gerufen wurde. Als Proponenten dieser überparteilichen Gesellschaft zur „Erneuerung der österreichischen Musik“ traten neben Marcel Rubin u.a. auch Joseph Marx, Theodor Berger, Alfred Uhl, Alois Melichar und Franz Salmhofer auf,⁵¹ womit sich die neue Gesellschaft als Bündnis der kommunistischen Linken mit jenen darstellte, die von spätromantischen ästhetischen Positionen aus der Zwölftonmusik und musikalischen Avantgarde distanziert gegenüberstanden. Wildgans kritisierte das Naheverhältnis der ÖGZM zu den kulturpolitischen Auffassungen der KPÖ, die wiederum auf den sowjetischen Beschlüssen fußten, weshalb er die „Tendenz dieser Gesellschaft“ ablehnte, so der Komponist in einem Schreiben an Matejka, das er in seiner Funktion als Musikkonsulent an den Stadtrat richtete.⁵² Von der *Arbeiter-Zeitung* wurde die ÖGZM als kommunistisch und „vereingewordener Ableger der Kunstkomintern“ denunziert,⁵³ wobei Wildgans parteiintern in Verdacht geriet, dem Zentralorgan der SPÖ die Information über eine angebliche Subvention der KPÖ für die ÖGZM zugeschanzt zu haben.

Anfang 1949 wurden der KPÖ auch erste Gerüchte bekannt, dass Wildgans mit dem Gedanken spiele, aus der Partei auszutreten, „aber nicht wisse, wie dies am besten anzustellen sei“.⁵⁴ Im November 1949 spitzten sich die Spannungen so weit zu, dass vom Sekretariat des ZK der KPÖ eine Kommission zur Untersuchung der „Angelegenheit Wildgans“ eingesetzt wurde.⁵⁵ Wenige Tage zuvor hatte sich Ilona Steingruber in einem Schreiben an den Komponisten Robert Schollum darüber beklagt, dass die Wiener Zeitungen über Wildgans' Bühnenmusik zu Strindbergs „Kronbraut“ gute

Kritiken gebracht hätten und er lediglich in den kommunistischen Zeitungen verrissen worden wäre, obwohl dieser mitnichten „formalistisch“ komponiert hätte. Politische Vorteile hätten sie beide, so Steingruber, durch die KPÖ keine genossen, „aber Nachteile genug“.⁵⁶ Im Jahr 1950 bezahlte Wildgans bis zu seinem Ausschluss bzw. Austritt auch keine Mitgliedsbeiträge mehr für die Betriebsorganisation Rathaus, jene Basisstruktur der KPÖ, in der er organisiert war.

Unmittelbarer Anlass für den Ausschluss von Wildgans aus der KPÖ war dessen Konzertreise nach Jugoslawien im Mai 1950, nach der er sich öffentlich positiv über die dortigen Verhältnisse äußerte. Im Rahmen dieser zweiwöchigen Tournee hatte Wildgans Konzerte in Ljubljana, Maribor, Zagreb, Belgrad und Sarajewo gegeben, anschließend wies er in einem Interview mit der jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug die Behauptungen der KPÖ über ein angebliches Polizeiregime in Jugoslawien zurück.⁵⁷ Mit Genugtuung habe Wildgans feststellen können, „dass die jugoslawischen Musiker alle Möglichkeiten für freies Schaffen“ hätten und ihnen im Gegensatz zur Sowjetunion niemand vorschreibe, „was und wie sie schaffen sollen“.⁵⁸

Vor dem Hintergrund des Bruchs zwischen Stalin und Tito im Jahr 1948 und der seither laufenden Kampagne des *Kommunistischen Informationsbüros* gegen den „Titoismus“ muss für Wildgans klar gewesen sein, dass seine projugoslawische Stellungnahme innerparteilich nicht ohne Konsequenzen bleiben würde. Tatsächlich beantragte am 4. Juli 1950 die Kaderabteilung des Zentralkomitees der KPÖ den Ausschluss von Wildgans. Zwei Tage später wurde er vom Sekretariat des Zentralkomitees „wegen parteifeindlichen Verhaltens“ aus der Partei ausgeschlossen.⁵⁹ Im Antrag der Kaderabteilung wurde ins Treffen geführt, dass der ideologisch kaum mit der Partei verbundene Wildgans seine Mitgliedschaft in der KPÖ „als Hemmnis für seine berufliche Karriere“ betrachte, die „sein vorwiegendstes Interesse“ sei. Damit im Zusammenhang hätten sich bei ihm zunehmend „partei-fremde und sogar parteifeindliche“ Auffassungen gezeigt und er habe sich von der KPÖ entfernt. Mit seiner Erklärung über Jugoslawien habe er sich nunmehr „offen gegen die Sowjetunion und gegen die Kommunistische Partei – in das Lager der Gegner des Sozialismus“ gestellt.⁶⁰

In Reaktion auf seinen Ausschluss, der zunächst öffentlich nicht kommuniziert wurde, formulierte Wildgans am 11. Juli

1950 ein Austrittsschreiben, das er auch der Presse zugänglich machte. Dem wiederum kam die KPÖ damit zuvor, den Ausschluss ihrerseits zu veröffentlichen: Wildgans sei „wegen parteifeindlichen und parteischädigenden Verhaltens“ aus der KPÖ ausgeschlossen worden, war am 15. Juli in einer kurzen Notiz im Zentralorgan zu lesen. Er habe „gerade in der Zeit, in der die Kriegsgefahr zugenommen hat und die faschistische Tito-Clique im Auftrag der amerikanischen Imperialisten immer neue Kriegsprovokationen auf dem Balkan begeht, Verrat an der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei geübt, indem er sich in den Dienst der Lügenpropaganda Titos stellte“.⁶¹ Bereits am selben Tag wurde auch in der Abendausgabe der vom britischen Informationsdienst herausgegebenen *Weltpresse* über den Austritt von Wildgans berichtet, wobei er als Hauptgrund für diesen Schritt jene Gegensätze anführte, „die seit der Publikation der kommunistischen Musikerlätze vom Februar 1948 zwischen der Partei und mir zu immer ernsteren Spannungen geführt haben. Es war mir unmöglich, mich mit den Prinzipien der Musikerlätze zu identifizieren“,⁶² so Wildgans.

Die *Volksstimme* reagierte darauf zwar mit der Replik, dass sich das Zentralkomitee der KPÖ noch nie mit der Musik von Wildgans beschäftigt und nie ein Urteil über ihre Qualität abgegeben habe und sein Ausschluss insofern nicht „wegen seiner atonalen, sondern wegen seiner titoistischen Lügentätigkeit“ erfolgt sei.⁶³ Die Tatsache, dass Wildgans erst kurz davor die Bühnenmusik zu Ernst Fischers Anti-Tito-Stück „Der große Verrat“ geschrieben hatte, gibt aber einen Hinweis darauf, dass es dem Komponisten weniger um ein Pro-Tito-Votum als um einen Vorwand dafür ging, sich von der KPÖ zu lösen, mit der er in musikästhetischen Fragen seit längerem nicht mehr übereinstimmte. Insgesamt wurde in der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse der Ausschluss bzw. Austritt von Wildgans breit rezipiert und als neuerlicher Beweis für die „Unvereinbarkeit von Individualismus und Kollektivismus in der KPÖ“⁶⁴ und als Beleg dafür gewertet, dass der Kommunismus „kein freies Kunstschaffen“ zulasse.⁶⁵ Wildgans habe nun „endlich die Konsequenzen“ aus dem „politischen Fehltritt“ im Jahr 1945 gezogen.⁶⁶

Ungeachtet der großen Bedeutung der „inneren“ Faktoren, also der musikpolitischen Fragen, wird die Konfrontation von Wildgans mit der KPÖ erst dann verständlich, wenn man die äußeren

Rahmenbedingungen in Betracht zieht, vor allem die kulturpolitische Zuspitzung des Kalten Krieges. Nicht zu vernachlässigen ist der gewaltige Druck, der auf den mit der KPÖ verbundenen bzw. ihr nahestehenden Intellektuellen lastete. So erreichte unmittelbar vor dem Austritt von Wildgans die von den Regierungsparteien lancierte Kampagne gegen jene Intellektuellen einen ersten Höhepunkt, die im Rahmen der österreichischen Friedensbewegung mit der KPÖ zu kooperieren bereit waren. Der *Österreichische Friedensrat* wurde in diesem Zuge als kommunistische Tarnorganisation angegriffen, die nicht-

kommunistischen Intellektuellen, die an der Friedensbewegung teilnahmen, als „Kryptokommunisten“ und „Fellow Travellers“ diskreditiert.⁶⁷ Es entsprach gewissermaßen der Logik dieser kulturpolitischen Konstellation, dass Wildgans nach seinem Austritt in eine Position manövriert wurde, die ihm von seinen ehemaligen GenossInnen als antikommunistisch ausgelegt werden konnte. Zunächst trat Wildgans im Oktober 1950, also wenige Monate nach seinem Austritt aus der KPÖ, in die SPÖ ein.⁶⁸ Kurz darauf wurde ihm von der *Österreichischen Zeitung*, seinem ehemaligen Arbeitgeber, vorgeworfen, dass er an fortschrittliche Komponisten herangetreten sei, um diese dazu zu bewegen, ihre Unterschrift unter den von der Weltfriedensbewegung verabschiedeten *Stockholmer Appell* zurückzuziehen, in dem für das bedingungslose Verbot der Atomwaffen eingetreten wurde. Die ÖZ beschimpfte Wildgans daraufhin als „Intrigant“ und als „abgetakelten, zum Agenten herabgesunkenen Musiker“, der das Panoptikum der Kriegshetzer „um eine Jammergestalt“ vermehre.⁶⁹

„Gefallene Größe“

In einem Brief an Staatsoperndirektor Franz Salmhofer charakterisierte sich



Friedrich Wildgans (1913–1965)

Wildgans in diesen turbulenten Monaten als eine „heute abservierte ‚gefallene Größe‘“, die von Österreich „nun wirklich genug“ habe.⁷⁰ Die folgenden Jahre standen im Zeichen seines schrittweisen Rückzugs aus der Öffentlichkeit, nicht zuletzt vor dem Hintergrund seines sich verschlechternden Gesundheitszustands. Infolge eines Schlaganfalls konnte er ab 1954 auch nicht mehr als Klarinetist auftreten. Wildgans trat in diesen Jahren weiterhin als Autor in der *Österreichischen Musikzeitschrift* hervor, erst nach seinem Tod erschien die deutschsprachige Ausgabe seiner Monographie über Anton Webern.⁷¹

Das Verhältnis von Wildgans zur KPÖ normalisierte sich in weiterer Folge: Als bei der Uraufführung seiner „Eucharistischen Hymnen“ am 14. Juni 1954 durch die Wiener Symphoniker unter Heinrich Hollreiser im Wiener Konzerthaus einer der letzten Konzertschandale Österreichs perfekt wurde, äußerten sich die kommunistischen Tageszeitungen noch distanziert. Man könne weder die Begeisterung der einen noch die Entrüstung der anderen verstehen, so der Musikkritiker des *Abend* Karl Brix, sondern lediglich den Irrweg von Wildgans bedauern.⁷² Von März bis November 1960 fand im *Tagebuch* im Anschluss an einen ablehnenden

Artikel von Dmitrij Schostakowitsch⁷³ die zweite große Diskussion über die Zwölftontechnik nach 1955 statt, wobei neben Marcel Rubin und Karl Heinz Füssl u.a. auch Wildgans um seine Meinung gebeten wurde. Während Rubin seine ablehnende Haltung zur Zwölftonmusik verteidigte,⁷⁴ formulierte Wildgans eine differenzierte Position zu den „Auswüchse(n)“, die Schönbergs Idee „in letzter Zeit unter der Ägide westeuropäischer junger Komponisten erfahren“ habe und aufgrund derer er als ein Komponist, der diese Technik wiederholt angewandt habe, „niemals für diese Idee“ eingenommen werden konnte: „Trotzdem ich also persönlich dieses Beginnen junger westlicher Komponisten in keiner Weise verstehe und es auch nicht als Musik empfinde, daher vom musikalischen Standpunkt aus ablehnen muß, bin ich der Ansicht, daß niemand von uns das Recht hat, den Weg dieser jungen Komponisten in eine bestimmte Richtung zu zwingen.“ Seiner Meinung nach habe „jede ernstzunehmende künstlerische Manifestation das Recht des Kontaktes mit der Öffentlichkeit. Es ist notwendig, hier unbedingte Freiheit der künstlerischen Anschauungen zu gewährleisten. Ein Gesinnungsterror – sei es von welcher Seite immer: von geschäftlichen Interessen oder von snobistischen Erwägungen, aber auch von politischen Ideen aus – wird von mir stets als schädlich empfunden und abgelehnt“, so Wildgans.⁷⁵

Kurz davor – im Februar 1960 – hatten in Berlin, Hauptstadt der DDR, Gespräche mit Friedrich Wildgans und Ilona Steingruber stattgefunden, in denen u.a. potenzielle Auftrittsmöglichkeiten von Steingruber in der DDR besprochen wurden. Wildgans machte bei dieser Gelegenheit den Vorschlag, beim Wiener Volkstheater ein Gastspiel des Berliner Ensembles anzuregen.⁷⁶ Sein Komponistenkollege Marcel Rubin würdigte Wildgans in einer Gratulationsadresse in der *Volksstimme* anlässlich dessen 50. Geburtstags schließlich als „eine der originellsten und erfreulichsten musikalischen Persönlichkeiten der österreichischen Gegenwart“, dessen Werke sich durch eine „seltene Kombination von Neuerertum und Musizierfreude“ auszeichnen.⁷⁷

Friedrich Wildgans starb am 7. November 1965 infolge eines Lungeninfarkts in Mödling, knapp drei Jahre nach dem frühen Tod seiner Frau Ilona Steingruber. Seine Werke sind heute mit Ausnahme der ganz selten aufgeführten „Eucharistischen Hymnen“ und des Trompetenkonzerts aus den Konzertpro-

grammen verschwunden. Im Jahr 2002 wurde Wildgans vom ORF in Erinnerung gerufen, indem eine CD mit Aufnahmen seiner wichtigsten Werke aus dem ORF-Archiv herausgebracht wurde. Der für diese Edition verantwortliche Hannes Heher, seines Zeichens Vizepräsident des *Österreichischen Komponistenbundes*, charakterisiert Wildgans in einem aktuellen Beitrag als eine der „interessantesten Musiker- und Komponistenpersönlichkeiten des damaligen Österreich“.⁷⁸

Anmerkungen:

- 1/ Zur Biographie von Wildgans vgl. Brauneiss, Leopold: Friedrich Wildgans. Leben, Wirken und Werk. Dissertation Universität Wien 1988, S. 8–83.
- 2/ Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien, II A2-1716/40 g. v. 24.10.1940, Verhörprotokoll mit Friedrich Wildgans, o.D.
- 3/ ZPA der KPÖ, Kaderabteilung des ZK der KPÖ, Betrifft: Friedrich Wildgans, 4.7.1950, S. 1.
- 4/ ZPA der KPÖ, Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien, II A2-1716/40 g. v. 24.10.1940, Betrifft: Friedrich Wildgans, sympathisierendes Mitglied der österr. Freiheitsbewegung; Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA)/Archiv der Republik (AdR), BMI, Gauakt 67143, NSDAP, Gauleitung Wien, Personalamt Hauptstelle Politische Beurteilung, P.B. 67.143 Fi/Si v. 30.7.1942.
- 5/ ÖStA/AdR, BMI, Gauakt 67143, Gaupersonalamtsleiter an den Präsidenten der Reichsmusikkammer, PB 67143/V/Ra v. 19.10.1942.
- 6/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) 2234, VGH-Urteil gegen Margarete Jahoda u.a., Zl. 8 J 201/41 – 2 H 171/43 v. 7./8.12.1943, S. 2 und 13–15, hier S. 14, auszugsweise abgedruckt in: Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945. Eine Dokumentation. Band 3: 1938–1945, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien: Österreichischer Bundesverlag, Jugend und Volk 1984², S. 97f., hier S. 97.
- 7/ Vgl. dazu Mugrauer, Manfred: Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2006.
- 8/ Fischer, Ernst: Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955. Wien, München, Zürich: Molden 1973, S. 120.
- 9/ Vgl. Brauneiss: Wildgans (wie Anm. 1), S. 74.
- 10/ Österreichische Nationalbibliothek (ÖNB), Musiksammlung (MUS), F13 Wellesz 1696, Friedrich Wildgans an Egon Wellesz (Oxford), 18.9.1945, S. 2.
- 11/ Friedrich Wildgans an Lilly Wildgans, 11.5.1945, zit. nach Brauneiss: Wildgans (wie Anm. 1), S. 70.
- 12/ DÖW 22343/18, Friedrich Wildgans an Hubert Knauer, o.D. [1945].
- 13/ So bezeichnete sich Wildgans in einem Schreiben an Matejka als „Präsident“ der öster-

reichischen IGNM-Sektion (Wienbibliothek im Rathaus, Nachlass Viktor Matejka, ZPH 830, Box 11, Friedrich Wildgans an Viktor Matejka, 4.12.1945). Bei der Wiedererrichtung der IGNM war die Präsidentenstelle für Anton Webern freigehalten worden (Internationale Gesellschaft für Neue Musik, in: *Neues Österreich*, 24.5.1945, S. 4), der am 15. September 1945 in Mittersill unbeabsichtigt von einem US-Soldaten erschossen wurde.

14/ Vgl. Szmolyan, Walter: Wiederbeginn 1945 mit Anton Webern und Rückblick in die dreißiger Jahre, in: *Österreichische Musikzeitschrift*, 37. Jg. (1982), Nr. 11, S. 623–630, hier S. 623.

15/ Strauss, Martin [d.i. Marcel Rubin]: Friedrich Wildgans. Ein Musikerporträt, in: *Österreichisches Tagebuch*, Nr. 15, 26.4.1947, S. 11. Formaler Leiter der Akademie war ab Juni 1945 Karl Kobald, unterstützt von Friedrich Wildgans, der die Abteilung für Musiktheorie leitete, zu der damals auch die Instrumentalfächer gehörten (Tittel, Ernst: Die Wiener Musikhochschule. Vom Konservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde zur Staatlichen Akademie für Musik und darstellende Kunst. Wien: Elisabeth Lafite 1967 (Publikationen der Wiener Musikakademie, Bd. 1), S. 69).

16/ ÖNB, MUS, F13 Wellesz 1696, Friedrich Wildgans an Egon Wellesz, o.D. [1946]; Tittel: Musikhochschule (wie Anm. 15), S. 70.

17/ Wiener Stadt- und Landesarchiv, 1.3.2.350.A22.21, Viktor Matejka an Paul Speiser, 1.7.1946; Brauneiss: Wildgans (wie Anm. 1), S. 75 und 130–134, hier S. 130. Karl B. Jindracek war zuständig für Chorwesen und Kirchenmusik, Philipp Ruff für „leichte“ Musik und die juristischen Belange (Musik 1947. Ein Wiener Jahrbuch. Im Auftrage der Wiener Konzertgesellschaft zusammengestellt von Hans Rutz als Sonderveröffentlichung der „Wiener Musikblätter“. Wien o.J., S. 91; Österreichischer Amtskalender für das Jahr 1950, XVIII. Jg. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1950, S. 459).

18/ Fachmann überflüssig, in: *Der Abend*, 29.3.1950, S. 6.

19/ Bericht, in: *Österreichische Musikzeitschrift*, 2. Jg. (1947), Nr. 9, S. 242–243, hier S. 243. Vgl. dazu auch Gayda, Thomas: Zur Auseinandersetzung um Organisation und Ästhetik der zeitgenössischen österreichischen Musik im Konzertleben Wiens in den ersten Jahren nach 1945. Dissertation Universität Wien 1988, S. 54–65.

20/ Österreichische Uraufführung von Hanns Eisler „Die Mutter“ in der Ravag, in: *Österreichische Volksstimme*, 28.5.1949, S. 4.

21/ Dazu Brauneiss: Wildgans (wie Anm. 1), S. 135–149, hier S. 139f.

22/ Das Konzertprogramm der IGNM, in: *Der Abend*, 14.10.1949, S. 6.

23/ Rubin, Marcel: Zum Tode von Friedrich Wildgans, in: *Tagebuch*, 20. Jg., Nr. 12, Dezember 1965, S. 5.

- 24/ Vgl. z.B. Waldstein, Wilhelm: Kontinuum und neuer Impuls. Wiener Musikschaffen im Spiegel der Öffentlichkeit, in: *Österreichische Musikzeitschrift*, 10. Jg. (1955), Nr. 1, S. 22–24, hier S. 24; F.S.: Friedrich Wildgans, in: *ebd.*, 20. Jg. (1965), Nr. 12, S. 662–663, hier S. 663.
- 25/ ZPA der KPÖ, Kulturreferat der Polizei, Moritz Fels-Margulies an Viktor Matejka, 3.9.1945.
- 26/ ZPA der KPÖ, Universal Edition, Alfred Schlee an Moritz Fels, 30.8.1945. An Stelle der „Freiheitslieder“ wurde schließlich das zweite Finale aus Beethovens „Fidelio“ mit Anny Konetzni, Emmy Loose, Fritz Krenn, Paul Schöffler, Herbert Alsen und Erich Majkut gegeben.
- 27/ Neue Werke, in: *Österreichische Musikzeitschrift*, 1. Jg. (1946), Nr. 1, S. 2.
- 28/ ZPA der KPÖ, Hanna Berger: Lebenslauf 1945–1952, S. 1f.
- 29/ Dr. Hajas: Prof. Friedrich Wildgans, in: *Österreichische Zeitung*, 19.8.1947, S. 5.
- 30/ Biba, Otto (Hg.): Die Programm-Sammlung im Archiv der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien 1937–1987. Tutzing: Hans Schneider 2001 (Veröffentlichungen des Archivs der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien, Bd. 2), S. 92.
- 31/ ZPA der KPÖ, Programm der Eröffnungssitzung des XIV. Parteitags der Kommunistischen Partei Österreichs, 29.10.1948.
- 32/ Die Goethe-Feier der Kommunistischen Partei, in: *Österreichische Volksstimme*, 26.6.1949, S. 6.
- 33/ ZPA der KPÖ, *Der Theaterfreund*. Mitteilungen des Vereines „Die Theaterfreunde“, Nr. 10, 1950, S. 5.
- 34/ Archiv der Akademie der Künste (AdK) (Berlin), Hugo-Huppert-Archiv, 337, Friedrich Wildgans an Hugo Huppert, o.D. [1945].
- 35/ Vgl. das Impressum ab Nr. 34, 12.9.1947, Umschlagseite 2.
- 36/ AdK, Hugo-Huppert-Archiv, 340, Zentralstelle für Volksbildung (K.P.Ö.), Kulturreferat, Einladung von Georg Knepler, 10.9.1946.
- 37/ Der Kongress, in: *Die Brücke. Monatshefte für Kultur und Wirtschaft*, 1. Jg. (1945/46), Nr. 10/11, S. 1–130, hier S. 36.
- 38/ ZPA der KPÖ, Liste der Vorstandsmitglieder [der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft] für das Jahr 1947/48.
- 39/ ÖNB, MUS, F13 Wellesz 1696, Friedrich Wildgans an Egon Wellesz (Oxford), 18.9.1945, S. 2.
- 40/ Wienbibliothek, Nachlass Viktor Matejka, ZPH 830, Box 25, W. [Friedrich Wildgans]: Die Verhältnisse in den Wiener Konzertgesellschaften (Ges. der Musikfreunde und Konzerthausgesellschaft), für Stadtrat Matejka persönlich, 27.8.1946, S. 1, 3 und 8.
- 41/ Wienbibliothek, Nachlass Viktor Matejka, ZPH 830, Box 15, Friedrich Wildgans an Ernst Krenek, 15.8.1947, S. 2.
- 42/ Huppert, Hugo: Musik und Demokratie, in: *Stimme der Zeit. Monatsschrift für Politik und Kultur*. Verlag der „Österreichischen Zeitung“, 1. Jg. (1947/48), Nr. 8/9, Februar/März 1948, S. 56–67, hier S. 64.
- 43/ Wildgans: Die Verhältnisse in den Wiener Konzertgesellschaften (wie Anm. 40), S. 7.
- 44/ ÖNB, MUS, F10 Apostel 105/1, Friedrich Wildgans an Hanns Erich Apostel, 23.11.1947.
- 45/ Wildgans, Friedrich: Furtwängler und die anderen, in: *Österreichisches Tagebuch*, Nr. 42, 21.11.1947, S. 7–8, hier S. 8.
- 46/ ÖNB, MUS, F13 Wellesz 1696, Friedrich Wildgans an Egon Wellesz, 11.2.1948, S. 1.
- 47/ So Alfred Rosenzweig in einem Brief an Ernst Krenek vom 1.4.1948, zit. nach Maurer Zenck, Claudia: Ernst Krenek – ein Komponist im Exil. Wien: Verlag Elisabeth Lafite 1980, S. 262.
- 48/ Exemplarisch Rubin, Marcel: Musik und Sozialismus (Zum Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU über die Sowjetmusik), in: *Weg und Ziel*, 6. Jg. (1948), Nr. 3, S. 216–219. Zu den österreichischen Reaktionen vgl. Mugrauer, Manfred: Schostakowitsch in Wien, in: Boisis, Barbara/Szabó-Knotik, Cornelia (Hg.): *Musicologica Austriaca* 27 (2008). Freie Beiträge. Jahresschrift der Österreichischen Gesellschaft für Musikwissenschaft. Wien: Praesens Verlag 2009, S. 211–275, hier S. 243–248.
- 49/ Der Beschluss ist abgedruckt in: Kuhn, Ernst (Hg.): „Volksfeind Dmitri Schostakowitsch“. Eine Dokumentation der öffentlichen Angriffe gegen den Komponisten in der ehemaligen Sowjetunion. Berlin: Verlag Ernst Kuhn 1997 (Opyt, Dokumente und Erlebnisberichte zu Musik und Musikleben in der ehemaligen Sowjetunion, Bd. 3), S. 105–111.
- 50/ Huppert: Musik und Demokratie (wie Anm. 42), S. 64.
- 51/ Eine Österreichische Gesellschaft für zeitgenössische Musik, in: *Österreichische Musikzeitschrift*, 4. Jg. (1949), Nr. 1–2, S. 33; Rubin, Marcel: Ein Unbekannter auf Abwegen. Eine notwendige Erwiderung, in: *Österreichisches Tagebuch*, 4. Jg., Nr. 3, März 1949, S. 14; ders.: Die Österreichische Gesellschaft für zeitgenössische Musik, in: *Musik-Blätter. Organ der Wiener Philharmoniker*, 3. Jg., Nr. 13, 1.4.1949, S. 5–7.
- 52/ Vgl. ZPA der KPÖ, Zentralkomitee der KPÖ, Kaderabteilung, Betrifft: Friedrich Wildgans, 4.7.1950, S. 2.
- 53/ S.H.: Österreichische Komponisten auf Abwegen, in: *Arbeiter-Zeitung*, 20.2.1949, S. 6.
- 54/ Vgl. ZPA der KPÖ, Zentralkomitee der KPÖ, Kaderabteilung, Betrifft: Friedrich Wildgans, 4.7.1950, S. 1f.
- 55/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 29.11.1949, S. 2.
- 56/ ÖNB, MUS, F76 Schollum 464/5, Ilona Steingruber an Robert Schollum, 20.11.1949, S. 2f.
- 57/ Österreichischer Komponist über Jugoslawien, in: *Die Einheit. Für Fortschritt und Völkerverständnis*, 2. Jg., Nr. 24, 29.6.1950, S. 3.
- 58/ Prof. Wildgans über seine Tournee, in: *Jugoslawien von heute. Wöchentliches Bulletin*, hg. von der TANJUG, Nr. 14, 23.6.1950, S. 3.
- 59/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 6.7.1950, S. 2.
- 60/ ZPA der KPÖ, Kaderabteilung des ZK der KPÖ, Betrifft: Friedrich Wildgans, 4.7.1950, S. 1 und 3.
- 61/ Ausschluß aus der Partei, in: *Österreichische Volksstimme*, 15.7.1950, S. 2.
- 62/ Professor Wildgans aus der KPÖe ausgetreten. Zum erstenmal in Oesterreich: Vorwurf des Titoismus, in: *Weltpresse* (Abendausgabe), 15.7.1950, S. 1.
- 63/ Kein Opfer atonaler Musik, in: *Österreichische Volksstimme*, 18.7.1950, S. 3.
- 64/ Der Fall Wildgans, in: *Die Presse*, 16.7.1950.
- 65/ „Titoisten“-Säuberung in Österreich, in: *Arbeiter-Zeitung*, 16.7.1950, S. 3.
- 66/ „In fünfundzwanzigster Stunde“. Friedrich Wildgans' Bruch mit der KP, in: *Salzburger Nachrichten*, 18.7.1950.
- 67/ Vgl. dazu Mugrauer, Manfred: Eine „rein kommunistische Angelegenheit“? Der Wiener „Völkerkongress für den Frieden“ im Dezember 1952, in: Mikosch, Hans/Oberkofler, Anja (Hg.): Gegen üble Tradition, für revolutionär Neues. Festschrift für Gerhard Oberkofler. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2012, S. 131–155.
- 68/ Brauneiss: Wildgans (wie Anm. 1), S. 75. Die Beitragsmarken in seinem Parteibuch sind bis Oktober 1954 geklebt (vgl. *ebd.*, S. 78, Anm. 247).
- 69/ Ein Agent der Kriegshetzer, in: *Österreichische Zeitung*, 19.11.1950, S. 5.
- 70/ ÖNB, MUS, F142 Salmhofer 1455/5, Friedrich Wildgans an Franz Salmhofer, 17.9.1950.
- 71/ Wildgans, Friedrich: Anton Webern, Eine Studie. Tübingen: Rainer Wunderlich Verlag 1967.
- 72/ –x [Karl Brix]: Viertes Orchesterkonzert des Musikfestes. Beifall und Pfliffe, in: *Der Abend*, 16.6.1954, S. 5, ferner Liturgische[r] Jazz und Ohrfeigen im Konzerthaus. „Neutönende“ Musik wird mit Watschen verteidigt, in: *Österreichische Volksstimme*, 16.6.1954, S. 5.
- 73/ Schostakowitsch, Dmitri: Über den Streit der musikalischen Auffassungen, in: *Tagebuch*, Nr. 3, März 1960, S. 8.
- 74/ Rubin, Marcel: Das unpraktische Zwölftonsystem, in: *Tagebuch*, Nr. 9, September 1960, S. 12.
- 75/ Wildgans, Friedrich: Über Streit der musikalischen Auffassungen, in: *Tagebuch*, Nr. 4, April 1960, S. 4.
- 76/ Bundesarchiv (Berlin), SAPMO, DR 1/18753, Gesellschaft für Kulturelle Verbindungen mit dem Ausland an das Ministerium für Kultur, z.H. [Irene] Gysi, 8.3.1960, S. 1f.
- 77/ Rubin, Marcel: Friedrich Wildgans 50 Jahre alt, in: *Volksstimme*, 5.6.1963, S. 7.
- 78/ Heher, Hannes: Hanns Eisler und die Wiener Komponistenszene der Nachkriegszeit, in: Krones, Hartmut (Hg.): Hanns Eisler – Ein Komponist ohne Heimat? Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2012 (Schriften des Wissenschaftszentrums Arnold Schönberg, Bd. 6), S. 303–318, hier S. 308.

Ein Nachtrag zu Leo Stern in der DDR

Bemerkungen über zwei „Mathematikerfälle“ an der Martin-Luther-Universität Halle

MANFRED STERN

Im Folgenden schildere ich kurz zwei Begebenheiten, welche die Mathematiker Herbert Grötzsch (1902–1993) und Hans-Jürgen Hoehnke (1925–2007) sowie den Historiker Leo Stern (1901–1982) betreffen. Beide „Fälle“ ereigneten sich zu Beginn der 1950er Jahre in der DDR.

Vorausschicken möchte ich, dass ich alle drei Obengenannten persönlich gekannt habe. Leo Stern war mein Vater. Ich selbst habe in den Jahren 1965 bis 1970 in Halle Mathematik studiert und hatte das Glück, noch eine Vorlesung bei Grötzsch kurz vor dessen Emeritierung zu hören. Später hatte ich Gelegenheit, im DDR-Algebraseminar, das meistens in Berlin stattfand, auch Hoehnke kennenzulernen. Kopien der im Folgenden genannten Dokumente sowie der Handakte Stern befinden sich bei mir.¹

Die Mathematiker Grötzsch und Hoehnke

Der große Mathematiker Herbert Camillo Grötzsch ist durch seine fundamentalen Entdeckungen auf den Gebieten der geometrischen Funktionentheorie und der Graphentheorie international bekannt geworden.² Im Jahr 1947 wurde Grötzsch an die Universität Halle berufen. Seit 1959 war er Mitglied der Leopoldina und 1967 wurde ihm für sein mathematisches Gesamtwerk der Nationalpreis der DDR verliehen. Im Jahr 2002 fand anlässlich des 100. Geburtstags von Grötzsch an der Universität Halle eine ihm gewidmete Ehrentagung statt.³

Als sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Universitäten wieder öffneten, erwies sich das seit 1839 bestehende mathematisch-naturwissenschaftliche Seminar der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg als einer der wesentlichen Kristallisationspunkte auf dem Gebiet der Algebra. Die hier wirkenden Algebraiker H. W. E. Jung (1876–1953) und H. Brandt (1886–1954) verliehen bereits im ersten Jahrzehnt nach dem Krieg dem Namen der Halle'schen Mathematik wieder Gewicht. Brandt war maßgeblich am Neuanfang der halleschen Universität beteiligt⁴ und fungierte als Vizopräsident der Leopoldina.⁵ An der MLU Halle fand 1986 eine Algebra-Tagung statt, die dem 100. Geburtstag von Brandt gewidmet war.⁶ Hoehnke, der seine Dissertation

1951 in Halle verteidigte, hat sich als Brandt-Schüler auf dem Gebiet der so genannten abstrakten Algebra einen Namen gemacht.⁷ Ihm zu Ehren fand 2008 ein Gedenkkolloquium an der Martin-Luther-Universität statt, bei dem sein Leben und Wirken gewürdigt wurden.

Der Historiker Leo Stern

Leo Stern studierte in Wien Rechtswissenschaft, Nationalökonomie und Geschichte. Er trat der Sozialistischen Arbeiterjugend, später der SDAPÖ und schließlich der KPÖ bei. Er emigrierte 1935 aus Österreich zunächst in die Tschechoslowakei, danach in die Sowjetunion, wurde dort nach seiner Habilitation 1940 a.o. Professor für Neuere Geschichte. Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion meldete er sich an die Front und wurde „Österreichischer Freiwilliger der Roten Armee“. Nach der Demobilisierung war er Gastprofessor an der Universität Wien, 1950 erhielt er eine Berufung an die Martin-Luther-Universität Halle als Professor für Neuere Geschichte. In Halle übte er u.a. die Funktion des Prorektors für Gesellschaftswissenschaften aus, war stellvertretender Rektor und ab 1953 Rektor, bis er 1959 abgelöst wurde. Über sein Leben und Wirken gibt es eine Reihe von Darstellungen.⁸

Was hatten nun die Mathematiker Grötzsch und Hoehnke mit dem Historiker Stern zu tun? Letzterer hatte als staatlicher Leiter in der ersten Hälfte der 1950er Jahre in den „Fällen“ Grötzsch und Hoehnke Entscheidungen zu treffen, auf die ich im Folgenden eingehe.

Der Fall Grötzsch

Der Fall Grötzsch ereignete sich im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 an der Martin-Luther-Universität Halle. Eine Dokumentation über diesen Tag und die Ereignisse an der MLU findet man bei Rupieper, der u.a. schreibt: „Bei der Besprechung des Rektors mit den Dekanen wurde jedoch auch deutlich, daß Stern sich bemühte, die aufgeregte Atmosphäre an der Universität zu beruhigen [...]“, „Gegner von Stern in der Universitätsparteiorganisation versuchten später, ihm sein moderates Verhalten als parteischädigend anzulasten.“⁹

Wie war Grötzsch am bewussten Tag in Erscheinung getreten? In einem Be-

richt der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Halle hieß es dazu:

„Professor [Franz] Runge (Technische Chemie) ließ es sich nicht nehmen, an der faschistischen Kundgebung auf dem Hallmarkt teilzunehmen, wobei er seine Sympathie mit den faschistischen Elementen durch seinen Beifall zum Ausdruck brachte. Mit Professor Runge nahm auch Professor [Herbert] Grötzsch an dieser Kundgebung teil, der ebenfalls Beifall spendete.“¹⁰

Weiteres zu Grötzsch findet man bei Kühnau, der Folgendes schreibt:

„Mit direkt politischen Äußerungen hielt er sich in der DDR-Zeit extrem zurück. [...] Seine übergroße Vorsicht wurde mir klarer, als ich im Archiv der Universität Halle in seiner Akte eine handschriftliche Erklärung vom 29.6.1953 von ihm fand, zu der er offenbar genötigt war, nachdem er am Rande einer Demonstration zum 17. Juni 1953 abends gegen 1/2 7 am Rande des Halle'schen Hallmarkts beobachtet wurde. Nach Aussage von Frau Grötzsch wurde er zum Rektor zitiert, der die damals sehr heikle Sache mit einem Verweis abbog.“¹¹

Der Fall Hoehnke

Am 5.11.1952 wandte sich Prof. H. Brandt mit folgendem Brief an Stern:

„Sehr geehrter Herr Kollege!
Mein am 15.9. an den Herrn Verwaltungsdirektor gerichteter Antrag Herrn Dr. Hans-Jürgen Hoehnke als Assistent für Mathematik einzustellen, ist abgelehnt worden, trotzdem ich am 28.9. in einem zweiten Schreiben an den Herrn Verwaltungsdirektor auf die besondere Bedeutung des Falles hingewiesen habe. Weil Sie als derzeitiger Vertreter des Rektors für Entscheidungen verantwortlich zeichnen, bitte ich die Angelegenheit nochmal zu überprüfen und bemerke dazu folgendes: 1. Herr Dr. Hoehnke gehört zu den besten und am meisten befähigten Mathematikern, die nach dem Krieg hier ausgebildet sind. [...]“

Vom VEB Kabelwerk Vacha, an dem Hoehnke tätig war, hatte er 1950 folgende Beurteilung erhalten, die der Personalabteilung der Universität Halle vorlag:

„Beurteilung des Herrn Dr. Hans-Jürgen Hoehnke, geb. am 27.10.25 in Danzig-Langfuhr, wohnhaft: Vacha (Rhön), Völkershäuserstr. 23

Ins Werk eingetreten: 26.5.1950.

Fachlich: Dr. Hoehnke ist ein überdurchschnittlicher Mathematiker und leistet wertvolle theoretische Arbeit in der Physik. Seine Einstellung zur Arbeit ist positiv. Jedoch macht es den Eindruck, als ob er nur zum Zweck seines persönlichen Vorteils willen (Fachl. Veröffentlichung) arbeitet.

Gesellschaftlich: Er ist sehr gottesfürchtig. Er beteiligt sich gesellschaftlich sowie politisch überhaupt nicht. Er weigerte sich sogar, dem FDGB beizutreten. Erst nach mehreren Diskussionen entschloß er sich, Mitglied des FDGB zu werden. Bei den Versammlungen hat er öfters betont, daß er für Marxisten nichts spenden könne, weil er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann. Die Annahme des Aktivistenabzeichens, welches ihm verliehen werden sollte, hat er strikt abgelehnt.

Schulbesuch: Verwaltungs- oder Wirtschaftsschulen hat er während seiner Tätigkeit im Werk nicht besucht.

Charakter: In charakterlicher Hinsicht ist Hoehnke als ehrlich zu bezeichnen. Durch seine Ehrlichkeit konnten wir in Diskussionen mit ihm feststellen, daß er unserem Staat sowie der Wirtschaft in der heutigen Struktur fern steht. Dadurch hat er sich den Unwillen unserer Belegschaft und weiter Kreise der Bevölkerung zugezogen.

Ausscheidungsgrund: Sein beabsichtigtes Ausscheiden geschieht auf eigenen Wunsch. Wahrscheinlich will er sich fachlich qualifizieren.

VEB Kabelwerk Vacha

Verwaltung volkseigener Betriebe

IKA

gez. (unleserliche Unterschrift)“

Auf dieser Beurteilung befindet sich folgender vom 8.10.1952 datierter maschinengeschriebener Zusatz der Personalabteilung der MLU Halle:

„Herrn Prof. Stern mit der Bitte um Entscheidung übersandt. Von Seiten der PA kann die Einstellung d. Herrn Dr. H. als wiss. Ass. im Math. Seminar nicht befürwortet werden

8.10.52 gez. (unleserliche Unterschrift)“

Darunter befindet sich (datiert vom 6. November 1952) folgende handschriftliche Notiz von Stern:

„Die von Prof. Brandt angeführten Tatsachen über Dr. Hoehnke, ferner der Umstand, daß wir hervorragende Fachleute unbedingt brauchen, die, wenn sie gesellschaftlich und politisch noch zurückgeblieben sind, von uns erzogen werden müssen, veranlassen mich, Dr.

Hoehnke als Assistenten einzustellen. 6.XI.52 gez. Stern“

Tatsächlich wurde Hoehnke dann auch eingestellt und blieb einige Jahre in Halle, bis er sich 1956 in Berlin bewarb. Eine vom 17. Jänner 1956 datierte Aktennotiz der Abteilung Kader und Arbeit der Deutschen Akademie der Wissenschaften besagt:

„Bewerbung des Dipl.-Math. Hans-Jürgen Hoehnke, Halle/Saale.

Obengenannter ist z.Zt. Lehrbeauftragter an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg.

Bei Durchsicht der dortigen Personalakte fiel besonders die Beurteilung seiner letzten Dienststelle (VEB IKA Vachta/Rhön) auf. [...]

Obwohl diese Beurteilung nicht geeignet war, ihn als wissenschaftlichen Nachwuchs bei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg einzustellen, wurde die Einstellung von einigen Herren Professoren (Namen unleserlich, Anm.) vorgenommen, da sie der Meinung waren, daß H. einer der besten Fachkräfte auf dem Gebiet der Mathematik sei und er dringend gebraucht wird, auch wenn seine politische und gesellschaftliche Einstellung negativ sei.“

Zusammenfassung

Mein Ziel war es, einerseits auf einen vielleicht weniger bekannten Aspekt der neueren Geschichte der Mathematik an der Martin-Luther-Universität Halle hinzuweisen. Andererseits wollte ich das Bild der Charakterisierungen von Leo Stern durch die obengenannten beiden Fälle ergänzen. Die in den Acta Historica Leopoldina Nr. 36 in der Diskussion behandelte „Janusköpfigkeit“¹² bzw. die an anderer Stelle zitierte „Doppelzüngigkeit“¹³ von Stern muten angesichts des folgenden Spektrums etwas schlicht an.

Die Bandbreite der Charakterisierungen von Stern erstreckt sich von Altkommunist und Stalinist über Austromarxist und Troztkist¹⁴ bis hin zu dem Mann, „der den Traum von einer offenen sozialistischen Hochschule erlöschten lieb“.¹⁵ Vom Ehrenförderer der Leopoldina „In



Leo Stern (1901–1982)

Anerkennung seiner Verdienste um die Wiedereröffnung der Akademie“ (Urkunde der Leopoldina vom 13.10.1977) und um die „Wiederherstellung einer guten Zusammenarbeit zwischen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und unserer Akademie“ (Laudatio des Präsidenten Bethge, 13.10.1977)¹⁶ über „anregenden Kopf und fähigen Organisator“ bis hin zum „Fluchthelfer“, „Hochstabler“ (sic!) (Handakte) und „windigen Burschen“.¹⁷ Weitere Einschätzungen (z.B. „Parteifeind“, „Die Beschlüsse der Universitätsparteileitung wurden von Prof. Stern nicht ernst genommen“, „Unterstützung und Förderung reaktionärer Elemente bzw. offener Feinde unserer Gesellschaftsordnung“, „feindliche Einstellung gegenüber dem Ministerium für Staatssicherheit“ u.a.) finden sich in der Handakte, die über Stern angelegt worden ist (mit Berichten von 17 inoffiziellen Mitarbeitern). Eine umfassende Übersicht über den Inhalt der Akte nebst einer Analyse findet man bei Sabrow.¹⁸

Einer anderen Charakterisierung („Lippenriskierer“) begegnet man in dem autobiographischen Roman von Franz Kain:

„Der Parteitag [IV. Parteitag der SED, 30.3–6.4.1954, Anm.] hatte eine straffe Regie. Wenn die Diskussion dahinzuplätschern begann, stürmte eine

Gruppe von Kindern in den Saal, es kamen Abordnungen aus Betrieben, aus der Frauenbewegung, Theaterleute und eine Delegation der Hochschulen. Hier war der Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Österreicher Leo Stern, der Sprecher. Er riskierte eine Lippe und erklärte, es sei nicht notwendig, die Hochschullehrer auf ein Parteiprogramm hin einzuengen. Walter Ulbricht schien über diesen Einwurf verärgert zu sein, denn er meinte später in einem ‚zusammenfassenden‘ Beitrag, es gehe da nicht um ein Parteiprogramm, sondern um den Fortschritt und für den würden doch wohl auch die Hochschulen und Universitäten eintreten können, nicht wahr?‘¹⁹

Zu diesen Rückerinnerungen Kains passt folgender Schlusssatz aus dem vom 10. September 1954 datierten Bericht des IM Heinz Jäger in der Handakte Leo Stern: „Diese Beispiele zeigen, dass es St. offensichtlich auf ein ‚gutes Verhältnis‘ zu den bürgerlichen Kräften angelegt hat, wobei er in bedenklicher Weise manchmal die Linie der Politik der Partei verläßt und seine ‚eigene‘ Politik betreibt.“

Der Verfasser bedankt sich bei Univ.-Prof. i. R. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck) für eine Reihe von wertvollen Hinweisen und bei Prof. Dr. Reinhard Siegmund-Schultze (Universität Agder, Kristiansand) für hilfreiche Bemerkungen.

Anmerkungen:

1/ BSTU, Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Halle, Abteilung V/1, Handakte über Prof. Dr. Leo Stern.

2/ Vgl. Sachs, Horst u.a. (Hg.): Entwicklung der Mathematik in der DDR. Berlin 1974, Kapitel „Komplexe Analysis“ und „Graphentheorie“.

3/ Umfassende Einblicke in Grötzschs Leben und Wirken findet man bei Kühnau, Reiner: Herbert Grötzsch zum Gedächtnis. Jahresbericht der Deutschen Mathematikervereinigung, Bd. 99 (1997), S. 122–145, hier S. 141 und Richter, Karin: Herbert Camillo Grötzsch (1902–1993), in: Goebel, Manfred/Richter, Karin/Richter, Kurt (Hg.): Aspekte der Mathematikgeschichte in Halle. Reports on Didactics and History of Mathematics, Nr. 19 (2002), S. 99–104.

4/ Vgl. Gerstengarbe, Sybille/Parthier, Benno: „Plötzlich mußte ich Geschäfte übernehmen.“ Die Leopoldina von 1954 bis 1974, in: Parthier, Benno/Engelhardt, Dietrich von (Hg.): 350 Jahre Leopoldina. Anspruch und Wirklichkeit. Festschrift der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina. Halle (Saale) 2002, S. 263–291.

5/ Vgl. Parthier, Benno/Gerstengarbe, Sybille: „Das Schicksal Deutschlands ist das Schicksal

unserer Akademie“ Die Leopoldina von 1954 bis 1974, in: Parthier/Engelhardt (Hg.): 350 Jahre Leopoldina, S. 293–326.

6/ Einzelheiten über Brandts Leben findet man in Fritzsche, Reiner: Heinrich Brandt (1886–1954), in: Goebel u.a. (Hg.): Mathematikgeschichte, S. 77–82.

7/ Vgl. Sachs u.a. (Hg.): Mathematik, Kapitel „Algebra“.

8/ Z.B. Hartewig, Karin: Zurückgekehrt. Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR. Köln, Weimar, Wien 2000; Keßler, Mario: Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR. Köln, Weimar, Wien 2001; Meier, Helmut (Hg.), Leo Stern (1901–1982). Antifaschist, Historiker, Hochschullehrer und Wissenschaftspolitiker. Berlin 2002; Sabrow, Martin: Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969. München 2001.

9/ Rupieper, Hermann-Josef: Der 17. Juni 1953 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 47. Jg. (1999), Nr. 6, S. 502–511.

10/ Vgl. Lohn, Hans-Peter: „An den Demonstrationen nahmen vorwiegend Studenten teil!“ – Die Angehörigen der Martin-Luther-Universität während des Volksaufstandes am 17. Juni 1953, in: Rupieper, Hermann-Josef (Hg.): „... und das Wichtigste ist doch die Einheit“. Der 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg. Münster 2003, S. 217–251, hier S. 227.

11/ Kühnau: Herbert Grötzsch, S. 141.

12/ Vgl. Berg, Wieland u.a. (Hg.): Vorträge und Abhandlungen zur Wissenschaftsgeschichte 1999/2000. Acta Historica Leopoldina Nr. 36, Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina. Halle (Saale) 2000, S. 101–110.

13/ Vgl. Rupieper: Der 17. Juni 1953, S. 415.

14/ Vgl. Handakte Leo Stern.

15/ Brentjens, Burchard: As I seem to remember!, in: *hochschule ost*, Nr. 3/1996, S. 71–82.

16/ Vgl. Parthier, Benno: Die Leopoldina. Bestand und Wandel der ältesten deutschen Akademie. Festschrift zum 300. Jahrestag der Gründung der heutigen Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina. Halle (Saale) 1994, S. 71, sowie Parthier, Benno: Kurt Mothes (1900–1983). Acta Historica Leopoldina Nr. 37, Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina. Halle (Saale) 2001, S. 64 und Rupieper, Hermann-Josef: „... das Amt verlangt doch viel an Pflichten und Arbeit, und man wird an seinen Vorgängern gemessen“. Der XXIII. Präsident Heinz Bethge von 1974 bis 1990, in: Parthier/Engelhardt (Hg.): 350 Jahre Leopoldina, S. 327–351, hier S. 346.

17/ Berg u.a. (Hg.): Acta Nr. 36, Diskussion, S. 46.

18/ Sabrow: Diktat, S. 160–169.

19/ Kain, Franz: Auf dem Taubenmarkt. Weitra 1991, S. 317.

Zwei Neuerscheinungen über Ernst Busch

Wessen Welt ist die Welt? Ernst Busch im 21. Jahrhundert, hg. von der Ernst Busch Gesellschaft. Berlin: edition

bodoni

2012,

223 S., 8,-

Ernst Busch, legendärer Schauspieler und Sänger, hat sich mit



seiner Kunst für eine neue, menschliche Welt eingesetzt, gestritten und gelitten. Wie stehen wir Heutigen zu diesem Erbe? Gemeinsam mit der edition bodoni legt die Ernst Busch Gesellschaft ein Echo von Nachgeborenen vor und stellt sich der Auseinandersetzung mit der Wirksamkeit des Künstlers im 21. Jahrhundert. Der Band dokumentiert die Ernst Busch Tage 2010 in Berlin in Wort und Bild. Darüber hinaus werden neue Erkundungen, Ereignisse und Forschungen zu Ernst Busch und seinem Nachleben in unserem Jahrhundert vorgestellt. Buschs Auftritte in Wien sind Gegenstand einer detaillierten Recherche. Das Buch ist Nachklang und Anregung zugleich. Ernst Buschs künstlerisches und politisches Wirken bleibt im 21. Jahrhundert aktuell. Bei der Suche nach Antworten auf die Fragen unserer Zeit wird das Vermächtnis dieses großen politischen Künstlers gebraucht.

Bezugsmöglichkeit: ernst-busch-gesellschaft@ernst-busch.net

»Lieber Ernesto, lass Dich umarmen«. Die Korrespondenz zwischen Heinar Kipphardt und Ernst Busch, hg. von Carola Schramm und Jürgen Elsner. Hannover: Wehrhahn Verlag 2012, 220 S., 20,60,-

Weit über einhundert Schriftzeugnisse, die hier größtenteils erstmals veröffentlicht werden, dokumentieren den Austausch zwischen Ernst Busch und dem Schriftsteller und Dramaturgen Heinar Kipphardt.

Franz Marek (1913–1979)

Im April dieses Jahres jährte sich Franz Mareks Geburtstag zum hundertsten Mal. Jüngere Jahrgänge, die nach 1969 in die KPÖ eingetreten sind, sind mit diesem ehemals führenden Kommunisten und kommunistischen Intellektuellen nicht mehr in Berührung gekommen. Er wurde im Zuge der fraktionellen Auseinandersetzung während der Krise der KPÖ nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ und der Rücknahme der Kritik am Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die CSSR, wie viele andere namhafte FunktionärInnen, aus der KPÖ ausgeschlossen bzw. hinausgedrängt, seine Biographie, weil „Dissident“ und als „Revisionist“ abgestempelt, dem Vergessen anheimgestellt.

Franz Marek gehörte zwischen 1946 und 1969 der Parteiführung der KPÖ an und leitete in dieser Zeit das theoretische Organ der Partei *Weg und Ziel*. Nach dem Bruch in der KPÖ und seinem Ausschluss übernahm er das ehemalige Intellektuellenblatt der KPÖ *Wiener Tagebuch*, das zu dieser Zeit bereits von einem selbstständigen Verein herausgegeben wurde, und führte es bis zu seinem frühen Tod 1979 als unabhängiges linkes Monatsmagazin weiter.

Marek verbrachte seine Jugend unter ärmlichsten Verhältnissen als Ephraim Feuerlicht im jüdischen proletarischen Milieu des damaligen Wien. 1934 trat er zusammen mit Jura Soyfer, mit dem er eng befreundet war, in die KPÖ ein. Seit 1935 war er Berufsrevolutionär, als er den damals illegalen Apparat der KPÖ übernahm. Ab 1936 leitete Marek die illegale Agitation der Partei. Nach dem Einmarsch der Hitlertruppen in Österreich musste er emigrieren und ging mit dem KPÖ-Vorsitzenden Johann Kopleinig nach Paris, wo er das Büro der Partei leitete und mit Erwin Zucker-Schilling die *Nouvelles d'Autriche* herausgab. Ab Jänner 1942 wirkte Marek illegal in Paris und verantwortete einen Frontabschnitt der französischen Résistance. Über diese Zeit schreibt Marek in seinen bisher unveröffentlichten Erinnerungen, die im DÖW aufliegen: „Heute scheint es mir gewiss, [...] daß die Jahre der Illegalität die glücklichste Zeit meines Lebens war. Ich dachte oft an die prominenten deut-

schen Kommunisten, [...] die ich 1940 in Südfrankreich getroffen hatte, auf der Flucht nach Lateinamerika, um sich ‚aufzuheben‘. Wofür? Wozu leben sie eigentlich, fragte ich mich. Und was ist das für eine internationale Solidarität, die die Franzosen allein bluten läßt? Auch ich hatte ein kubanisches Visum, von meiner



Schwester Netti unter schweren Opfern gekauft – aber ich dachte nicht daran, davon Gebrauch zu machen. Glück und strengste Konspiration haben dazu geführt, daß diese glücklichsten Jahre der Illegalität recht viele wurden, ich der längste ‚Illegale‘ Österreichs bin – immerhin 6–7 Jahre, nur kurz unterbrochen, auch im europäischen Maßstab eine ‚Spitzenleistung‘ – ein ‚Spitzenglück‘.“ Am 11. August 1944 wurde Marek von der Gestapo doch noch verhaftet und landete in einer Todeszelle, der er durch die Befreiung von Paris eine Woche später nur knapp entkam.

Eric Hobsbawm schrieb in seiner Autobiographie „Gefährliche Zeiten“ über Franz Marek: „Wenn ich 1956 nicht aus der Partei austrat, dann hing das nicht zuletzt damit zusammen, daß die Bewegung solche Männer und Frauen hervorgebracht hatte. Ich denke dabei hauptsächlich an einen Menschen, der zu Lebzeiten kaum Bekanntheit erlangte und heute nur noch Genossen und Freunden erinnerlich ist. Ich sehe ihn noch vor mir, klein, scharfäugig, spöttisch [...] es gibt wahrscheinlich keinen, für den ich mehr Bewunderung empfinde als für diesen Mann [...]. Ein Mann von seiner starken Intelligenz und bemerkenswerten Gelehrsamkeit hätte ein Denker, Schriftsteller oder ein hervorragender Hochschullehrer wer-

den können. Er hatte es jedoch vorgezogen, die Welt nicht zu interpretieren, sondern zu verändern. Hätte er in einem größeren Land und zu einer anderen Zeit gelebt, dann wäre aus ihm vielleicht eine bedeutende Persönlichkeit in einem Kommunismus mit menschlichem Antlitz geworden [...]. Auf seine Weise war er ein Held unserer Zeit, die eine schlechte Zeit war und ist.“

Marek selbst schätzte sich etwas bescheidener ein. In den schon erwähnten Erinnerungen sagt er von sich, dass er „in Fragen des Marxismus keine große Schuhnummer“ gewesen sei, dass er nur die „Präpotenz der Stalinzeit variiert“ habe. „Die Begrenztheit meiner Begabung war wohl mit ein Grund, warum ich in der Stalinzeit glänzen konnte [...] gewisse Schranken der Gedankenarbeit waren ideale Bedingungen für die Anfälligkeit gegenüber dem

Stalinmythos.“

Auch für Marek bildete der 20. Parteitag der KPdSU 1956 einen Wendepunkt. In der KPÖ wurden Grundfragen der kommunistischen Bewegung und ihrer Theorie, wie sie in der Weltbewegung nach dem Stalinismus immer schärfer diskutiert wurden, aber nur mit angezogener Bremse und dann mit spitzen Fingern angegangen. Diskussionen in *Weg und Ziel* oder im *Tagebuch* erreichten einen nur verhältnismäßig kleinen Kreis von Funktionären und Mitgliedern oder wurden für andere Auseinandersetzungen instrumentalisiert. Später machte man der Parteiführung den Vorwurf, über schon lange bestehende Differenzen in ihrem Kreis die Masse der Mitglieder nicht informiert zu haben.

Jedenfalls war Marek federführend in der Entwicklung einer politischen Konzeption, die am 19. Parteitag der KPÖ 1965 beschlossen wurde und als „Präeurokommunismus“ bezeichnet werden kann. Der Kernsatz dieser Plattform lautete, daß „die Bereitschaft der arbeitenden Menschen, die Orientierung auf den friedlichen Weg zum Sozialismus zu akzeptieren, weitgehend von der Überzeugung“ abhängt, „daß die sozialistische Revolution zu den bestehenden demokratischen Freiheiten und Errungenschaften neue für sie hinzufügt, ohne die erkämpften und er-

worbenen demokratischen Freiheiten und Errungenschaften, ohne die bestehenden persönlichen Freizügigkeiten aufzuheben.“ In der Resolution des 18. Parteitags (1961) hatte es noch geheißt, „für den Sozialismus und einen Weg zum Sozialismus kämpfen –, das heißt, die großartigen Errungenschaften des Sozialismus propagieren, seine Überlegenheit auf wirtschaftlichem und kulturellen Gebiet und die sozialistische Demokratie als eine höhere Demokratie nachweisen“. Die Akzentverschiebung ist offensichtlich. Später wertete Marek den 19. Parteitag als „trügerisch und verspätet“.

Marek orientierte sich immer weniger am „offiziellen“ Marxismus-Leninismus, sondern an den Diskussionen und der Entwicklung in den westeuropäischen Kommunistischen Parteien, insbesondere der italienischen KP, zu der er enge Beziehungen pflegte. 1951 kam er erstmals, nach seinen eigenen Erinnerungen, bei einem längeren Spitalsaufenthalt nach einem Autounfall in Italien, mit dem Werk Antonio Gramscis in Berührung. Allerdings erschien sein erster ausführlicher Artikel, in dem er Gramscis Gedankenwelt darstellte, erst 1966 in *Weg und Ziel*. Bis dahin galt Gramsci vor allem als Held und Märtyrer der kommunistischen Bewegung, Gedenkartikel beschränkten sich auf biographische Angaben und die Würdigung seiner Person und seines Wirkens für die italienische Partei.

Marek schrieb, warum Gramscis Werk bis dahin weitgehend unbekannt geblieben war: „In den sozialistischen Parteien nennt und kennt man ihn nicht, weil es sich um den Gründer und Inspirator der italienischen Kommunisten handelt, und die Kommunisten außerhalb der Italiens wissen [...] recht wenig von den Auffassungen und Überlegungen Gramscis, weil er der geistige Führer der italienischen Kommunisten war, denen die Führung der Kommunistischen Internationale schon bald nach der Gründung der Partei vorwarf, daß sie zu viel theoretisieren, wenn sie Politik machen. Und schon der erste Kontakt mit den Gedankengängen Gramscis bestätigt, daß diese auf keinen Fall von der kommunistischen Bewegung in der Stalinzeit absorbiert hätte werden können.“

Immerhin ist zu registrieren, dass die erste deutschsprachige Auswahl aus den „Gefängnisheften“ unter dem Titel „Philosophie der Praxis“ erst 1967 und da in einem nichtkommunistischen Verlag herauskam. Marek war einer der Ersten, wenn nicht der Erste, der Gramsci in die theoretische marxistische Diskussion im

deutschsprachigen Raum einführte. Darin besteht auch seine Bedeutung über das Wirken in der kleinen KPÖ hinaus. Nach Mareks Entfernung aus der KPÖ verschwand auch Gramsci bis 1981 aus dem theoretischen Horizont der KPÖ.

Da Marek sich weigerte, die Resolution des 18. Parteitags in *Weg und Ziel* zu veröffentlichen, wurde er schon zu dieser Zeit nach eigenen Angaben immer weniger für Referate in den Parteiorganisationen eingesetzt. Seine letzte Rede vor größerem Publikum war die auf der letzten großen Kundgebung der KPÖ 1964 auf dem Hauptplatz in Wiener Neustadt zum hundertsten Jahrestag der Gründung der Ersten Internationale mit etwa 5.000 Teilnehmern.

Marek teilte die Illusion, die KPÖ könnte durch die Wahlempfehlung, die sie 1966 für die SPÖ abgegeben hatte, aus der Isolation heraustreten und bezeichnete sie in seinen Erinnerungen als „elastischere Variante“. So schrieb etwa Erwin Scharf zu dieser Entscheidung (*Weg und Ziel*, Nr. 2/1966), dass es die KPÖ damit verstanden hätte, als politischer Faktor auf die Kräftesituation gegenüber den „Rechtsextremen“ einzuwirken. Gemeint waren die ÖVP-Politiker Klaus und Withalm. 1966 soll es auch zu Kontakten zu Rudi Dutschke gekommen sein, die aber in Mareks Erinnerungen keine Erwähnung finden.

Obwohl Marek sich selbst eher als Artikelschreiber einstuft, liegen doch einige Bücher vor. 1947 erschien „Frankreich – von der dritten zur vierten Republik“, 1966 „Philosophie der Weltrevolution“ und 1969 und 1970 teilweise zusammen mit Ernst Fischer „Was Marx wirklich sagte“ und „Was Lenin wirklich sagte“, Bücher, mit denen das im Zuge der Studentenbewegung neu erwachte Interesse an den marxistischen Klassikern gefördert werden sollte und die in mehreren Sprachen übersetzt und Auflagen herauskamen. In der KPÖ wurden die Bücher z.T. angegriffen, weil sie eine von dogmatischen Verkrustungen und Verkürzungen befreite Sichtweise auf Marx und Lenin versuchten. Marek sympathisierte mit der Studentenbewegung und versuchte ihre Intentionen in der Partei zu vermitteln. Er warnte aber auch davor, aus der (sozialdemokratischen) Erstarrung der Arbeiterbewegung den Schluss zu ziehen, diese gänzlich abzuschreiben, wie das vielfach unter den Antiautoritären der 68er der Fall war.

In einem seiner letzten Artikel in *Weg und Ziel*, in dem er sich mit dem der „Struktur des Stalinmythos“ befasste

(Nr. 11/1968), kam der „Marxismus-Leninismus“ nur unter Gänsefüßchen vor, was ihm eine Gänsefüßchendiskussion einbrachte. In der Sache bezeichnete er den „Marxismus-Leninismus“ der Stalinzeit als „wissenschaftliche Verbrämung des Stalin-Mythos“ und „Pragmatismus, der die jeweilige Staatsraison, ob sie nun rasonabel war oder nicht, als unabdingbare Wahrheit und Erkenntnis des ‚Marxismus-Leninismus‘ proklamierte. [...] Kein Wunder, daß es später auch deshalb zu ideologischen Auseinandersetzungen kommen mußte, weil es bereits viele sozialistische Staaten gab, von Schülern Stalins geführt, mit unterschiedlichen Staatsraison. [...] Die notwendige Solidarität der revolutionären Arbeiterbewegung mit dem ersten sozialistischen Staat war die Grundlage jenes Monolithismus, der zum Wesen des Stalin-Mythos gehörte und der sich umso unerbittlicher gebärdete, je näher die Träger der Zweifel und der Bedenken standen.“ Und schließlich: „Die jeweilige Entscheidung wurde so sehr mit dem allgemeinen Bewegungsgesetz der geschichtlichen Entwicklung identifiziert, daß sich jeder Zweifler und Kritiker von vornherein der lächerlichen Rolle bewußt sein mußte, der Geschichte ehernem Muß entgegenzuwirken. Er wurde so ein Gesetzesbrecher im doppelten Sinn des Wortes, das eine Mal lächerlich, das andere Mal verbrecherisch.“ Aber auch Mareks „Gewissenserforschung“ ergab „keine andere Alternative, die sie [die Kommunisten, Anm.] damals hätten wählen sollen“.

Am 20. Parteitag der KPÖ im Jänner 1969 wurden Marek sowie drei andere Exponenten in der ersten Abstimmung aus dem Zentralkomitee hinaus gewählt. In der Begründung des Ausschlusses Mareks aus der KPÖ vom 25.11.1970 heißt es u.a.: „Die Schiedskommission hat sich mit der Entwicklung, die Genosse Franz Marek in den letzten Jahren genommen hat, sehr ernst und gründlich beschäftigt und ist zu dem Schluß gekommen, daß sich Franz Marek immer weiter von den Grundsätzen unserer Partei, den Normen einer Kommunistischen Partei, sowie des proletarischen Internationalismus, der positiven Einstellung zur Sowjetunion und den sozialistischen Staaten entfernt hat. / Franz Marek hat alle Anstrengungen unternommen, um Verwirrung in unseren Reihen entstehen zu lassen und so die Arbeit der Aktivisten, vor allem in der Durchführung von Aktionen, selbst vor entscheidenden Wahlen, zu erschweren [...].“

MICHAEL GRABER

Karl Rankl als österreichischer „Musikbolschewist“

Zwei Jahre hindurch, von Februar 1931 bis Februar 1933, wurde in Berlin die Zeitschrift *Kampfmusik. Organ der revolutionären Arbeitersänger und -musiker Deutschlands* publiziert, Redaktion und Zentralversand waren im *Verlag für Arbeiterkultur* Berlin C. 25, Münzstraße 24 erreichbar. Die Zeitschrift ist in der Staatsbibliothek Berlin und in der Deutschen Nationalbibliothek überliefert, Mikrofilme besitzt die Universitätsbibliothek Oldenburg, solche werden über Fernleihe freundlicherweise entlehnt.

„Arbeiter-Sänger an die Front“ ist der Eröffnungsartikel von Hermann Duncker (1874–1960), der, ein Absolvent des Konservatoriums in Leipzig, zu den Begründern der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gehört. In Zeiten des Verbots und der Verfolgung politischer Arbeiterorganisationen sei nicht zuletzt der *Arbeitergesangsverein* die Zuflucht der politisch aktivsten Kräfte im erwachenden Proletariat geworden. Dann hätte man außerhalb des Klassenkampfes musiziert, jetzt aber müssten die Arbeitersänger aus ihren Laubengärten und Träumen in die revolutionäre Arbeiterbewegung hineinkommen. Inspiriert wurde die deutschsprachige revolutionäre Arbeitermusikbewegung von Hanns Eisler (1898–1962). Sein Prinzip war, moderne künstlerisch-technische Mittel im Klassenkampf einzusetzen. Eisler war nicht nur Komponist von Kampfliedern, sondern selbst auch Kämpfer. Georg Knepler (1906–2003), weltweit geachteter marxistischer Denker und Musikwissenschaftler aus Wien, erinnert sich, dass Eisler bei seinen mehrfachen Besuchen in der Sowjetunion die sowjetischen Arbeiterlieder kennen und schätzen gelernt habe. Insbesondere hätten Eisler die Lieder des früh verstorbenen Alexander Dawidenko (1899–1934) beeindruckt, „so gut könne, müsse volkstümliche Musik sein“.¹ Georg Knepler hat nach seiner Übersiedlung nach Berlin im Winter 1932/33 Eisler erstmals persönlich getroffen, als er Helene Weigel (1900–1971) mit dem Klavier bei den „Wiegeliern einer proletarischen Mutter“ begleitet hatte. In Nummer 1 (Jänner) und 2 (Februar) des letzten Jahrgangs (1933) der *Kampfmusik* hat Knepler die Frage „Einstimmiger oder mehrstimmiger Chorgesang?“ im Zusammenhang mit der missverständlichen Parole „Singt einstimmige Lieder!“ aufgegriffen.² Georg Knepler begründet, weshalb diese

Fragestellung falsch sei: „Einstimmiger und mehrstimmiger Chorgesang! Wir können unsere großen politischen und kulturpolitischen Aufgaben nur erfüllen, wenn wir uns keiner von den Entwicklungsmöglichkeiten der Musik verschließen und alle ihre Formen in den Dienst unserer Sache stellen“.³ Es war das schon in den Wochen der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutsch-



Karl Rankl (1898–1968)

land mit ihren Massenverhaftungen von Arbeiterfunktionären.

Hanns Eisler schreibt in Nummer 4 des ersten Jahrgangs (Mai 1931) der *Kampfmusik* über „Fortschritte in der Arbeitermusikbewegung“. Dort nennt er unter jenen Spezialisten, die aus dem bürgerlichen Lager zur revolutionären Arbeiterschaft übergegangen sind, ausdrücklich den Österreicher Karl Rankl (geboren in Gaaden bei Wien am 1. Oktober 1898, gestorben in Salzburg am 6. September 1968).⁴ Rankl, Kompositionsschüler von Arnold Schönberg (1874–1951) und Anton Webern (1883–1945), war über Königsberg und Berlin 1931 auf Wunsch des Intendanten Max Bekker (1892–1937) als Hauptdirigent an das Hessische Staatstheater Wiesbaden gekommen und hat als eines der eingreifenden Mittel im Kampf gegen die faschistische Gefahr die politische Musik⁵ gesehen. Die Wiesbadener Stadtbourgeoisie hatte damals vergeblich gegen die Ernennung mobilisiert und in der *Wiesbadener Zeitung* am 29. Oktober 1931 darauf hinweisen lassen, dass Rankl in der kommunistischen *Welt am Abend* geschrieben habe: „Jedes öffentliche Hervortreten eines Arbeiterschors muß eine politische Kundgebung

sein. Das Konzert muß verwandelt werden in eine Propagandaveranstaltung für den revolutionären Kampf.“ Bekker, der 1933 in die USA emigrieren konnte, kalibrierte, das sei keine politische Meinungsäußerung gewesen, sondern eben die künstlerische Ansicht von Karl Rankl. Nach der Machtergreifung der Nazis musste Karl Rankl Wiesbaden fluchtartig verlassen, er wurde Operndirigent am Landestheater Graz (bis 1937). Das ist überraschend, weil über eine Anfrage der Leitung des *Kampfbundes für deutsche Kultur*, Abteilung Musik, in Wien durch ihre gerade in Weimar weilende Vorsitzende Annemarie Schneider-Longard, Ehefrau des in Wien tätigen Exoffiziers, Musikwissenschaftlers und Artikelschreibers in den Programmheften der Wiener Philharmoniker Constantin Schneider (1889–1945),⁶ an die durch die Nazis eingesetzte Intendantur in Wiesbaden hervorgeht, dass über Karl Rankl von den österreichischen Nazis schon Erkundigungen eingezogen wurden.⁷

Karl Rankl ging von Graz als Kapellmeister an das Deutsche Theater in Prag, wo er die Weltpremiere des Bühnenwerkes mit Musik in zwei Teilen „Karl V.“ von Ernst Krenek (1900–1991) betreute, das dieser selbst als „enorm schwieriges Projekt“ eingeschätzt hat.⁸ Der deutsche Faschismus holte Rankl in Prag wieder ein, Rankl konnte mit seiner Partnerin über die Schweiz und auf dem formal notwendigen Umweg über Prag nach England fliehen (August 1939), von wo aus seine Weltkarriere, zuerst als Direktor des *Royal Opera House Covent Garden*, begann. In Wiesbaden hat Karl Rankl, was in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung so nicht bekannt zu sein scheint,⁹ das Lied „Arbeiter der Welt erwacht!“ von Joe Hill (1882–1915) vertont. Ein volkstümliches Lied zur Erinnerung an den Gewerkschaftsorganisator und Arbeitersänger Joe Hill, der von der US-Reaktion unter falscher Anschuldigung hingerichtet wurde, hat Paul Robeson (1898–1976) interpretiert.

GERHARD OBERKOFER

Arbeiter der Welt erwacht! (Joe Hill). Musik von Karl Rankl. *Kampfmusik. Organ der revolutionären Arbeitersänger und -musiker Deutschlands*. 1. Jg., Nr. 2, März 1931.

1. Arbeiter der Welt erwacht! Eure Stunde ist gekommen! Was ihr schafft,

wird euch genommen von den großen Schweinen die ihr fett gemacht. Wollt ihr euch denn täglich schinden lassen, bis ihr euch die letzte Grube grabt? Oder mal die Bestie an der Kehle fassen, die ihr hungrig aufgepöppelt habt? Steh auf, Prolet, erwache! Du wirst ein Rotgardist! Du weißt, dass deine Sache der Menschheit Sache ist! Schlag diese Welt in Scherben, an Hungersnot zu sterben, das ist ein langer Krampf, gar mancher mag kaputt gehen, doch alle müssen mitgehen – es ist der letzte Kampf, es ist der letzte Kampf.

2. Alle Eisen die du nietest, kannst du auch wie nichts zermalmen – nicht ein Schornstein wird mehr qualmen, nicht ein Rad mehr rollen, wenn du Halt gebietest. Fahren denn die vielen schönen Schiffe und die Eisenbahnen von allein? Kennst denn du wohl nicht am besten alle Griffe, die man braucht, um Steuermann zu sein? [Refrain:] Steh auf, Pro-

let, erwache! Du wirst ein Rotgardist! Du weißt, dass deine Sache der Freiheit Sache ist! Schieß auf die Menschenschlächter! Die Luft wird nicht viel schlechter durch etwas Pulverdampf! Gar [manche] mag kaputt gehn, doch alle werden mitgehen – es ist dein letzter Kampf!

3. Nimm den Hebel in die Hand, klappert nichts in den Scharnieren? Rad und Kolben funktionieren? Dann gib Volldampf – das Signal ist dir bekannt! Vorne deine Flaggen rot wie Flammen, so zerstampfst du Berge aus Beton, und die Welt der Menschenschlächter bricht zusammen wie ein alter Pappkarton. [Refrain:] Steh auf, Prolet, erwache! Du wirst ein Rotgardist! Du weißt, dass deine Sache der Zukunft Sache ist! Steh nicht beiseit und harre! Noch raucht aus deiner Knarre der schöne blaue Dampf. Und wirst du auch kaputt gehen, und morgen nicht mehr mitgehen – es war dein bester Kampf!

Anmerkungen:

- 1/ Georg Knepler: Erinnerungen an Eisler, in: Georg Knepler: Gedanken über Musik. Reden, Versuche, Aufsätze, Kritiken. Berlin 1980, S. 46–56, hier S. 51.
- 2/ Wiederabgedruckt in Knepler: Gedanken über Musik, S. 116–121.
- 3/ Ebd., S. 121.
- 4/ Die Musik in Geschichte und Gegenwart (MGG), Personenteil, Bd. 13. Kassel u.a. 2005², Sp. 1270f. (Nicole Ristow); Walter Pass/Gerhard Scheit/Wilhelm Svoboda: Orpheus im Exil. Die Vertreibung der österreichischen Musik von 1938 bis 1945. Wien 1995, S. 334.
- 5/ Artikel „Politische Musik“ in: MGG, Sachteil, Bd. 7. Kassel u.a. 1997², Sp. 1661–1682 (Hanns-Werner Heister).
- 6/ ÖBL 10 (1993), S. 373 (Th. Hochradner/H. Reitterer).
- 7/ Frau Albina Mayer-Hungershausen vom Hessischen Hauptstaatsarchiv hat freundlicherweise die gegenständlichen Akten recherchiert und zur Verfügung gestellt!
- 8/ Ernst Krenek: Im Atem der Zeit. Erinnerungen an die Moderne. Wien 2012, S. 1141.
- 9/ In den im Wiener Stern-Verlag 1952 in vier Heften herausgegebenen Hundert Kampf- und Volksliedern kommt dieses Lied nicht vor: Heft 2: 'Wenn wir schreiten Seit' an Seit'. Arbeiterlieder von Gestern und Heute.

Arbeiter der Welt erwacht!
(Joe Hill) Musik v. Karl Rankl

Wuchtigen Marschtempo

1. Ar-bei-ter der Welt er-wa-chet! Eu-re Stun-do ist ge-kommen!

Was ihr schafft, wird euch ge-nommen von den grossen Schweinen die ihr fett gemacht. Wollt ihr euch denn täglich schinden lassen, bis ihr euch die letzte Grube grabt? Oder mal die Bestie an der Kehle fassen, die ihr hungrig aufgepöppelt habt? Steh auf, Prolet, erwache! Du wirst ein Rotgardist! Du weißt, dass deine Sache der Menschheit Sache ist! Schlag diese Welt in Scherben, an Hungersnot zu ster-ben, das ist ein langer Krampf, gar mancher mag kaputt gehn, doch alle müssen mit-gehn – es ist der letzte Kampf, es ist der letzte Kampf

2. Alle Eisen die du nietest, kannst du auch wie nichts zermalmen – nicht ein Schornstein wird mehr qualmen, nicht ein Rad mehr rollen, wenn du Halt gebietest. Fahren denn die vielen schönen Schiffe und die Eisenbahnen von allein? Kennst denn du wohl nicht am besten alle Griffe, die man braucht, um Steuermann zu sein? [Refrain:] Steh auf, Prolet, erwache! Du wirst ein Rotgardist! Du weißt, dass deine Sache der Freiheit Sache ist! Schieß auf die Menschenschlächter! Die Luft wird nicht viel schlechter durch etwas Pulverdampf! Gar mag kaputt gehn, doch alle werden mitgehen – es ist dein letzter Kampf!

3. Nimm den Hebel in die Hand klappert nichts in den Scharnieren? Rad und Kolben funktionieren? Dann gib Volldampf – das Signal ist dir bekannt! Vorne deine Flaggen rot wie Flammen, so zerstampfst du Berge aus Beton, und die Welt der Menschenschlächter bricht zusammen wie ein alter Pappkarton. [Refrain:] Steh auf, Prolet, erwache! Du wirst ein Rotgardist! Du weißt, dass deine Sache der Zukunft Sache ist! Steh nicht beiseit und harre! Noch raucht aus deiner Knarre der schöne blaue Dampf. Und wirst du auch kaputt gehen, und morgen nicht mehr mitgehen – es war dein bester Kampf!

Die Klavierbegleitung ist zu beziehen vom Verlag für Arbeiterkultur (Otto Pariszer) Berlin C. 25, Münzstrasse 24

Neuerscheinung

Martin Krenn: „Drum schaff’ den Schädel mir, den braven...“ Der lange Weg des Haydn-Craniums von Wien nach Eisenstadt. Eisenstadt 2012 (Burgenländische Forschungen, Bd. 104), 144 S., 18,-



Nicht weniger als 140 Jahre sollten vergehen, ehe das Cranium des Komponisten Joseph Haydn nach dessen Tod 1809 mit seinen Gebeinen

wiedervereinigt wurde. Ein Lehrstück in Bürokratie und Amtsintrige und eine „Gründungsgeschichte“ des Burgenlandes auf kulturpolitischem Gebiet, die zum Kräfteressen zwischen Stadt Wien, Gesellschaft der Musikfreunde, Land Burgenland und dem Adel in Gestalt des fürstlichen Hauses Esterházy wurde.

Bezugsmöglichkeit:

ines.illedits@bgld.gv.at

Karin Nusko/Ilse Korotin (Hg.): *Im Alltag der Stahlzeit. 18 Jahre in der UdSSR. Lilli Beer-Jergitsch (1904–1988). Lebenserinnerungen.* Wien: Praesens Verlag 2013 (biografia. Neue Ergebnisse der Frauenbiografieforschung, Bd. 11), 219 S., 32,00–

Die im *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* aufbewahrten, in den 1970er Jahren verfassten Erinnerungen der österreichischen Kommunistin Lilli Beer-Jergitsch an ihren achtzehnjährigen Aufenthalt in der UdSSR fanden bereits in zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten als zeitgeschichtliche Quelle Verwendung. Durch die Herausgabe des vollständigen Manuskripts werden sie nun einem breiten LeserInnenkreis zugänglich gemacht.

In ihrem knappen Vorwort präsentiert sich die Berichtstatterin als Zeitzeugin, die von den dramatischen Ereignissen jener Ära – gemeint sind die politischen Massenverfolgungen der 1930er Jahre – verschont geblieben ist. Das eigene Schicksal wird von vornherein als unspektakulär dargestellt und als Teil des kollektiven Geschehens begriffen, dessen Überlieferung sich die Autorin in erster Linie zur Aufgabe macht.

Die 1904 in eine sozialdemokratische Familie (ihre Eltern waren Mitbegründer der Grazer *Kinderfreunde*) geborene Lilli Jergitsch, Absolventin der Erzieherinnenschule in Wien-Schönbrunn, findet in den 1920er Jahren Anschluss an die kommunistische Bewegung. Arbeitslos geworden und schwanger von einem Mann, mit dem sie keine gemeinsame Zukunft plant, richten sich ihre Hoffnungen auf den sowjetischen Arbeiterstaat, dessen Strahlkraft Ende der 1920er Jahre ungebrochen ist. 1928, kurz vor der Geburt ihres Sohnes, bricht sie in die UdSSR auf. Jergitsch arbeitet zunächst als Redakteurin deutschsprachiger Zeitschriften in Pokrowsk (später Engels), der Hauptstadt der Wolgadeutschen Republik, bevor sie – nach einem kurzen Aufenthalt in Wien – sich 1930 in Moskau ansiedelt. Dort ist sie – oft gleichzeitig – als Übersetzerin, Maschinschreiberin und Bibliothekarin an wechselnden Arbeitsplätzen beschäftigt, um schließlich in die Redaktion der *Deutschen Zentral-Zeitung* (DZZ), Organ der in der UdSSR lebenden Deutschen, einzutreten. Die dreieinhalb Jahre als Übersetzerin bei der Zeitung, die prominente Künstler wie Lion Feuchtwanger, Johannes R. Becher oder Erich Weinert zu ihren Gästen und Mitarbeitern zählt,

werden zur prägendsten Periode ihres Aufenthalts in der UdSSR. Nach dem Ausbruch des Krieges wird Jergitsch, inzwischen Übersetzerin beim deutschsprachigen Moskauer Rundfunk, mit der Redaktion nach Swerdlowsk am Ural (heute Jekaterinburg) und schließlich nach Kujbyschew (heute Samara) an der Wolga evakuiert, wo sie und ihr Sohn zwar von den unmittelbaren Kriegshandlungen, nicht aber von Hunger und Krankheit verschont bleiben. Die Befreiung erlebt sie in Moskau. Im Juli 1946 kehrt sie mit ihrem Sohn nach Österreich zurück.

Detailliert schildert Beer-Jergitsch den sowjetischen Alltag der späten 1920er und der 1930er Jahre, geprägt durch oft mangelhafte Lebensmittelversorgung, akute Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und berufliche Mehrfachbelastung, die ihren physischen Tribut fordert. Die Hingabe an das kommunistische Ideal und das vom Kollektivgeist bestimmte Alltagsleben lassen den harten Existenzkampf jedoch als zweitrangig erscheinen, fragwürdige politische Entscheidungen werden unter der Prämisse, der Sache zu dienen, akzeptiert. Das Zusammenleben auf engstem Raum im Moskauer Wohnhaus „Weltoktober“ erlaubt der Berichtstatterin einen genauen Einblick in das Milieu der politischen Emigranten und Arbeitsmigranten verschiedenster Nationalität, das sich vom abgeschlossenen Mikrokosmos der Funktionärselite im berühmten Hotel „Lux“ deutlich unterscheidet. Diesen nicht prominenten Emigranten sind die zahlreichen biografischen Einschübe im Text gewidmet. Jergitschs Status als allein erziehende und berufstätige Mutter ist übrigens nicht ungewöhnlich in der durch Krieg, Bürgerkrieg und berufliche Mobilität gekennzeichneten sowjetischen Gesellschaft, auch das Familien- und Eherecht war bis 1936 fortschrittlich.

Wie ein roter Faden zieht sich die steigende Bedrohung durch den stalinistischen Terror, der im Jahr 1938 seinen Höhepunkt erreichte und auch die ausländischen Emigranten und Facharbeiter in großem Stil erfasste, durch Beer-Jergitschs Erzählung. In dem paranoiden Klima der „Wachsamkeit“ gegenüber „Verrätern“, „Spionen“ und „Volksfeinden“, in dem jeder noch so banale Irrtum, jede noch so harmlose Bemerkung zur tödlichen Falle werden konnte, war man stets ängstlich auf der Hut vor möglichem Fehlverhalten. Auch vor der Redaktion der DZZ machte die Repression nicht halt. Dass sie selbst der Verhaftung entging, begründet Beer-Jergitsch mit

der Auflösung ihres Angestelltenverhältnisses nach der Verhaftung ihres Freundes Franz Roscher, die sie hätte melden müssen, um sich nicht als Komplizin verdächtig zu machen, und dass sie daher unter den zur Verhaftung vorgesehenen Personen nicht aufschien. Als pures Glück erwies sich auch das Nichtzustandekommen einer Erzieherinnenstelle beim ehemaligen Ministerpräsidenten Rykow, der ebenfalls in die Mühlen der Verfolgung geriet.

Nüchtern im Stil, dabei mit großer Anteilnahme, dokumentiert Lilli Beer-Jergitsch das Schicksal der Opfer der „Säuberungen“, unter ihnen zahlreiche ihrer Bekannten und engsten Freunde. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Der Ingenieur Markus Spitz und die Erzieherin Mia Heybey, die als überzeugte Kommunisten gemeinsam in die Sowjetunion ausgewandert waren, wurden im Mai 1938 verhaftet. Heybeys „Vergehen“: sie war als Erzieherin im Haushalt des in Ungnade gefallenen GPU-Chefs Jagoda tätig gewesen und hatte es verabsäumt, diesen zu „entlarven“. Es folgte der Ausschluss aus der Kommunistischen Partei, ihr Mann wurde daraufhin von seinem Posten im Volkskommissariat für Schwerindustrie entlassen. Nach der Verhaftung verliert sich seine Spur. Mia Heybey verbrachte acht Jahre bei Schwerstarbeit in einem Lager in Kasachstan, anschließend verblieb sie dort in Verbannung. Erst 1954 konnte sie nach Österreich zurückkehren. Nach ihrer Rehabilitierung suchte Mia Heybey bei den sowjetischen Behörden um eine Entschädigung an, die ihr jedoch zunächst mit der Begründung verweigert wurde, dass das Paar formell nicht verheiratet war – was bei der Verfolgung allerdings keine Rolle gespielt hatte.

Die Chronik dieser Periode des „Schreckens“ ist ein bedrückendes Zeugnis der von Einschüchterung, Angst, Opportunismus und absurden Selbstbezeichnungen geprägten Atmosphäre, beeindruckt aber auch durch Beispiele von Solidarität und Resistenz, insbesondere unter den Frauen, deren Männer in den Gefängnissen und Lagern verschwanden.

Beer-Jergitschs Memoiren, die auch von ihrer sprachlichen Qualität überzeugen, sind als bedeutende sozialgeschichtliche Quelle zu sehen, die einen authentischen Einblick in den sowjetischen Alltag der späten 1920er bis 1940er Jahre vermittelt, wie auch in das oft zitierte „Exil der kleinen Leute“ (Wolfgang Benz). Trotz der vielfach traumatischen Erfahrungen fehlt ihrem Bericht selbst in

der kritischen Distanz der Rückschau jede Bitterkeit. Glaubhaft und nachvollziehbar vermittelt die Autorin ihre Begeisterung für das gemeinschaftliche, von gegenseitiger Solidarität bestimmte Leben im Sinn des kommunistischen Ideals, das, mochte es von den Machthabern noch so entstellt werden, von den Menschen an der Basis als Auftrag und persönliches Bedürfnis wahrgenommen wurde.

Im Anhang zum autobiografischen Text veröffentlichen die Herausgeberinnen ein von Lilli Beer-Jergitsch aufgezeichnetes Gespräch mit Leopoldine Münichreiter, der Witwe des nach den Februarkämpfen hingerichteten Schutzbündlers Karl Münichreiter, die mit Unterstützung der *Roten Hilfe* in die Sowjetunion emigriert war. Kurzbiografien zu ausgewählten Persönlichkeiten und ein Personenregister runden den Band ab.

CHRISTINE KANZLER

Heimo Halbrainer/Michael Schiestl (Hg.): Adolzburg statt Judenburg. NS-Herrschaft: Verfolgung und Widerstand in der Region Aichfeld-Murboden. Graz: Clio 2011, 300 S., 20,-

Werner Anzenberger/Christian Ehetreiber/Heimo Halbrainer (Hg.): Die Eisenstraße 1938–1945. NS-Terror – Widerstand – Neues Erinnern. Heimo Halbrainer: Archiv der Namen. Ein papierenes Denkmal der NS-Opfer aus dem Bezirk Leoben. Graz: Clio 2013, 2 Bände im Schuber, 29,90,-

Als Ende des vergangenen Jahrzehnts überlegt wurde, die vom Verein CLIO gestaltete, im damaligen Stadtmuseum Graz gezeigte erfolgreiche Ausstellung „unsichtbar. NS-Herrschaft: Verfolgung und Widerstand in der Steiermark“ ins Stadtmuseum Judenburg zu transferieren, wurde daraus letztlich nicht nur eine nahezu neue Ausstellung, sondern auch ein Buch unter dem Titel „Adolzburg statt Judenburg“. Der Titel verweist auf das Ansuchen des Amtsverwalters an den „Führer“ in den Tagen nach dem „Anschluss“, „diese altehrwürdige Bergstadt [...] von ihrem sie geradezu schmähenden Namen zu befreien“. Nachdem Einheimische eine Umbenennung in „Jubelburg“ oder „Adolzburg“ gefordert hatten. Erstmals wird mit diesem Werk unter anderem nicht nur der Prozess der systematischen Vertreibung und Beraubung der jüdischen Bevölkerung in dieser obersteirischen Industriestadt dokumentiert, sondern auch die antisemitische Vorgeschichte und schließlich die Ermordung ungarisch-jüdischer

Zwangsarbeiter im April 1945 durch lokale Volkssturmänner („Todesmarsch“). Die bis zu dieser Publikation nahezu unbekannt, erstmals fundiert beschriebenen Umstände der Mordaktion der Jahre 1940/41, die von der obersteirischen Landes-Siechenanstalt Knittelfeld ihren Ausgang nahmen, werden bis zur gescheiterten Sühne nach 1945 nachgezeichnet.

Den Herausgebern Heimo Halbrainer und Michael Schiestl war es offenbar nicht nur daran gelegen, die verschiedenen Facetten der NS-Herrschaft und des Widerstands in dieser Region für ein breites Publikum verständlich darzustellen, sondern auch wesentliche Aspekte des Aufarbeitens und Erinnerns nach 1945 nachvollziehbar zu machen (Justiz, britische Militärgerichtsbarkeit, Erinnerungszeichen im öffentlichen Raum). Den Abschluss des Bandes bilden als „papierenes Denkmal“ jene teilweise mit Fotos und mehr oder weniger umfangreiche Biographien ergänzten Namen der bis zu diesem Zeitpunkt erforschbaren 236 Opfer (des politischen Widerstandes, des Mauthausen-Außenlagers Bretstein, der Deserteure, der Jüdinnen und Juden, der ausländischen Zwangsarbeiter, sowie der NS-Euthanasie).

Dem zweiten, im Jänner des heurigen Jahres erschienenen und von Werner Anzenberger, Christian Ehetreiber und Heimo Halbrainer unter dem Titel „Die Eisenstraße 1938–1945“ herausgegebenen Buch ging ebenfalls eine mehrjährige Vorgeschichte voraus. Nach der von Heimo Halbrainer verantworteten Wanderausstellung „Zwischen den Fronten. Die Region Eisenerz von 1938–1945“ der Arbeiterkammer-Volkshochschule und der gleichnamigen Broschüre im Jahr 2000 wurden zu Beginn dieses Jahrtausends verschiedene regionale Initiativen zum Gedenken an den Todesmarsch ungarischer Jüdinnen und Juden über den Präbichl angestoßen. Die Stadt Eisenerz errichtete nach einem Ideenwettbewerb in mehreren Schulen 2004 ein von Jugendlichen gestaltetes Denkmal am Präbichl, ein Lehrer eines Leobener Gymnasiums entwickelte mit seinen Schülerinnen und Schülern ein Theaterstück, das unter dem Titel „Wenn die Steine weinen“ bei der Denkmalenthüllung im Beisein von zwei Überlebenden des Todesmarsches aufgeführt wurde, das Grazer Schauspielhaus brachte unter dem Titel „Eisenerz-Protokolle“ das nach 1945 am Grazer Landesgericht abgeführte Strafverfahren gegen verantwortliche Täter als „treffsichere und an-

gemessene Skizze von Zeugen, Tätern und Opfern“ (*Der Standard*) auf die Bühne; und bei CLIO erschien das inzwischen längst vergriffene Buch „Todesmarsch Eisenstraße 1945. Terror, Handlungsspielräume, Erinnerung: Menschliches Handeln unter Zwangsbedingungen“.

Es wird häufig übersehen, dass insbesondere der Bezirk Leoben des obersteirischen Industriegebietes ein für die Geschichte des heutigen Österreich äußerst bedeutsames Gebiet darstellt. Dies kommt im nun erschienen Buch über die Region in mehrerlei Hinsicht zum Ausdruck. Hat es doch in diesem Raum zwar „nicht die einzige bewaffnete Widerstandsbewegung in Österreich (gegeben), sie war aber wohl die erstaunlichste, zumal sie unmittelbar aus der Bevölkerung heraus und weitgehend ohne äußere Initiation entstanden war und – was besonders hervorzuheben ist – nahezu völlig isoliert und auf sich selbst gestellt operierte.“ (Werner Anzenberger in dem dieser Partisanengruppe gewidmeten Kapitel). Und wenn sich der steirische Gauleiter Uiberreither am 2. Dezember 1942 zu einem Fernschreiben an den Höheren SS- und Polizeiführer Erwin Rösener veranlasst sieht, in dem es u.a. heißt: „[...] in der inneren Stadt Leoben (wurde) eine kommunistische Schmieraktion durchgeführt. Beschmiert wurden das Landratsamt an 8 Stellen mit Hammer und Sichel und einmal mit ‚Nieder mit Hitler‘, das Haus, in dem die SS-Standarte untergebracht ist und 3 weitere Wohnhäuser mit Hammer und Sichel, der Gehweg an drei Stellen mit Hammer und Sichel oder ‚Heil Moskau‘. Eine Schmieraktion wie in Leoben ist seit der Eingliederung der Ostmark im Gau Steiermark noch nicht vorgekommen“, so weist dies ebenfalls auf die besondere Stellung dieser Region hin.

Erstmals umfassend dokumentiert wird (von Gerald Lamprecht) die Geschichte jüdischer Leobener im 19. und 20. Jahrhundert, so wie auch die justizielle Nachgeschichte des NS-Regimes der Region aufgearbeitet wird und in mehreren Kapiteln über die Erinnerungskultur und die Problematik des Erinnerns fundierte Beiträge Berücksichtigung finden. Zusammen mit dem in einem gesonderten Band vorliegenden „Archiv der Namen“ als umfangreichem „papierenen Denkmal der NS-Opfer aus dem Bezirk Leoben“ liegt nun ein regionalgeschichtliches Handbuch vor, das nicht nur wissenschaftliche Forschungslücken schließt, sondern in einer auch für Laien verständlichen Form neue Zugänge des

historischen und politischen Verständnisses eröffnet.

KARL WIMMLER

Domenico Losurdo: Stalin. Geschichte und Kritik einer schwarzen Legende. Köln: PappyRossa Verlag 2012, 451 S., 23,60–

Viele der mit dem Namen Stalin verbundenen Auseinandersetzungen sind für nicht wenige Sozialisten, Kommunisten und ihnen Nahestehenden bis heute mit weithin ungeklärten Fragen verbunden. Da verspricht es zumindest Interesse, wenn ein Buch eines nicht als Speichellecker des Kapitalismus vorbelasteten Autors Abhilfe verspricht. Und der italienische Philosoph und Publizist Losurdo liefert tatsächlich eine Reihe von Fakten und Argumentationen, die die Dämonisierung Stalins insbesondere durch Ideologen des westlichen Imperialismus zu erschüttern vermögen. Von einigen zutreffenden Argumenten gegen die insbesondere von Hanna Arendt entwickelte Totalitarismustheorie bis zur Demaskierung einer Reihe von westlichen Propagandalügen, die vor allem der scheinheiligen Tarnung der imperialistischen Verbrechen dienen, kann man Losurdo problemlos folgen.

Es ist hier nicht der Platz, alle Einzelheiten und manche allzu platte Stalin-Apologik Losurdos unter die Lupe zu nehmen. So scheint es beispielsweise der „Ehre“ zu viel für Stalins Nachfolger, wenn Losurdo sein Werk mit dem Kapitel „Wie man einen Gott in die Hölle stürzt: Chruschtschows *Geheimrede*“ beginnt. Abgesehen davon, dass einer bereits vergottet worden sein muss, wenn er als „Gott in die Hölle gestürzt“ wird. Wo ihn so mancher seiner früheren Anhänger schon vor dieser Rede gelandet sah. Aber schon diese erste Fixierung Losurdos auf Chruschtschow rührt in erster Linie daher, dass ihn Stalin nur insoweit interessiert, als er als Wahrer und Mehrer des „Reichs des Guten“ in Erscheinung trat und wirkte. Die von Stalin durchgesetzte Art und Weise der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion will Losurdo als „einzig mögliche“, um den Aggressionen westlicher Mächte samt dem nazideutschen Unterwerfungsversuch zu begegnen, gesehen wissen. Die sich auf Marx berufende internationale sozialistisch-kommunistische Bewegung, die drei Jahrzehnte lang von Stalin dominiert wurde und sich auf ihn bezog, ist Losurdos Sache nicht, spielt in seiner Stalin-Apologie keine

Rolle. Noch weniger das Volk, die Völker. Es sind die „großen Männer“, die interessieren und die Geschichte machen. Wie Stalin. Deswegen hat Losurdo auch keine Hemmungen, über manche sowjetischen Umstände Klartext zu reden: „Zweifellos hat das Konzentrationslager-Universum, das gleich nach der Oktoberrevolution Form anzunehmen begonnen hatte, [...] eine furchterregende Ausdehnung erlebt.“ (S. 387) Die „1930er Jahre, die Jahre, in denen sich in der UdSSR der Stalinsche Terror ausbreitet“ (S. 385); oder das Jahr 1939, „wo der Terror wütete und der Gulag sich ungeheuerlich ausbreitete“ (S. 81).

Mindestens eine Hälfte des Buches lang vergleicht er die Handlungen Stalins mit jenen Roosevelts, Churchills und anderer Häupter der westlichen Imperien bis hin zu Bush jr. und fragt beispielsweise: „Sind die Anfänge Churchills wirklich erbaulicher als die Stalins?“ (S. 317) Schon ein Duzend Jahre zuvor fragte er: „Auf Grund welcher Logik kann man also behaupten, die Verbrechen Lenins und Stalins seien schlimmer als jene?“ (*Flucht aus der Geschichte?* Essen 2000) – Losurdo ist der Verteidiger des „großen Staatsmanns“ Stalin, der dann sinnigerweise auch auf derselben Ebene zum Stehen kommt, wie die Führer des Imperialismus. Und der „als Staatsmann“ eben so und nicht anders handeln musste. Mehr noch. Laut Losurdo seien alle Vorhaltungen, Stalin habe sich von Marx entfernt, abwegig. Richtig sei vielmehr, der marxistische Kommunismus habe Stalins korrekten Weg behindert: „Es gibt nicht Wenige“, so Losurdo, „die die Geschichte des aus der Oktoberrevolution hervorgegangenen Landes als fortschreitenden ‚Verrat‘ an den von Marx und Engels ausgearbeiteten Ideen interpretieren und beklagen; in Wahrheit sind es gewissermaßen gerade diese ‚ursprünglichen‘ Ideen (die messianische Erwartung einer Gesellschaft ohne Staat und Rechtsnormen, ohne nationale Grenzen, ohne Markt und ohne Geld, letztendlich ohne wirklichen Konflikt), die eine unglückselige Rolle gespielt haben, weil sie den Übergang zu einem Zustand der Normalität behindert [...] haben.“ (S. 404) Losurdo erinnert damit frappant an jenen Historiker aus meiner Studentenzeit an der Grazer Universität, der (einer der wenigen mit – bürgerlichem – Format), ebenfalls über den großen Staatsmann Stalin nichts kommen ließ (und seine innerparteilichen Gegner geringschätzte). Dass der greise Professor Alkoholiker war, mach-

te ihn mir sympathisch. Dass er Monarchist war, auch irgendwie. Zur Entschlüsselung und Kritik der „schwarzen Legende“ eignete er sich nicht.

KARL WIMMLER

Bruno Böröcz 70 Jahre

Am 8. April dieses Jahres feierte Bruno Böröcz (Eisenstadt), langjähriges Mitglied und Förderer der *Alfred Klahr Gesellschaft*, unter großer Anteilnahme seiner Freunde und politischen Weggefährten seinen 70. Geburtstag.

Geboren im Jahr 1943 im nordburgenländischen Winden am Neusiedler See als zweiter Sohn des späteren burgenländischen KPÖ-Landesobmanns Vinzenz Böröcz, ist Bruno Böröcz seit seiner frühen Jugend politisch aktiv – bereits 1950 sammelte er als damals jüngster Friedensaktivist des Landes Unterschriften für den „Stockholmer Appell“ zur Ächtung des von den USA initiierten nuklearen Wettrüstens. Der unermüdlige Antifaschist und kompromisslose Kämpfer für den gesellschaftlichen Fortschritt und den Sozialismus ist damit seit über sechs Jahrzehnten eine nicht wegzudenkende Stimme in den Reihen der österreichischen Arbeiterbewegung. Im Jahr 2010 wurde er eingedenk seiner großen Verdienste zum Ehrenobmann des burgenländischen KZ-Verbandes gewählt.

Weit über den Kreis seiner politischen Mitstreiter hinaus ist Bruno Böröcz zudem als Vermittler, Auskunftsperson und großzügiger Unterstützer der Forschung zur burgenländischen Zeitgeschichte bekannt. Daneben ist er ein steter Mahner gegen das Vergessen: gegen das Vergessen jener Menschen, die ihr Leben für die Errichtung eines freien und demokratischen Österreich geopfert haben, gegen die nur zu oft und zu gern von offizieller Seite getätigte Ausblendung des Beitrages der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung an der Errichtung dieses freien Österreich, gegen die Verklärung von ausgewiesenen Faschisten zu „Mitläufern“.

Der Vorstand der *Alfred Klahr Gesellschaft* gratuliert unserem Mitglied Bruno Böröcz herzlich zu seinem runden Geburtstag und wünscht hiermit: ad multos annos, Bruno!



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Buchpräsentation

Karl Steinhardt:
*Lebenserinnerungen
eines Wiener Arbeiters*

Vortrag von **Manfred Mugrauer**
(Herausgeber, *Alfred Klahr Gesellschaft*)

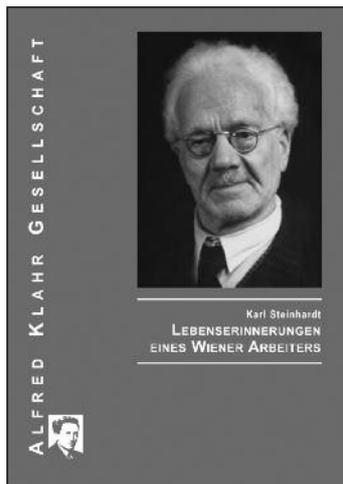
Lesung: **Irene Filip**

Gespräch mit **Ewa Steinhardt**

Dienstag, **18. Juni 2013**, 19.00

Kulturcafé 7Stern 7★STERN

Siebensterngasse 31, 1070 Wien



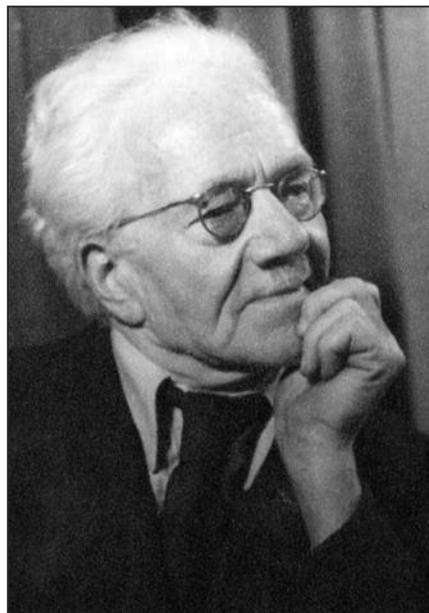
Karl Steinhardt: **Lebenserinnerungen eines Wiener Arbeiters**

hg. und eingeleitet von Manfred Mugrauer

Wien: Alfred Klahr Gesellschaft 2013 (Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 7)

320 Seiten, mit 39 Abbildungen und Fotos, 15,- Euro

Im Jänner 2013 jährte sich zum 50. Mal der Todestag von Karl Steinhardt (1875–1963), einer bedeutenden Persönlichkeit der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung. Als Buchdruckerlehrling gehörte Steinhardt zu den Pionieren der österreichischen ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung. Er war Teilnehmer an der ersten Maidemonstration in Wien im Jahr 1890 und am großen Buchdruckerstreik des Jahres 1891. Im November 1918 war er einer der Mitbegründer der Kommunistischen Partei Österreichs. Nach der Befreiung Wiens im April 1945 amtierte er als Wiener Vizebürgermeister und Stadtrat für das Wohlfahrtswesen. International ist er vor allem durch sein Auftreten am Gründungskongress der Kommunistischen Internationale im März 1919 in Moskau bekannt, als auf seinen Antrag hin die Komintern ins Leben gerufen wurde. 1920 und 1921 war er Delegierter am 2. und 3. Weltkongress und zwischen diesen beiden Kongressen als Parteienvertreter der KPÖ in Moskau auch Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.



Anlässlich seines 50. Todes-tages veröffentlicht die *Alfred Klahr Gesellschaft* Steinhardts im Jahr 1950 geschriebene „Lebenserinnerungen eines Wiener Arbeiters“ als Band 7 der Reihe „Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung“. Ihnen vorangestellt ist ein einleitender biographischer Abriss von Manfred Mugrauer.

Bestellmöglichkeit:
klahr.gesellschaft@aon.at

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Dr. Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Michael

Graber, Christine Kanzler, Martin Krenn,

Manfred Mugrauer, Gerhard Oberkofler,

Manfred Stern, Karl Wimmer

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

PSK 92023930, BLZ 60000

IBAN: AT 6660 0000 0092 0239 30

BIC: OPSKATWW

Karl Flanner (1920–2013)

Die *Alfred Klahr Gesellschaft* trauert um ihr langjähriges Mitglied Karl Flanner, der am 2. Juni verstorben ist. Flanner war seit seiner Jugend in der ArbeiterInnenbewegung aktiv. Sechs Jahre lang war er in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald inhaftiert. Als Funktionär der KPÖ war er von 1946–55 und 1960–71 Mitglied des Wiener Neustädter Gemeinderates. Er war Gründer und langjähriger Leiter des *Industrieviertel-Museums* und Autor zahlreicher zeitgeschichtlicher Bücher.

www.klahrgesellschaft.at

- Sämtliche Beiträge aus den „*Mitteilungen*“ 1994–2013 im Volltext.
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der AKG seit 1993.
- Bibliographie zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs.
- Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT und Bestellmöglichkeit.